



Protokoll des Zürcher Kantonsrates

151. KR-Sitzung, Montag, 13. April 2026, 08:15 Uhr

Vorsitz: *Beat Habegger (FDP, Zürich)*

Verhandlungsgegenstände

- 1. Mitteilungen 2**
 - Antworten auf Anfragen
 - Ratsprotokoll zur Einsichtnahme
 - Zuweisung von neuen Vorlagen
 - Kantonsratslauf
- 2. Eintritt eines neuen Mitglieds des Kantonsrates 6**
 - für Lisa Letnansky
 - KR-Nr. 140/2026
- 3. Rechnung und Geschäftsbericht der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) für das Geschäftsjahr 2024/25 7**
 - Bericht und Antrag des Verwaltungsrates der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich vom 16. Dezember 2025 und Antrag der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen vom 18. März 2026
 - KR-Nr. 58a/2026
- 4. Genehmigung der Änderung der Gemeindeverordnung 32**
 - Antrag des Regierungsrates vom 21. Mai 2025 und Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 5. Dezember 2025
 - Vorlage 6026a, *schriftliches Verfahren*
- 5. Genehmigung der Abrechnung des Objektkredits für die Übertragung der Liegenschaft Ausstellungsstrasse 88, Zürich, in das Verwaltungsvermögen 33**
 - Antrag des Regierungsrates vom 20. August 2025 und Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 13. Januar 2026
 - Vorlage 5873b, *schriftliches Verfahren*

6. Eigentümerstrategie für die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich	33
Antrag des Regierungsrates vom 9. Juli 2025 und Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 2. Dezember 2025 Vorlage 6037	
7. Objektkredit für den Neubau der Kantonsschule Uetikon am See	50
Antrag des Regierungsrates vom 7. Mai 2025 und Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 3. Februar 2026 Vorlage 6020a, <i>Ausgabenbremse</i>	
8. Verschiedenes	68
Rücktrittserklärungen Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse	

1. Mitteilungen

Geschäftsordnung

Ratspräsident Beat Habegger: Wünschen Sie das Wort zur Geschäftsliste?
Dies ist nicht der Fall. Wir fahren fort wie vorgesehen.

Antworten auf Anfragen

Ratspräsident Beat Habegger: Der Regierungsrat hat uns die Antworten auf 17 Anfragen zugestellt:

- KR-Nr. 410/2025, Integration von Personen mit Status S in den Arbeitsmarkt
Dieter Kläy (FDP, Winterthur)
- KR-Nr. 411/2025, Monitoring der gefährdeten wirbellosen Tierarten in Gewässern des Kantons Zürich
Wilma Willi (Grüne, Stadel), Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich), David John Galeuchet (Grüne, Bülach)
- KR-Nr. 412/2025, Frühzeitige Information zu Bildungswegen ab der 5. Primarklasse
Tumasch Mischol (SVP, Hombrechtikon), Dieter Kläy (FDP, Winterthur), Christa Stünzi (GLP, Horgen)

- KR-Nr. 22/2026, Zürcher Regierungsrat am WEF 2026
Rafael Mörgeli (SP, Stäfa), Leandra Columberg (SP, Dübendorf), Advije Delihassani (SP, Wetzikon)
- KR-Nr. 23/2025, Zweitwohnungen und Zweitwohnungssteuer im Kanton Zürich
Nicola Siegrist (SP, Zürich), Gianna Berger (AL, Zürich), Silvia Rigoni (Grüne, Zürich)
- KR-Nr. 26/2026, Abbruch der Arbeiten und Verhandlungen zwischen dem Zoo Zürich und der Baltensperger AG in Höri
David John Galeuchet (Grüne, Bülach), Wilma Willi (Grüne, Stadel)
- KR-Nr. 32/2026, Deltamethrin & Co.: Sonderbewilligungen für verbotene Pestizide
Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon), Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich), Edith Häusler (Grüne, Kilchberg)
- KR-Nr. 33/2026, Unzulässige Pflegeeinstufungen mit hoher Kostenfolge
Jeannette Büsser (Grüne, Horgen), Edith Häusler (Grüne, Kilchberg)
- KR-Nr. 34/2026, ZVV unter Wachstumsdruck: Wie lange trägt das heutige System?
Tumasch Mischol (SVP, Hombrechtikon), Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen), Sarah Fuchs (FDP, Meilen)
- KR-Nr. 39/2026, Regelung der Pikettentschädigungen für Geburts- und Wochenbettleistungen selbständig praktizierender Hebammen im Kanton Zürich
Renata Grünenfelder (SP, Zürich), Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf), Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau), Linda Camenisch (FDP, Wallisellen), Michael Bänninger (EVP, Winterthur), Jeannette Büsser (Grüne, Horgen), Josef Widler (Die Mitte, Zürich)
- KR-Nr. 40/2026, Aufstellen von Energiespeicher im Anzeigefahren
Sandra Bossert (SVP, Wädenswil), Walter Honegger (SVP, Wald)
- KR-Nr. 47/2026, Fiskalische Auswirkungen der Weisung 2026 zur Bewertung von Liegenschaften
Marc Bochsler (SVP, Wettswil a. A.), Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen)
- KR-Nr. 48/2026, Innovationspark hinkt den Erwartungen hinterher
Florian Heer (Grüne, Winterthur), Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf)
- KR-Nr. 50/2026, Governance und Transparenz beim Projekt Panatal-Voliere
Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen), Hans Egli (EDU, Steinmaur)
- KR-Nr. 51/2026, Taxi, Uber, Bolt, wie weiter?

Birgit Tognella-Geertsen (SP, Wangen-Brüttisellen), Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf)

- KR-Nr. 67/2026, Transparenz von USZ und Kispi betreffend Einführung KIS von Epic

Linda Camenisch (FDP, Wallisellen), Michael Bänninger (EVP, Winterthur), Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich), Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen), Markus Bärtschiger (SP, Schlieren), Nicole Wyss (AL, Zürich)

- KR-Nr. 68/2026, Hinterzimmerdeals zwischen der Volkswirtschaftsdirektorin und Techkonzernen?

Nicola Siegrist (SP, Zürich), Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich), Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf)

Ratsprotokoll zur Einsichtnahme

Auf der Webseite des Kantonsrates ist einsehbar:

- Protokoll der 149. Sitzung vom 30. März 2026, 8.15 Uhr

Zuweisung von neuen Vorlagen

Zuweisung an die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt:

- **Energiegesetz 2050**

KR-Nr. 381/2025

Zuweisung an die Kommission für Staat und Gemeinden:

- **Ergänzung im Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch**

KR-Nr. 391/2025

- **Beschluss des Kantonsrates zum Postulat KR-Nr. 442/2022 betreffend Stärkung der Möglichkeiten zur demokratischen Teilnahme der Bevölkerung an Wahlen und Abstimmung**

KR-Nr. 442a/2022

- **Gemeindegesezt**

Vorlage 6078

- **Beschluss des Kantonsrates zum Postulat KR-Nr. 92/2023 betreffend Kantonaler Massnahmenplan gegen Rassismus**

KR-Nr. 92a/2023

Zuweisung an die Geschäftsleitung:

- **Mindereinnahmenbremse**

KR-Nr. 397/2025

Zuweisung an die Kommission für Planung und Bau:

- **Beschluss des Kantonsrates zum Postulat KR-Nr. 40/2024 betreffend KI im Baubewilligungsverfahren**

KR-Nr. 40a/2024

Kantonsratslauf

Ratspräsident Beat Habegger: Diejenigen, die heute Morgen am Kantonsratslauf waren, fahren ihr Adrenalin jetzt ein bisschen runter, und diejenigen, die nicht dort waren, konnten ihre Emotionen noch nicht so abbauen, aber Sie müssen jetzt trotzdem Platz nehmen. Bitte ein bisschen Ruhe im Saal. Darf ich Sie bitten, sich hinzusetzen, die Gespräche einzustellen, auch die Kollegen der SP-Fraktion und die Fraktionschefs bitte auch.

Heute Morgen hat der Kantonsratslauf stattgefunden und wir hatten eine Rekordbeteiligung mit 60 Ratsmitgliedern, die daran teilgenommen haben. Ich finde das grossartig und ich möchte allen, die mitgelaufen sind, sehr herzlich für ihren grossen sportlichen Einsatz danken. Ich gebe Ihnen jetzt noch die Ergebnisse bekannt, wer da am besten abgeschnitten hat:

Gesamtdistanz: Also die Fraktion, die heute Morgen mit 33,614 Kilometern, am meisten gelaufen ist, ist die Fraktion der GLP, herzliche Gratulation. (*Applaus*) Jetzt gibt es andere Fraktionen, die gar nicht so viel laufen könnten, weil sie nicht so viele Mitglieder haben. Deshalb gewichten wir das Ganze noch nach Teilnehmenden pro Partei, und da schwingt die EVP obenaus, herzliche Gratulation (*Applaus*).

Auf den Ehrenplätzen bei der Gesamtdistanz ist die SVP auf dem 2. Platz, der 3. Platz gehört der SP, gewichtet nach Teilnehmenden pro Partei sind im 2. Rang die Grünen und der 3. Platz ist für die FDP. Also Sie sehen, alle haben gewonnen heute Morgen (*Applaus*).

Und dann habe ich Ihnen ja bei der Ankündigung des Laufes versprochen, dass es dieses Jahr Preise gibt, und dieses Versprechen halte ich natürlich. Also wir erküren heute zuerst die Ratsmitglieder, die die längste Strecke zurückgelegt haben. Bei den Herren der Schöpfung ist dies Domenik Ledergerber von der SVP mit 5,27 Kilometern (*Applaus*) und bei den Damen ist es Sybille Jüttner mit 3915 Metern (*Applaus*). Und dann habe ich – einige von uns haben sich ja am Wochenende an verschiedenen Anlässen gesehen – noch einen Ü50-Anerkennungspreis ausgelobt. Bei den Herren gewinnt diesen mit wirklich grossartigen 4422 Metern Donato Scognamiglio, 3. Platz insgesamt. Bei den Frauen gewinnt ihn auch wieder unsere Kollegin Sybille Jüttner, die also doppelt Anerkennung verdient heute Morgen (*Applaus*).

Bitte kommt doch schnell nach vorne, damit ich euch das Geschenk übergeben darf. (*Der Ratspräsident überreicht die Geschenke.*)

2. Eintritt eines neuen Mitglieds des Kantonsrates

für Lisa Letnansky

KR-Nr. 140/2026

Ratspräsident Beat Habegger: Wir dürfen heute ein neues Ratsmitglied begrüßen, und zwar anstelle von Lisa Letnansky. Die Direktion der Justiz und des Innern hat uns folgende Verfügung zukommen lassen.

Ratssekretär Christoph Ziegler verliest die Verfügung der Direktion der Justiz und des Innern vom 24. März 2026: «Ersatzwahl eines Mitglieds des Kantonsrates für die Amtsdauer 2023 bis 2027 im Wahlkreis III, Stadt Zürich, Stadtkreise 4 und 5.

Die Direktion der Justiz und des Innern, gestützt auf Paragraph 108 des Gesetzes über die politischen Rechte vom 1. September 2003, verfügt:

Als Mitglied des Kantonsrates im Wahlkreis III, Stadt Zürich, Stadtkreise 4 und 5, wird für das per 6. April 2026 zurücktretende Mitglied Lisa Letnansky (Liste 08, Alternative Liste – AL) als gewählt erklärt:

*David Garcia Nuñez, geboren 1975, Arzt,
wohnhaft in Zürich.»*

Ratspräsident Beat Habegger: Ich bitte, den Gewählten eintreten zu lassen. David Garcia Nuñez, die Direktion der Justiz und des Innern hat Sie als Mitglied des Kantonsrates als gewählt erklärt. Bevor Sie Ihr Amt ausüben können, haben Sie gemäss Paragraph 4 des Kantonsratsgesetzes das Amtsgelübde zu leisten.

Ich bitte, die Türen zu schliessen. Die Anwesenden erheben sich. Ich bitte den Ratssekretär, das Amtsgelübde zu verlesen.

Ratssekretär Christoph Ziegler verliest das Amtsgelübde: «Ich gelobe als Mitglied dieses Rates, Verfassung und Gesetze des Bundes und des Kantons Zürich zu halten, die Rechte der Menschen und des Volkes zu schützen und die Einheit und Würde des Staates zu wahren. Die Pflichten meines Amtes will ich gewissenhaft erfüllen.»

Ratspräsident Beat Habegger: David Garcia Nuñez, Sie leisten das Amtsgelübde, indem Sie mir die Worte nachsprechen: «Ich gelobe es.»

David Garcia Nuñez (AL, Zürich): Ich gelobe es.

Ratspräsident Beat Habegger: Ich danke Ihnen und heisse Sie herzlich willkommen. Sie können Ihren Platz einnehmen. Sie können wieder Platz nehmen, die Türen können geöffnet werden.

Das Geschäft ist erledigt.

3. Rechnung und Geschäftsbericht der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) für das Geschäftsjahr 2024/25

Bericht und Antrag des Verwaltungsrates der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich vom 16. Dezember 2025 und Antrag der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen vom 18. März 2026

KR-Nr. 58a/2026

Ratspräsident Beat Habegger: Gemäss Paragraph 92 Absatz 2 des Kantonsratsgesetzes ist Eintreten auf diese Vorlage obligatorisch und es findet auch keine Schlussabstimmung statt.

Stefanie Huber (GLP, Dübendorf), Präsidentin der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU): Dieses Jahr möchte ich der Geschäftsberichterstattung drei Wortpaare voranstellen, zu denen ich dann Erläuterungen der AWU abgebe, die Wortpaare sind «Rückblick und Ausblick», «Wachstum versus Risiko», «Rahmenbedingungen versus Anreize». Rückblick versus Ausblick: Das beste Unternehmensergebnis in der Geschichte der EKZ ist in erster Linie auf die Dividenden der AXPO- und der Repower-Beteiligung (*Schweizer Energieversorgungsunternehmen*) zurückzuführen. Das operative Betriebsergebnis vor Zinsen und Steuern lag, wie von den EKZ selbst erwartet, deutlich unter dem Vorjahresergebnis. Die EKZ haben aber saubere Arbeit in Bezug auf den Strom geleistet.

Ein Faktor für den weiterhin schwierigen Ausblick im Monopolbereich ist die Entwicklung des WACC, des kalkulatorischen Zinssatzes für Stromnetze. Während er 2024 noch 4,13 Prozent betrug, soll er bis 2027 auf 3,28 Prozent sinken, ein schon fast historisches Tief. Diese Abnahme, vom Bund vorgegeben, senkt die Netznutzungstarife ebenso wie die Gewinnmöglichkeiten der Netzbetreiber, aber auch die Investitionsanreize im Netz. Dabei wären fortan Instandhaltung und Netzausbau sowie Digitalisierung genau diese Investitionen. Die EKZ investieren hier jede Woche, und ich betone «jede Woche», circa 2 Millionen Franken.

Der Wind dreht anscheinend auch bei den Auslandsinvestitionen in Wind und PV (*Photovoltaik*). Während in den letzten Jahren zufriedenstellende Renditen erwirtschaftet werden konnten, mussten dieses Jahr Windstunden von 20 bis 30 Prozent unter dem langjährigen Schnitt verbucht werden. Dazu kommen namhafte Abschreibungen wegen tieferer Marktpreise und es kommt das Alter der Anlagen hinzu, einige fallen aus der Einspeisevergütung und die Instandhaltungskosten steigen. Auch bei den weiteren Marktaktivitäten ist es bewölkt. Während sich die Eltop (*Elektroinstallationsfirma*) nach einer Durststrecke mit Aus- und Umbau sowie Konsolidierung wieder in einem Aufwärtstrend befindet, hat im Berichtsjahr die Nachfrage vor allem in Bezug auf PV-Anlagen und E-Mobilitäts-Infrastruktur abgenommen. Auch AXPO und Repower, die jetzt für das gute Ergebnis gesorgt haben, sind im Strommarkt tätig, im gleichen Markt wie die EKZ. Bei AXPO kommen die möglichen Veränderungen durch die Ablösung des NOK-Gründungsvertrags (*Nordostschweizerische Kraftwerke*) und die auszuarbeitende Eigentümerstrategie dazu – mit Unsicherheiten. Regierungsrat und Kantonsrat tun gut daran, diese Wolken am Horizont miteinzubeziehen und dies für die Umsetzung der Eigentümerstrategie und eine ab jetzt hoffentlich regelmässig stattfindende Aktualisierung in Betracht zu ziehen.

Wachstum versus Risiko: Die Eigentümerstrategie spielt auch für den zweiten Schwerpunkt meines Votums eine fundamentale Rolle, das Spannungsfeld zwischen Wachstum und Risiko. Uns geht es hier um die Sicht des Eigentümers auf die Strategie des Unternehmens, wir werden auch nachher noch ausführlich darüber sprechen. Die EKZ agieren einerseits als wirtschaftlich orientiertes Energieunternehmen und erfüllen andererseits einen staatlichen Versorgungsauftrag. Während sie als öffentliches Unternehmen der Gewährleistung von Versorgungssicherheit, Preisstabilität und Nachhaltigkeit verpflichtet sind, ziehen Wachstumsstrategien, welche ein wirtschaftliches Unternehmen für gewöhnlich verfolgt, ein erhöhtes Risiko nach sich. Es gilt, neue Geschäftsfelder zu erschliessen und vielleicht risikoreiche Investitionen zu wagen. Die entstehenden Spannungsfelder sind mitunter schwer überbrückbar und benötigen regelmässig eine Einbettung in die Eigentümerstrategie. Im letzten Jahr haben die AWU einige Spannungsfelder umgetrieben. Offensichtlich ist der inzwischen vonseiten Gemeinderat Zürich auf Eis gelegte Kauf von Energie 360° (*Energieunternehmen, Mehrheitsaktionär Stadt Zürich*). Die Grössenordnung dieses Kaufs ist substantiell und würde Chancen eröffnen, es gilt aber auch, die Risiken im Blick zu haben. Neben der Entwicklung von Eltop und weiteren Marktaktivitäten, wie erwähnt, ist das mit dem Kanton Zürich geteilte Aktienpaket an der AXPO ein drittes Spannungsfeld. Für die AWU stehen bei all diesen Aspekten die Fragen ihres Grundauftrags im Vordergrund. Werden im Unternehmen die

Interessen des Kantons gewahrt? Pfllegt das Unternehmen einen angemessenen Umgang mit den Risiken des Kantons? Und erfolgt die Leistungserfüllung zielgerichtet? Die AWU wird die Fragestellungen dieses Jahres im kommenden Jahr sicher weiterverfolgen.

Ich komme zu meinem letzten Schwerpunkt, Rahmenbedingungen versus Anreize: Mit dem Mantelerlass haben sich in den letzten zwei Jahren verschiedene Änderungen in der Schweizer Stromlandschaft abgezeichnet, die jetzt umgesetzt werden und denen die EKZ folgen müssen. Dazu gehört die schweizweite Vereinheitlichung der Rückliefertarife für Solarstrom, die eine quartalsweise festgelegte Vergütung nach einem Referenzmarktpreis und eine gesetzliche Mindestvergütung vorsehen. Dazu gehören die lokalen Energiegemeinschaften, LEG, die auch die EKZ ihren Strombezüglern anbieten müssen. Was für den Monopolbereich organisatorische und kommunikative Massnahmen fordert sowie Mindereinnahmen bringt, kann auch eine Chance für Dienstleistungen rund um die Erstellung und den Betrieb einer LEG sein. Die EKZ haben bereits 2024 den Einheitstarif für die Netznutzung eingeführt, um eine verursachergerechtere Netzkostenverrechnung zu gewährleisten. Nun folgt die Einführung eines quartalsweisen Einheitstarifs Grundversorgung, welcher die Marktlage und die Produktionsrealität reflektiert. Dank der durchschnittlichen Tarifsenkung um 11 Prozent aufgrund gesunkener Beschaffungskosten liegt aber selbst der neue Wintertarif unter dem bisherigen Hochtarif.

Eine schweizweite Pionierrolle – und das freut mich zu sagen – nehmen die EKZ mit dem dynamischen Wahltarif für Netznutzung und Energiebezug ein. Der Preis variiert je nach Netzauslastung und Marktpreis bis zu viertelstündlich. Mit netzdienlichem Verhalten können Kunden mit grossen steuerbaren Lasten und entsprechendem Energiemanagement profitieren. Die Wahl bleibt aber, wie erwähnt, freiwillig. Die neuen Modelle stellen Herausforderungen an die EVU (*Energieversorgungsunternehmen*). Digitalisierung, höhere Komplexität, Netzstabilität, Aufklärungsbedürfnis der Kundinnen und Kunden und regulatorische Anforderungen, all dem gilt es gerecht zu werden. Die AWU gratuliert den EKZ zur Vorreiterrolle bei den dynamischen Tarifen und hofft auf eine möglichst reibungslose Umsetzung all dieser Änderungen.

Zum Schluss noch ein Wort zum Geschäftsjahr und zur Ausschüttung: Die knapp 190 Millionen Franken Unternehmensergebnis sind, wie bereits erwähnt, ein Rekord für die EKZ, vor allem aber den hohen Dividenden von AXPO und Repower geschuldet. Der EBIT (*Gewinn vor Zinsen und Steuern*) liegt mit knapp 19 Millionen Franken unter dem Vorjahresergebnis. Das Finanzergebnis erfuhr eine Steigerung. Der EKZ-Verwaltungsrat beschloss

eine Gewinnausschüttung zugunsten des Kantons in der Höhe von 35 Millionen Franken. Die freiwillige Ausgleichsvergütung zugunsten der Gemeinden erfolgte praktisch gleichbleibend in Höhe von 11 Millionen Franken. Noch zur Tätigkeit der Kommission: Neben den bereits erwähnten Schwerpunkten befasste sich die Kommission mit weiteren Themen, unter anderem mit der Umsetzung der Empfehlungen der Finanzkontrolle zum Beschaffungswesen. Dieses Thema bleibt auf der Pendenzenliste der AWU. Anlässlich der jährlichen Visitation liess sich die AWU über IT-Aspekte wie Cybersicherheit, Digitalisierungsfortschritte oder Einsatz von KI informieren. Ebenso waren die Umsetzung der aktuellen sowie die nachher im Rat traktandierende neue Eigentümerstrategie (*Vorlage 6037*) Thema sowohl mit den EKZ wie mit der Baudirektion. Weitere Diskussionen zum Umgang mit den AXPO-Aktien durch Kanton und EKZ werden wir als AWU in der a-Vorlage zum Geschäftsbericht der Regierung beleuchten.

Der Kantonsrat muss die Nachhaltigkeitsberichterstattung der EKZ nicht genehmigen, dies im Gegensatz beispielsweise dann zur ZKB (*Zürcher Kantonalbank*). Die AWU bedauert es jedoch, dass der Nachhaltigkeitsbericht mit den EKZ nicht diskutiert werden konnte. Für das kommende Jahr wünschen wir uns eine Möglichkeit, zum Bericht Fragen zu stellen zu können, detailliert der Bericht doch die nicht-finanziellen Belange, die für uns als Oberaufsicht von Belang sind.

Ich komme zu Antrag der Kommission und Dank: Es ist aus Zeitgründen nicht möglich, tief in Details zu gehen. Die Fraktionsvertretungen werden meine Ausführungen ergänzen und sich Themenbereiche herauspicken, die für ihre Fraktionen wichtig sind. Die Kommission stellt dem Kantonsrat folgenden Antrag: Rechnung und Geschäftsbericht für 2024/2025 zu genehmigen und von der Gewinnverwendung Kenntnis zu nehmen. Die Mitglieder der AWU danken dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung der EKZ für die konstruktive und offene Zusammenarbeit. Speziell möchten wir uns für die zeitnahe und proaktive Information zu aktuellen Themen bedanken. Wir danken auch allen Mitarbeitenden der EKZ für ihren Einsatz für die sichere Stromversorgung auch von morgen und einen weiterhin stabilen Partner für den Kanton in Energiefragen. Die AWU möchte sich ausserdem dafür bedanken, dass die Behandlung des Geschäftsberichts im Jahr nach vorne geschoben werden konnte. Da das Geschäftsjahr der EKZ am 30. September endet, ist so eine zeitnahe Behandlung im Rat möglich. Die heutige Geschäftsberichtsabnahme im Kantonsrat ermöglicht es mir, in diesem Kreis Urs Rengels Wirken bei den EKZ zu verdanken. Ich habe ihn noch nicht gesehen, dort oben (*auf der Tribüne*) sitzt er. Er ist seit mehr als 25 Jahren bei den EKZ tätig und amtet seit gut 20 Jahren davon als CEO. In die Zeit

von Urs Rengel als CEO fallen die Aufstellung als breiterer Energiedienstleister, der erste Schritt der Markttöffnung, der Ausbau der erneuerbaren Energien und, damit einhergehend, verstärkte Investitionen ins Netz, aber auch die Preisaufschläge am Energiemarkt rund um den Ukraine-Krieg. Am 1. Oktober 2026 wird Urs Rengel den CEO-Posten in neue Hände geben. Im Namen der AWU und sicher auch im Namen des Kantonsrates bedanken wir uns bei Urs für das lange Engagement für die EKZ. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsident Beat Habegger: Ich begrüße bei uns auch den Verwaltungsratspräsidenten der EKZ, Rolf Schaeren, und auch die Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrates der EKZ bei uns auf der Tribüne. Wir schätzen Ihren Besuch bei uns im Kantonsrat sehr.

Rolf Schaeren, Verwaltungsratspräsident der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich: Das EKZ-Gesetz gibt uns einen klaren Auftrag, den wir – wir glauben es jedenfalls – verlässlich erfüllen. Unser oberstes Ziel bleibt eine sichere, wirtschaftliche und umweltgerechte Stromversorgung für den Kanton Zürich. Die aktuellen Tarife der EKZ gehören nach wie vor zu den günstigsten der Schweiz, und auch unsere Versorgungssicherheit, also die Netzverfügbarkeit, liegt weiterhin bei fast 100 Prozent, was im schweizerischen Vergleich ebenfalls ein Spitzenwert ist. Das sind starke Zeichen für die Qualität unserer Infrastruktur und auch unserer Arbeit, dies trotz rasch wachsender Herausforderungen. Und damit es so bleibt, dafür investieren die EKZ über 100 Millionen Franken in den Um- und Ausbau der Digitalisierung und des Netzes, das bedeutet jede Woche 2 Millionen Franken Investition in unsere Infrastruktur.

Wenn wir auf das nächste Tarifjahr schauen, dann bleiben wir positiv. Wir können noch nicht beurteilen, wie sich die Weltpolitik auf die Energiepreise auswirkt. Wir haben es auch schon erlebt, vor kurzer Zeit, dass es manchmal sehr schnell gehen kann und Verwerfungen auftreten. Im Moment ist das noch nicht so. Dank unserer langfristigen und risikoarmen Beschaffungsstrategie werden wir auch im kommenden Tarifjahr 2027 eigentlich mit den Tarifen arbeiten können, die wir jetzt haben, und diese sollten stabil bleiben. Mit dem Ergebnis des Geschäftsjahres sind wir zufrieden, auch wenn das Umfeld nach wie vor anspruchsvoll bleibt. Der Investitionsbedarf in die Infrastruktur, in die Digitalisierung und in die Weiterentwicklung der EKZ zu einem ganzheitlichen Energiedienstleister bleibt hoch. Wir wollen auch investieren und wir tun das in den Ausbau von erneuerbaren Energien. Wir sind sehr stolz auf die Teilinbetriebnahme von Madrisa Solar, der ersten al-

pinen PV-Anlage, die in diesem Winter auch schon erfreulich viel Strom geliefert hat, deutlich mehr, als wir es erwartet haben. Und wir sind stolz auf die Inbetriebnahme der grössten PV-Anlage im Kanton Zürich kürzlich in Embrach. Auch die ersten Windmessungen im Kanton Zürich sind ein wichtiger Schritt zu mehr erneuerbarem Strom. Leider sind wir schon in dieser ersten Phase der Windmessungen auch auf Widerstände getroffen. Wir werden trotzdem weiter Anstrengungen für die Versorgungssicherheit unternehmen, und da bleibt auch die Windkraft eine ernste Option für mehr Winterstrom. Alle diese Projekte, die ich erwähnt habe, leisten einen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele des Kantons Zürich.

Die Energiewelt ist heute eine andere als früher. Strom ist manchmal im Überfluss vorhanden und manchmal nur begrenzt, und das gibt Stress im Netz. Mit dieser neuen Situation im Netz können wir aber umgehen, dank Innovationen und dank unserem Gestaltungswillen. Beispiele sind die Einführung von dynamischen Stromtarifen und die Umsetzung von lokalen Energiegemeinschaften, LEG, die noch mehr Möglichkeiten schaffen, den lokal produzierten Strom auch lokal zu verbrauchen. Und so entstehen auch neue Möglichkeiten für die Dekarbonisierung in den Gemeinden, die wir auf diesem Weg begleiten.

Wir beschäftigen uns auch mit Entwicklungen, bei denen der Ausgang noch ungewiss ist. Wir haben aber einen grossen Einfluss. Die Frage, die schon seit vielen Jahren im Raum steht: Kommt es zu einem Stromabkommen oder nicht? Kommt es zu einer vollständigen Marktöffnung oder nicht? Wie entwickeln sich die regulatorischen Spielregeln, die sich ständig ändern, kaum ist eine neue Weisung in Kraft? Das sind alles Themen, die uns eigentlich täglich beschäftigen und die unsere Zukunft beeinflussen und die auch in der strategischen Entwicklung diskutiert werden.

Ein wichtiger Schritt für die Dekarbonisierung des Kantons wäre aus unserer Sicht auch weiterhin der Schulterschluss der EKZ mit Energie 360°. Wir sind nach wie vor überzeugt, dass diese Zusammenarbeit für den Kanton und die Stadt Zürich sehr vorteilhaft wäre. Im Moment ist das kein Thema mehr. Der Entscheid liegt nicht bei uns, aber die Türen bleiben offen.

In dem anspruchsvollen Umfeld mit sich ständig ändernden Leitplanken sind die EKZ für die Zukunft gut aufgestellt. Es sind die rund 1600 Mitarbeitenden und Lehrlinge bei den EKZ, welche diese Zukunft gestalten. Und da sind ich und der Verwaltungsrat dankbar, dass wir mit den richtigen Leuten unterwegs sind. In diesem Zusammenhang haben wir im letzten Geschäftsjahr zwei wichtige personelle Entscheidungen getroffen. Sie haben es bereits gehört, Urs Rengel wird Ende September in den Ruhestand gehen, und wir mussten seine Nachfolge planen. Wir freuen uns, dass wir mit Dirk Mulzer einen sehr erfahrenen Nachfolger gefunden haben, der als stellvertretender

Direktor bei den Industriellen Werken Basel, IWB, seine Kompetenz als Führungskraft eines grossen Versorgers schon bewiesen hat. Urs Rengel bleibt bis Ende des Geschäftsjahres im Amt. Weil es aber heute das letzte Mal ist, Urs, dass du in offizieller Mission hier im Kantonsrat dabei bist, danke ich dir an dieser Stelle ganz herzlich für all die Jahre, in denen du die EKZ geprägt und auch sehr erfolgreich geführt hast. Die EKZ, so wie das Unternehmen heute hier steht, repräsentieren deine Kompetenzen und tragen deine Handschrift.

Eine zweite wichtige Personalentscheidung im letzten Jahr war die Nachfolge des Präsidiums des Verwaltungsrates der AXPO. Zusammen mit dem Kanton konnten wir Einfluss nehmen auf diese Wahl, und wir freuen uns, mit Roland Leuenberger ebenfalls eine bewährte Persönlichkeit zum Verwaltungsratspräsidenten der AXPO wählen zu können. Er ist ein erfahrener Energieexperte mit einem eindrucklichen Leistungsausweis. Er wird sein Amt Mitte Jahr antreten.

Ich danke der Geschäftsleitung und allen Mitarbeitenden der EKZ, die täglich für die Versorgungssicherheit im Einsatz sind und das Unternehmen zu dem machen, was es ist, ein zuverlässiger Stromversorger, ein Partner für ganzheitliche Energielösungen, ein Produzent von erneuerbarer Energie, ein attraktiver Arbeitgeber und einer der grössten Ausbildner im Kanton. Ich danke auch den Mitgliedern des Verwaltungsrates für ihren engagierten Beitrag, der AWU und Ihnen allen, als unsere vorgesetzte Behörde, für die konstruktiven und offenen Diskussionen und für Ihr Engagement für erfolgreiche EKZ. Und nun sind wir gespannt auf Ihre Rückmeldungen. Besten Dank.

René Truninger (SVP, Illnau-Effretikon): Wir haben es bereits gehört, die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich haben im Geschäftsjahr 2024/2025 bei einem Umsatz von 1003,6 Millionen Franken einen Unternehmensgewinn von rund 189 Millionen Franken erzielt. Davon fliessen 35,1 Millionen Franken an den Kanton und 11,3 Millionen Franken an die Gemeinden. Auf den ersten Blick sind das eindruckliche Zahlen, auf den zweiten Blick zeigt sich jedoch: Diese hohen Gewinne stammen im Wesentlichen nicht aus dem operativen Geschäft der EKZ selbst, sondern aus den Beteiligungen an der AXPO Holding AG und der Repower AG. Allein die Dividende der AXPO beträgt 123,3 Millionen Franken, jene der Repower 40,3 Millionen Franken. Das operative Ergebnis der EKZ liegt hingegen mit 18,8 Millionen Franken deutlich unter dem Vorjahreswert von 53,5 Millionen Franken. Als Gründe werden das tiefere Windaufkommen in Deutschland und Frankreich sowie Wertberichtigungen bei ausländischen Produktionsanlagen infolge tieferer Strompreise genannt. Das zeigt klar: Das eigentliche Betriebsergebnis steht auf deutlich weniger solidem Fundament, als es der Gesamterfolg vermuten

lässt. Gleichzeitig aber bleiben die Investitionen der EKZ hoch. Das ist grundsätzlich richtig und notwendig. Wenn die EKZ wöchentlich rund 2 Millionen Franken in das eigene Netz investieren, zeigt das, wie kapitalintensiv die Sicherstellung einer leistungsfähigen und zuverlässigen Strominfrastruktur ist.

Kritisch zu hinterfragen ist jedoch weiterhin das Engagement der EKZ bei der Eltop AG. Es ist problematisch, wenn ein staatliches Unternehmen im freien Markt über Jahre hinweg keine überzeugende Rentabilität erreicht. Zwar konnte die Eltop AG im aktuellen Berichtsjahr ihre Rentabilität steigern, doch bei einem Umsatz von 93 Millionen Franken resultierte lediglich ein EBIT von 1,2 Millionen Franken. Für ein Elektroinstallationsunternehmen mit rund 420 Mitarbeitenden ist das kein starkes Resultat. Gemessen am Branchenschnitt, müsste die EBIT-Marge mindestens im Bereich von 4 bis 5 Prozent liegen. Ebenfalls kritisch ist die Höhe der Gewinnausschüttung an Kanton und Gemeinden, obwohl der Gewinn grösstenteils aus Beteiligungserträgen stammt und nicht aus der operativen Stärke der EKZ. Man kann sich deshalb durchaus fragen, ob hier nicht eine Art Schönwetterpolitik betrieben wird. Solange hohe Beteiligungserträge fliessen, wird verteilt, obwohl die operative Basis deutlich schwächer aussieht.

Zu den Auslandsinvestitionen der EKZ in Solar- und Windenergie ist festzuhalten, dass diese keinen direkten Beitrag zur Versorgungssicherheit in der Schweiz leisten. Gerade in einem energiepolitisch anspruchsvollen Umfeld muss aber die zentrale Frage sein, welchen konkreten Nutzen solche Engagement für die Versorgung unseres Kantons und unseres Landes wirklich bringen.

Ein weiterer Punkt betrifft die geplante Übernahme der Firma Energie 360°, dafür haben die EKZ nur schon die Prüfungskosten von 3,5 Millionen Franken ausgewiesen. Hier stellt sich aus unserer Sicht die berechtigte Frage, inwiefern der Kantonsrat bei solchen strategisch wichtigen Entscheidungen künftig stärker einbezogen werden sollte. Wenn ein staatliches Unternehmen Millionenbeträge für Übernahmen aufwenden will, dann ist das nicht einfach ein operatives Detail, sondern eine Frage von grundsätzlich politischer Tragweite.

Trotz dieser kritischen Punkte halten wir fest: Die EKZ erfüllen ihren Grundauftrag. Sie investieren in die Netzinfrastruktur und sie legen insgesamt eine Rechnung vor, die genehmigt werden kann. Wir genehmigen diese Rechnung und diesen Geschäftsbericht also nicht, weil alles unkritisch wäre, sondern weil die EKZ als Ganzes weiterhin solide aufgestellt sind. Gleichzeitig erwarten wir aber, dass Fragen zur operativen Ertragskraft, zur Marktrolle der Eltop AG und zu den Auslandsengagements künftig klarer und transparenter beantwortet werden. Die SVP/EDU-Fraktion beantragt, die Rechnung

und den Geschäftsbericht der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich für das Geschäftsjahr 2024/2025 zu genehmigen und die Gewinnverwendung zur Kenntnis zu nehmen. Besten Dank.

Manuela Tremonte (SP, Hombrechtikon): Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind die EKZ eine zentrale Institution dieses Kantons. Sie stehen für eine äusserst zuverlässige Stromversorgung, für faire und bezahlbare Tarife für alle und damit für einen für uns bedeutsamen staatlich-genossenschaftlichen Gedanken, der das Gemeinwohl und die Sicherheit der gesamten Bevölkerung ins Zentrum stellt. Energie ist kein Luxus, sondern vielmehr ein von uns allen benötigtes Alltagsgut. Und genau deshalb tragen wir als Kantonsrat und Parteien eine besondere Verantwortung gegenüber diesem Unternehmen, das zu 100 Prozent der Zürcher Bevölkerung gehört.

Die aktuelle geopolitische Weltlage führt uns deutlich vor Augen, wie verletzlich Energieinfrastrukturen und insbesondere fossile Versorgungsketten sind. Kriege, internationale Konflikte und politische Machtverschiebungen haben allzu deutlich gezeigt, wie rasch Energiepreise explodieren können, wie abhängig Staaten und Volkswirtschaften von instabilen Importen geworden sind. Gerade in solch prekären Zeiten wird klar, welche enorme Bedeutung eine sichere und möglichst unabhängige Stromversorgung für die gesamte Bevölkerung hat, für private Haushalte ebenso wie für Unternehmen und die öffentliche Hand. Umso mehr müssen wir gerade nun erkennen und schätzen, wie privilegiert wir in unserer Schweiz leben dürfen, mitunter auch, weil unsere Stromversorgung schlicht hervorragend funktioniert. Es ist deshalb nicht nur energie- und klimapolitisch sinnvoll, sondern auch sicherheits- und sozialpolitisch zwingend, konsequent auf erneuerbare Energiegewinnung und eine starke öffentliche Versorgung zu setzen. Genau dies fordert die SP seit Jahren und genau dieser Weg ist auch gesetzlich klar verankert. Vor diesem Hintergrund kommt den EKZ als öffentlichen Energieversorger eine Schlüsselrolle zu.

Der Geschäftsbericht 2024/2025 zeigt: Die EKZ erfüllen ihren gesetzlichen Versorgungsauftrag trotz anspruchsvollem Umfeld auf hohem und stabilem Niveau. Versorgungssicherheit und Netzverfügbarkeit liegen erneut bei nahezu 100 Prozent, einem überdurchschnittlich hohen Wert. Mit rund 2 Millionen Franken Investitionen pro Woche investieren die EKZ kontinuierlich in Erhalt, Ausbau und Weiterentwicklung der Netzinfrastuktur, Digitalisierung und Sicherheit. Auch das Engagement in der Ausbildung mit einer grossen Zahl an Lernenden ist ausdrücklich hervorzuheben. Ebenfalls klar zu würdigen ist, dass sich die EKZ selbst ambitionierte Entwicklungsziele setzen, mit denen sie einen aktiven Beitrag zur Dekarbonisierung leisten wollen und als Vorreiterin die Energieversorgung und Steuerung mit dynamischen

Tarifen vorantreiben. Diese Ausrichtung ist aus sozialdemokratischer Sicht mehr als richtig, notwendig und zentral für das Erreichen der Klimaziele und eine sozialverträgliche Energiewende.

Besonders hervorheben möchte ich zudem das erfolgreiche Engagement der EKZ im Projekt Madrisa Solar, bei dem bewusst auf sauberen, erneuerbaren Winterstrom gesetzt wird. Dieses Projekt, bei dem die EKZ als Errichterin und Betreiberin auftreten, leistet einen realen Beitrag zur Winterstromproduktion und zeigt bereits in der ersten Etappe eine deutlich höhere Produktionsleistung als gefordert, ein Beleg dafür, dass solche Investitionen äusserst erfolgreich sind und wirken.

Zum finanziellen Ergebnis wurde bereits vieles erklärt und gesagt. Das Unternehmensergebnis fällt in einem anspruchsvollen Geschäftsjahr insgesamt hoch aus, die Ausschüttungen an Kanton und Gemeinden nimmt die SP anerkennend zur Kenntnis. Beim genaueren Hinschauen zeigt sich jedoch auch klar, dass das gute Ergebnis nur zu einem kleinen Teil operativ erwirtschaftet wurde. So hält die SP ausdrücklich fest: Das positive Resultat stammt zu rund 88 Prozent aus Beteiligungserträgen, namentlich AXPO und Repower. Der deutliche Rückgang des operativen Ergebnisses zeigt, dass das Kerngeschäft stark unter Druck steht. Dieser Druck wird sich mit krass verschärfenden Regulierungen des Bundes als Resultat der rechtsbürgerlichen Energiepolitik, die weder sozial noch genossenschaftlich gedacht ist, weiter verstärken. Fazit: Die EKZ verdienen operativ kaum, leben aber gut von ihrer Beteiligung. Das ist kein Vorwurf, sondern eine nüchterne Feststellung und ein Hinweis auf ein strukturelles Risiko, das wir im Auge behalten müssen. Für ein Unternehmen mit gesetzlichem Versorgungsauftrag ist die Stabilität des Kerngeschäfts zentral. Aus sozialdemokratischer Sicht ist es demnach richtig und notwendig, dass die EKZ an strategischen Beteiligungen wie AXPO und Repower festhalten; nicht primär wegen der finanziellen Erträge, sondern als Beitrag zur Versorgungssicherheit, zum Zugang zu Know-how und zu erneuerbarer Stromproduktion und damit auch als wichtiger Beitrag zur Energiewende. Und hier sage ich klar: Wer Versorgungssicherheit fordert, aber gleichzeitig den Ausbau erneuerbarer Energien systematisch torpediert und verhindert, nimmt einen offensichtlichen Widerspruch in Kauf. Während der Ausbau erneuerbarer Energien, insbesondere der Windkraft, in der Schweiz politisch systematisch blockiert und verzögert wird, sichern diese Beteiligungen im Ausland zumindest einen Teil der notwendigen Produktionskapazitäten und leisten zudem einen wichtigen Beitrag zu Energie- und Klimazielen. Denn das Klima kennt keine Grenzen. Angesichts nationaler und kantonaler Verhinderungspolitik der rechtsbürgerlichen Parteien ist es aktuell leider sinnvoll und zielführender, sich wenigstens im Ausland substanziell

an erneuerbarer Energieproduktion zu beteiligen. Dass sich dies auch wirtschaftlich rechnet, hat sich längst gezeigt.

Bewusst möchte ich nun auch zur EKZ Eltop AG Stellung nehmen, die von bürgerlicher Seite immer wieder kritisch betrachtet oder gar als Konkurrenz Privater dargestellt und kritisiert wird. Erstens ist sie ein integraler Bestandteil einer End-to-end-Versorgung. Öffentliche Energiepolitik endet nicht vor der Haustür, sondern muss bis hin zur Kundschaft aus einer Hand professionell, ganzheitlich und zukunftsorientiert umgesetzt werden. Zweitens ist die Eltop keine unfaire Konkurrenz, sondern eine nicht subventionierte Akteurin in einem freien Markt mit einem Marktanteil von deutlich unter 5 Prozent. Sie agiert also keineswegs dominant, sondern vielmehr marktkonform und leistet qualitativ hochwertige Arbeit. Und drittens, für die SP besonders wichtig, übernehmen die EKZ und die Eltop eine grosse Verantwortung in der Berufsbildung. Rund 10 Prozent der Mitarbeitenden sind Lernende, ein Grossteil davon, rund 90 Prozent, in der Eltop. Damit übernehmen EKZ und Eltop Verantwortung im dualen Bildungssystem, welches als eines der Erfolgsrezepte unserer Volkswirtschaft bezeichnet werden muss, und leisten damit zusätzlich einen aktiv hohen Beitrag gegen den Fachkräftemangel.

Neue Herausforderungen, die es ernst zu nehmen gilt: Der Geschäftsbericht weist zudem auf neue Herausforderungen hin, etwa den rasant steigenden Strombedarf grosser Rechenzentren. Hier erwarten wir als SP eine sorgfältige Abwägung und Prüfung, denn dank der für ausländische Unternehmungen oft viel zu liberalen und deregulierten Gesetzgebung ist der Standort Schweiz für diese allzu attraktiv. Da darf es nicht hinkommen, dass der notwendige Netzausbau einseitig durch hochmobile, gewinnmaximierende ausländische Grossverbraucher hochgetrieben werden kann, während Haushalte und KMU die Kosten für die Bereitstellung der Anlagen und später beim Wegzug allenfalls auch Abschreibungen finanzieren und tragen müssen.

Und nun komme ich zum Schluss: Die EKZ sind ein starkes öffentliches Unternehmen und für die SP eine unverzichtbare Institution der Energieversorgung. Gerade deshalb verbindet die SP die Anerkennung für das Geleistete mit kritischem Blick auf die Risiken; dies mit einer klaren Haltung und hohen Erwartungen zugunsten der Versorgungssicherheit und fairen Tarifen für alle, sozialer Verantwortung und einem ernsthaften, substanziellen Beitrag zur zwingenden Energiewende. Der Geschäftsbericht 2024/2025 ist solide, er ist aber auch ein Auftrag, den öffentlichen Charakter der EKZ weiter zu stärken – im Interesse der Bevölkerung des Kantons. Stellvertretend in Fürsorge und im Interesse der gesamten Bevölkerung bedankt sich die SP bei allen Lernenden und Mitarbeitenden für ihr bedeutsames Engagement für die EKZ im Sinne einer zuverlässigen, sicheren und nachhaltigen Stromver-

sorgung im Kanton Zürich. Diese Wertschätzung gilt auch der Geschäftsleitung und dem Verwaltungsrat für die stets offene und konstruktive Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit der AWU. Die SP wird die Rechnung und den Geschäftsbericht genehmigen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Monika Keller (FDP, Greifensee): Der aktuelle Geschäftsbericht der EKZ zeigt ein Unternehmen, das zuverlässig arbeitet und solide Resultate erzielt, aber er legt auch Entwicklungen offen, die man politisch adressieren muss. Die EKZ weisen für das Geschäftsjahr 2024/2025 einen Unternehmensgewinn von 186,3 Millionen Franken aus, fast 25 Prozent mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig fällt der operative Gewinn der EBIT auf 18,8 Millionen Franken, das ist ein Rückgang von 65 Prozent. Dieses Ergebnis ist nicht einfach eine einmalige Schwankung, sondern Ausdruck einer sich seit Jahren abzeichnenden strukturellen Verschiebung. Die EKZ erwirtschaften ihre Resultate zunehmend über Beteiligungen statt über das eigentliche Kerngeschäft. Das kann man zur Kenntnis nehmen, aber nicht ignorieren.

Unbestritten ist, dass die EKZ weiterhin stark in die Versorgungssicherheit investieren. Wir haben es gehört, es sind über 100 Millionen Franken ins Netz geflossen, der Smart-Meter-Rollout ist zu 92 Prozent abgeschlossen, die Glasfaseranbindung der Trafostationen kommt voran und mehrere Unterwerke wurden erneuert oder neu gebaut. Diese Investitionen in Ausbau und Digitalisierung sind notwendig und stärken die Stabilität unseres Stromsystems. Gerade die aktuelle geopolitische Lage zeigt einmal mehr, wie wichtig eine gute Stromversorgung ist, dass Strom zunehmend Öl und Gas als Energieträger ersetzen wird. Die EKZ tragen hier also eine zentrale Verantwortung.

Parallel dazu haben sich die EKZ in den letzten Jahren stark diversifiziert: Wärmeverbünde, Gebäudetechnik, Contracting, Elektromobilität, Solarparks im In- und Ausland. Diese Ausweitung verändert das Profil eines kantonalen Unternehmens. Wenn ein Betrieb, der dem Kanton gehört, in immer mehr Märkte vordringt, braucht es klare Leitplanken. Das gilt besonders bei strategischen Vorhaben wie einer möglichen Übernahme von Energie 360°. Solche Schritte haben eine erhebliche finanzielle und politische Tragweite. Die Frage, ob, wann und wie der Kantonsrat bei Investitionen dieser Größenordnung eingebunden wird, ist nicht geklärt. Wir erachten es als problematisch, wenn der Kantonsrat erst informiert wird, wenn die Würfel faktisch gefallen sind. Auch die Auftragsvergabe an die Certum Sicherheit AG ohne Ausschreibung warf Fragen auf und hat ja auch die Finanzkontrolle auf den Plan gerufen. Die FDP erwartet von den EKZ eine saubere Governance und transparente Entscheidungswege.

Der Bericht zeigt aber auch, wie stark die EKZ durch regulatorische Vorgaben beeinflusst werden und wie solche Vorgaben oft das Gegenteil dessen bewirken, was politisch beabsichtigt war. Lokale Elektrizitätsgemeinschaften oder LEG sind ein Beispiel. Die Idee klingt gut – gemeinschaftlicher Energieeigenverbrauch, lokale Optimierung, mehr Flexibilität –, in der Praxis sind die LEG aber ein bürokratisches Konstrukt mit hohem administrativen Aufwand, komplexen Abrechnungsmodellen, hohen Anforderungen an Mess- und Kommunikationsinfrastruktur und geringer Skalierbarkeit. Der Nutzen bleibt bescheiden. Es wird daher kaum genutzt und verursacht Kosten, die schlussendlich dem Netz belastet werden. Die LEG sind ein Beispiel dafür, wie Regulierung gut gemeint ist, aber am Ende mehr Aufwand als Wirkung erzeugt. Mit Eigenstrom X haben die EKZ ein eigenes Produkt, das mehr überzeugt. Man kann also auf den Innovationsguide von Unternehmen vertrauen. Wo es einen Markt gibt, gibt es auch Lösungen.

Auch die Zahlen der Stromproduktion zeigen Herausforderungen: minus 15 Prozent bei Wind, minus 11 Prozent bei Solar, minus 17 Prozent bei Wasser. Ausschlaggebend dafür sind, wie wir gehört haben, Wetter und Einspeisevergütungen. Eine profitable Stromproduktion ist kein Selbstläufer und diese Risiken muss man im Kopf behalten.

Zum Schluss ein Wort des Dankes an alle Mitarbeitenden der EKZ, die es schaffen, in einem zunehmend komplexen Umfeld, das technisch, politisch und wirtschaftlich sehr agil ist, die Balance zwischen politischen Erwartungen und Rentabilität zu leben. Ein besonderer Dank gilt dem abtretenden CEO, Urs Rengel. Er hat die EKZ durch eine Phase grosser Veränderungen geführt und wichtige Weichen gestellt, wir wünschen ihm für die Zukunft alles Gute. Die EKZ sind ein starkes Unternehmen. Damit das so bleibt, braucht es klare strategische Leitplanken, unternehmerische Freiheit und eine Regulierung, die nicht behindert, sondern ermöglicht. Die FDP wird diesen Weg konstruktiv begleiten und stimmt Geschäftsbericht und Rechnung 2024/2025 zu. Herzlichen Dank.

Daniel Rensch (GLP, Zürich): Die GLP wird der Jahresrechnung und dem Geschäftsbericht der EKZ zustimmen. Die EKZ liefern ein ausserordentlich hohes Ergebnis, investieren in Netze und Erneuerbare und nehmen bei Innovation und Tarifen eine Vorreiterrolle ein. Das ist die eine Seite. Gleichzeitig stellen sich aber Fragen zur Abhängigkeit von AXPO und Repower und zur langfristigen strategischen Ausrichtung.

Das Unternehmensergebnis, wir haben es mehrfach gehört, liegt auf Rekordniveau. Der operative EBIT beträgt dabei aber mit rund 19 Millionen Franken nur etwa 10 Prozent des Ergebnisses. Der weitaus grösste Teil des Gewinns stammt, wie mehrfach gehört, aus Beteiligungen. Wir haben damit

solide Erträge, aber sie kommen primär aus einem volatilen Marktumfeld und nicht aus dem regulierten Kerngeschäft im Kanton. Aus Sicht der GLP ist es deshalb wichtig, dass dieses ausserordentlich gute Ergebnis genutzt wird, um Netze, um inländisch erneuerbare Produktion und Effizienz weiter zu stärken und nicht, um dauerhafte Strukturen auf unsicheren Dividenden zu stützen. Ich komme auch nicht umhin, hier kurz die Rolle und das Verhältnis zur AXPO anzusprechen: In der öffentlichen Diskussion rund um die AXPO standen zuletzt neben den guten Ergebnissen auch Vergütung und Boni sowie mögliche Strategien gegen die Winterstromlücke im Fokus. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Regierungsrat an der Generalversammlung die Vergütungsanträge kritisch begleitet hat. Für die GLP ist zentral: Wo der Kanton und wo die EKZ als Eigentümer auftreten und hohe Dividenden beziehen, sollen sie die Corporate-Governance-Fragen und energiestrategisch – sagen wir mal – fragwürdige Meinungsumschwünge im Bereich des Winterstroms konstruktiv, aber mit klaren Erwartungen begleiten, insbesondere mit Blick auf die Transparenz, auf Angemessenheit und auf die Ausrichtung an langfristiger Stabilität. Auch in der momentan unklaren Situation zum Aktionärsbindungsvertrag und der damit verbundenen Eigentümerrolle durch die Kantone und die EKZ ist es wichtig, dass wir klare, konstruktive Lösungen einbringen und auch erreichen.

Wir sind damit auch bei der Eigentümerstrategie der EKZ: Die AWU hat in ihrer Berichterstattung aufgezeigt, dass die EKZ im Spannungsfeld zwischen wachstumsorientierten Energieunternehmen und staatlichem Versorgungsauftrag stehen. Dazu kommt die enge Verflechtung mit der AXPO, geteiltes Aktienpaket mit dem Kanton, teils auch Wettbewerb und die Diskussionen um grössere Akquisitionen wie bei Energie 360°, wir sprechen heute noch vertieft dazu. Aber aus Sicht der GLP war es wichtig, dass die definitive Strategie eine klare Abgrenzung von reguliertem Kerngeschäft und Marktaktivitäten, eine solide Risikoanalyse und transparente Erwartungen an die Rolle der EKZ im AXPO-Verbund enthält.

Energiepolitisch sehen wir viele richtige Ansätze bei den EKZ. Über 100 Millionen Franken wurden im Geschäftsjahr in die Netzinfrastuktur investiert. Die EKZ treiben mit Projekten wie Madrisa Solar gemeinsam mit der Repower, mit der Solaranlage auf dem Embraport, mit Zürich Wind und mit Contracting-Lösungen für erneuerbare Wärme die Dekarbonisierung voran. Im Nachhaltigkeitsbericht bekennen sich die EKZ zu netto null bis 2040 und haben gemäss ihren eigenen Aussagen im Geschäftsjahr mit erneuerbaren Anlagen knapp 120'000 Tonnen CO₂ vermieden.

Besonders loblich hervorheben möchten wir die Pionierrolle bei dynamischen Tarifen und lokalen Elektrizitätsgemeinschaften ab 2026. Mit dem

Wechsel vom starren Hoch-/Niedertarif hin zu einheitlichen und dynamischen Tarifen, die sich an Marktpreisen und Netzauslastung orientieren, werden Kundinnen und Kunden zu aktiven Akteuren der Energiewende. Wer flexible Lasten wie Wärmepumpen oder E-Autos hat, kann Kosten sparen und gleichzeitig das Netz entlasten. Wichtig ist, dass die EKZ diese neuen Modelle verständlich erklären und auch sozialverträglich gestalten, damit nicht nur der technikaffine Eigenheimbesitzende profitieren kann, sondern auch Miethaushalte ohne eigenes Dach und grosse Investitionsmöglichkeiten.

Zum Schluss: Die EKZ sind für den Kanton Zürich ein zentraler Hebel der Energie- und Klimapolitik. Sie haben gezeigt, dass sie investieren, innovieren und ein stabiles Netz betreiben können. Die GLP will, dass die EKZ diese Rolle weiter ausbauen und dass sie ihre starke Stellung als AXPO- und Repower-Beteiligte nutzen, um Governance und Klimaausrichtung im Verbund mitzugestalten. Die GLP-Fraktion stimmt dem Antrag der AWU zu und dankt dem Verwaltungsrat, der Geschäftsleitung, den Mitarbeitenden der EKZ und insbesondere dem scheidenden CEO Urs Rengel – ich sage nur: mehr als ein Vierteljahrhundert voll auf Strom für die EKZ – für ihren Einsatz für eine sichere, bezahlbare und klimaverträgliche Stromversorgung.

Silvia Rigoni (Grüne, Zürich): Der vorliegende Bericht der EKZ und die soliden Gewinnzahlen zeigen, dass die EKZ grundsätzlich mit hoher Versorgungssicherheit, robust und gut gemanagt unterwegs sind. Für diese erfreuliche Leistung möchten die Grünen den Verantwortlichen der EKZ danken. Der hohe Gewinn kommt dieses Jahr vor allem durch die Beteiligungen an der AXPO und an der Repower. Das operative Ergebnis ist eher tief, das ist aber grundsätzlich kein Grund zur Sorge. Das wichtigste Ziel der EKZ ist es ja nicht, möglichst viel Geld zu verdienen, sondern vielmehr zu einer sicheren, nachhaltigen und vor allem klimaschonenden Energieversorgung im Kanton Zürich beizutragen. Solche Investitionen in eine zeitgemässe und zukunftsgerichtete Infrastruktur kosten Geld, und ein Investment gerade in diese Geschäftsbereiche begrüssen wir sehr.

Die EKZ tun schon einiges, könnten aber noch mehr tun. Vermehrte Investitionen in ein Netz, das den Anforderungen der Erneuerbaren gerecht wird, sind dringend angezeigt. Auch kann noch mehr in die Produktion der Erneuerbaren in der Schweiz investiert werden. Es ist im Interesse der Bevölkerung in unserem Kanton, wenn die Investitionen der EKZ den Ausstieg aus den Fossilen befördern und schnell und ausreichend Alternativen mit erneuerbarem Strom ermöglichen. So können die EKZ ihrem staatlichen Versorgungsauftrag gerecht werden und den nötigen Schub geben, damit wir im Kanton Zürich die anstehende Energiewende rechtzeitig schaffen.

Wir begrüssen die Anstrengungen der EKZ, die Netzstabilität zu verbessern. Wir begrüssen die flexiblen Tarife, die eingeführt wurden. Sie sind innovativ und ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Und es ist richtig, dass die EKZ als einer der bedeutenden Player in der Schweiz, grosse Innovationen anstossen, damit auch gewisse Risiken auf sich nehmen und sich so engagieren, eine Vorreiterrolle in diesem Bereich zu übernehmen. Es gibt noch wenig Erfahrung mit den flexiblen Tarifen, es läuft ja erst seit Anfang des Jahres. Wir sind gespannt, wie sich das auswirken wird, und werden das neue Angebot mit grossem Interesse verfolgen. Dabei ist es uns wichtig, dass die Rahmenbedingungen so festgelegt werden, dass eine Teilnahme der breiten Bevölkerung da auch möglich sein wird.

Um auch künftig den Kanton Zürich zeitgemäss mit Strom zu versorgen, braucht es gut qualifiziertes Personal. Die EKZ engagieren sich für gut ausgebildete Fachleute und es freut uns sehr, dass die EKZ als Lehrbetrieb als top beurteilt werden. Auch schätzen wir das Programm Jugend und Schulen. Beides ist ein wichtiger Beitrag für eine zukunftsgerichtete und sichere Energieversorgung im Kanton Zürich.

Mit grossem Interesse haben wir Grünen den Nachhaltigkeitsbericht studiert. Mit diesem Bericht können wir zur Kenntnis nehmen, dass die EKZ gemäss ihrem Gesetzauftrag beim Klimaschutz vorwärtskommen und mit einem Bericht auch darüber Rechenschaft ablegen. Die EKZ orientieren sich in diesem Bericht an den Standards der Global Reporting Initiative, kurz der GRI-Standards. Im Einklang mit diesen Standards formulieren die EKZ ein klares Netto-Null-Ziel für die eigenen Emissionen, also im Bereich von Scope 1 und Scope 2, mit einem Reduktionspfad. Das ist positiv und entspricht auch den Erwartungen aus dem Auftrag.

Die EKZ sind aber nicht so ambitioniert, wie man es angesichts der zunehmenden Klimaerhitzung und der prekären bis gefährlichen Versorgungslage bei den fossilen Energien erwarten würde. Auch gehen die Vorgaben der GRI-Standards weiter als die Berichterstattung der EKZ. So fehlt es weiterhin an einer systematischen Erfassung und Analyse von Scope 3; dabei geht es um die Emissionen entlang der Wertschöpfungskette. Auch bei den Standards zur Diversität sind die EKZ nicht gerade ambitioniert. Die Geschlechterverteilung wird nur über das gesamte Personal ausgewiesen, und dabei wären Aussagen zur Frauenquote nach Hierarchiestufe vorgesehen. Auch im Bereich der Biodiversität gibt es doch einen grossen Aufholbedarf. Im Bericht werden zwar Aussagen zu einzelnen Standorten gemacht, das ist erfreulich. Was noch fehlt, ist eine systematische Analyse der Auswirkungen von allen Netzen und Produktionsanlagen. Zu einem Bericht nach GRI-Standards würde auch gehören, diesen jeweils extern überprüfen zu lassen. Das ist bedauerlicherweise nicht der Fall. Eine externe Expertise zur Beurteilung der

Nachhaltigkeit der EKZ ist zwar keine gesetzliche Pflicht, aber die EKZ könnten in diesem Bereich trotzdem mehr tun. Eine externe Überprüfung würde dem Unternehmen bestimmt mehr Schub in Richtung Nachhaltigkeit geben. Wir würden uns freuen, wenn diese Punkte im nächsten Bericht rapportiert würden, und sind schon gespannt, darüber zu lesen. Gerne begleiten wir die EKZ beim anspruchsvollen Weg, den Kanton Zürich zeitgemäss und nachhaltig mit Energie zu versorgen, und möchten sie motivieren, in diesem Bereich noch vorbildlicher zu werden.

Nochmals Danke an den Verwaltungsrat, die Geschäftsleitung und an die Mitarbeitenden der EKZ für die zuverlässige und ansprechende Leistung. Die Grünen möchten ihre Kritik als Ansporn für ein noch ausgeprägteres Engagement zum Wohle von Bevölkerung und Umwelt verstanden wissen. Bezüglich Nachhaltigkeit habe ich noch eine letzte Anregung an die EKZ: Ich bin neu in der AWU und konnte bereits einige Male von der grosszügigen Gastfreundschaft der EKZ profitieren. Es gab interessante Inputs, anregende Gespräche und es gab auch immer etwas zu essen. Es gab jeweils Lachs, es gab Tartar-Brötchen, es gab Rindsfilet – und dazu gab es noch ein bisschen pflanzliche Nahrung als Beilage. Die einen mögen das Fleisch ja gerne haben, aber es passt halt in diesen Mengen nicht so gut zur Nachhaltigkeit. Deshalb denken Sie doch bitte vermehrt an die Umwelt und auch an die nicht-karnivoren Gäste und servieren sie etwas mehr pflanzliche Nahrung. Vielen Dank (*Heiterkeit*).

Die Grünen genehmigen die Berichte und die Rechnung und nehmen die Gewinnverwendung zur Kenntnis.

Tina Deplazes (Die Mitte, Hinwil): Ich verlese das Votum für meinen abwesenden Kantonsratskollegen Thomas Anwander:

Die EKZ haben das Geschäftsjahr 2024/2025 mit einem hohen Gewinn abgeschlossen, dies ist durchaus erfreulich. Allerdings trägt der Schein, das gute Ergebnis ist vor allem dank der Dividendenausschüttung von AXPO und Repower zustande gekommen. Der operative Gewinn, also der Gewinn vor den Dividendenzahlungen von AXPO und Repower, ist gegenüber dem Vorjahr deutlich tiefer ausgefallen. Das eigentliche Stammgeschäft der EKZ hat deutlich an Profitabilität verloren. Der Rückgang des operativen Resultats ist nicht ein einmaliges Ereignis, sondern seit mindestens zwei Jahren nimmt die Profitabilität der EKZ unter Ausklammerung der Dividendenerträge ab. Die Gründe für das deutlich tiefere operative Ergebnis liegen in den Bereichen Produktion, Markt und übrige Sparten. Diese sind teilweise im negativen Bereich, aber in jedem Fall unter dem Vorjahr.

Der Monopolbereich, also der Bereich Netze, ist weiterhin auf Kurs. Dies ist auch durchaus erfreulich, geht es hier doch um das Herzstück und den Raison

d'être der EKZ. Wie in den letzten Jahren war die Verfügbarkeit mit Strom gut. Ein wesentlicher Grund für diese hohe Versorgungssicherheit sind die stabilen Netze, die laufend modernisiert und, soweit erforderlich, auch angepasst werden. Erfreulich ist auch, dass über 90 Prozent der installierten Stromzähler durch Smart Meter ersetzt wurden, eine wesentliche Voraussetzung für eine bessere Steuerung der Stromversorgung.

Der Bereich Netze ist auch innovativ, führen doch die EKZ als erstes Energieunternehmen dynamische Tarife ein. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Entlastung der Netzinfrastruktur. Im Kanton Zürich werden viele Rechencenter errichtet, die eine grosse Nachfrage nach Strom auslösen und einen entsprechenden Ausbau der Netze erfordern. Da Rechencenter gleichzeitig Abwärme produzieren, stellt sich aus raumplanerischer Sicht die Frage, inwieweit der Bau oder Ausbau von Rechencentern im Kanton Zürich besser koordiniert werden müsste.

Deutlich weniger erfolgreich ist der Geschäftsbereich Produktion. Im Inland konnte insbesondere das Alpine Solarkraftwerk Madrisa Solar teilweise in Betrieb genommen werden. Madrida Solar leistet aufgrund seiner topografischen Lage insbesondere im Winter einen wichtigen Beitrag zur Stromversorgung. Aufgrund von veränderten Rahmenbedingungen in verschiedenen europäischen Märkten einerseits, aufgrund der Wetterbedingungen andererseits, aber insbesondere auch aufgrund regulatorischer Veränderungen gab es weniger Erträge, und als Folge davon mussten gewisse Beteiligungen wertberichtigt werden. Verfolgt man den europäischen Markt für erneuerbare Energie, bekommt man den Eindruck, dass die Goldgräberstimmung vorbei ist. Aus strategischer Sicht stellt sich die Frage, ob nicht jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, dass die EKZ ihre Auslandsbeteiligungen verkaufen und den Verkaufserlös an den Kanton Zürich zurückführen oder diese Gelder bewusst für eine Stärkung der inländischen Energieproduktion und Energieversorgung verwendet werden. Wir denken da an Opportunitätskosten beim Heimfall von Wasserkraftwerken oder an Investitionen in Speicherkapazitäten, wie zum Beispiel Batterien. Gerade der Ausbau von Speicherkapazitäten gewinnt an Bedeutung. Die Mitte-Fraktion kann sich durchaus vorstellen, dass die EKZ hier gewisse unternehmerische Opportunitäten oder auch Risiken wahrnehmen und bewusst auch in neue Speichertechnologien investieren. Wir sehen Speicheranlagen als wichtige Voraussetzung für eine stabile Stromversorgung im Kanton Zürich.

Gemäss dem Entwurf der neuen Eigentümerstrategie müsste der Geschäftsbereich marktübliche Renditen erzielen. Dies war im Geschäftsjahr 2024/2025 wiederum nicht der Fall. Das Management der EKZ ist sehr gut darin, zu erklären, wieso man den Bereich Markt als EKZ benötigt und aus welchen Gründen dieses Ziel gerade nicht erreicht wurde. Auch hier wäre

dringend eine kritische Strategieüberprüfung erforderlich. Dies wäre auch unbedingt geboten, bevor man weiterhin Akquisitionen tätigt, seien es kleinere oder auch grosse wie die Energie 360°. Das Akquisitionsprojekt Energie 360° ist auch ein Grund, weshalb der Geschäftsbereich Übrige Sparten seine finanziellen Ziele ebenfalls nicht erreichte. Akquisitionsprojekte, inklusive rechtlicher Abklärungen, oder eine Due Diligence führen zu entsprechenden Kosten, die ein Unternehmen in der Grössenordnung wie die EKZ verkraften sollte. Mit dem Akquisitionsprojekt Energie 360° gibt es aber zwei grundlegende Fragen, erstens: Ist ein solches Wachstum in der Grössenordnung von 1 Milliarde Schweizer Franken durch die bestehende und künftige Eigentümerstrategie abgedeckt? Und wollen wir zum Beispiel, dass die EKZ ihre Tätigkeiten ausserhalb des Kantons deutlich ausdehnen? Wenn ja, ist eine solche Ausdehnung des Tätigkeitsgebiets aufgrund des EKZ-Gesetzes abgedeckt? Zweitens: Nach unserem Verständnis wäre der Kaufpreis durch die Aufnahme von Krediten finanziert worden. Bei einem Umsatz von Energie 360° in einer Höhe von 1 Milliarde Schweizer Franken kann man sich ja vorstellen, wie hoch der Kaufpreis ist. Aufgrund des geltenden Rechts können die EKZ offenbar Kredite in einem grossen Umfang aufnehmen und so die Gesamtverschuldung des Kantons beeinflussen, ohne dass der Kantonsrat mitinvolviert ist. Aus Sicht einer guten Governance haben wir hier Handlungsbedarf. Es muss geklärt werden, in welchem Umfang die EKZ Fremdmittel aufnehmen dürfen und ab welcher Grösse die Zustimmung des Eigentümers, sprich des Kantons, erforderlich ist. Allenfalls braucht es diesbezüglich Anpassungen des EKZ-Gesetzes.

Die Mitte-Fraktion kommt zum Schluss, dass die EKZ diverse strategische Herausforderungen hat und man sich von guten Unternehmensergebnissen nicht blenden lassen sollte. Wir erwarten, dass der Verwaltungsrat und das Management die Strategie der EKZ kritisch hinterfragen und konsequent an der operativen Effizienz arbeiten. Die Mitte dankt dem Verwaltungsrat, dem Management und allen Mitarbeitenden für ihr Engagement für eine sichere Stromversorgung im Kanton Zürich und für ihren Einsatz für die EKZ. Die Mitte stimmt den Anträgen der AWU zu.

Andrea Grossen-Aerni (EVP, Wetzikon): Ich lade Sie heute ein, sich den Kanton Zürich und die EKZ als gemeinsame Wandergemeinschaft vorzustellen. Der Bericht vom vergangenen Geschäftsjahr könnte dann folgendermassen lauten: Das Gelände war einmal mehr äusserst anspruchsvoll, doch die flexiblen EKZ-Wanderstöcke gaben Halt und erleichterten die Anpassung an wechselnde Topografien. Da die Kommissionspräsidentin bereits anschaulich auf die Stolpersteine eingegangen ist, beschränke ich mich auf die Schilderung einiger besonderer Wegabschnitte.

Wie auf jeder anspruchsvollen Etappe stellte sich auch für unsere Wandergemeinschaft die Frage nach dem richtigen Tempo auf dem Weg der Energiewende. Es war nämlich nicht klar, welche Tempolimiten gelten sollten. Um das Tagesziel möglichst schnell zu erreichen, wollten die einen sämtliche verkehrsberuhigende Massnahmen vermeiden, eigene Grenzen ausloten und Risiken in Kauf nehmen. Anderen hingegen war schon das Unterwegssein genug – lieber die Kräfte so einteilen, dass sie bis zum Ziel reichen. Die EKZ als öffentlich-rechtliche Anstalt sind permanent gefordert, müssen sie doch die Gratwanderung zwischen wirtschaftlich-unternehmerischer Ausrichtung und stabiler Energieversorgung bestehen. Die eher konservative Ausrichtung der EKZ schafft Stabilität und stärkt Versorgungssicherheit. Gleichzeitig ist es wichtig, dass Innovation und vorausschauende Investitionen diesen Weg ebenso bis zum Ziel mitgehen. Dazu gehört auch der zukunftsgerichtete Umgang mit dynamischen Tarifmodellen. Wir begrüßen die laufende Entwicklung, die unter anderem dazu führt, dass eine aktive Kundschaft Kostenoptimierungen erzielt und gleichzeitig das Stromnetz entlastet. Die EKZ mögen sich im Feld wohlfühlen, möchten jedoch gelegentlich ebenfalls in der Spitzengruppe sein, und das können sie seit Anfang des Jahres. Bei den lokalen Elektrizitätsgemeinschaften, LEG abgekürzt, nimmt unser Energieversorger eine Schlüsselrolle ein. Als Netzbetreiber unterstützt er LEG-Gründungen, reduziert den Netznutzungstarif und ermöglicht die Abrechnung für die Gemeinschaft. Diesen Spitzenplatz einnehmen zu wollen, unterstützen wir ausdrücklich. Denn es führt dazu, dass Quartiere und Gemeinden die Energiewende aktiv vor Ort mitgestalten können. Und selbst ohne eigene Solaranlagen erhält die Bevölkerung so einen Zugang zu lokal produziertem Solarstrom. Das fördert erneuerbare Energien, stärkt die regionale Wertschöpfung und ermöglicht den Zugang zu nachhaltigem Strom zu attraktiven Preisen.

Wenn wir diesen Weg konsequent weiterverfolgen, spielt das eingeschlagene Tempo eine untergeordnete Rolle, Hauptsache, wir sind unterwegs. Wie ich den Medien entnehmen konnte, entdeckt die Generation Z die Hobbys der Alten, es gibt Wartelisten für Schrebergärten. Umso schöner, dass sich die EKZ mit ihren 164 Lernenden im Zeitgeist positionieren können. Die Auszeichnung mit dem goldenen Best-Recruiter-Siegel geht weit über Symbolisches hinaus, denn mit gut ausgebildeten Fachkräften können wir auch bei der Energiewende zur Spitzengruppe gehören.

Die EVP dankt dem Verwaltungsrat, der Geschäftsleitung und allen Mitarbeitenden der EKZ für ihren Einsatz. Innovativ unterwegs, scheuen sich die EKZ nicht vor Gratwanderungen und übernehmen verlässlich die Rolle stabiler Wanderstöcke für den Kanton. Die EVP wird die Rechnung und den Geschäftsbericht der EKZ genehmigen.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich, kurz die EKZ, sind eine selbstständige Anstalt des kantonalen öffentlichen Rechts und zu 100 Prozent im Besitz der öffentlichen Hand. Beaufsichtigt werden die EKZ vom Kantonsrat. Die EKZ spielen bei der Versorgungssicherheit der Bevölkerung mit Strom im Kanton Zürich eine zentrale Rolle. So ist in Paragraf 2 des EKZ-Gesetzes festgehalten, dass sie den Kanton, ausgenommen die Stadt Zürich, wirtschaftlich, sicher und umweltgerecht mit elektrischer Energie versorgen. Und in Paragraf 4 ist explizit festgehalten, dass sie nicht nur die Versorgungssicherheit gewährleisten, sondern dass sie aktiv dazu beitragen, die kantonalen Klimaziele zu erreichen. Dazu ergreifen die EKZ geeignete Massnahmen im Inland, insbesondere beim Netz, bei der Energieeffizienz sowie bei der Erzeugung und Speicherung von elektrischer Energie.

Im Berichtsjahr haben die EKZ mit mehr als 186 Millionen Franken ein starkes Finanzergebnis erzielt; dies dank ordentlichen und Sonderdividenden vor allem der AXPO. Beim Kerngeschäft, dem eigentlichen Betriebsergebnis, sind die EKZ unter dem Ergebnis des Vorjahres geblieben, sie erzielten aber immer noch einen Gewinn von rund 19 Millionen Franken. Der Gewinneinbruch hat einen erfreulichen Hintergrund: Mit ihren Investitionen in Madrisa Solar und in die grösste Solaranlage des Kantons Zürich in Embrach leisten die EKZ im Inland einen wichtigen Beitrag zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Im Berichtsjahr haben die Beteiligungen an Windkraftprojekten in Frankreich und Deutschland weniger Ertrag eingebracht als geplant. Die EKZ sammeln mit den Windkraftbeteiligungen in Frankreich und Deutschland aber wichtige Erfahrungen, die sie in die Förderung von inländischen Windkraftprojekten stecken können. Zu einer Minderung des operativen Betriebsergebnisses beigetragen haben auch die Investitionen in die Sicherung von Standorten für die Windmessungen durch Zürich Wind. Alles in allem werden sich die Investitionen in die erneuerbaren Energien langfristig in Form eines besseren Klimas mehrfach lohnen. Wir fordern die EKZ auf, die eingeschlagenen Klimaziele konsequent weiterzuverfolgen und den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter zu forcieren.

Noch ein Schlusswort zur Zusammensetzung der Geschäftsleitung der EKZ: Wie schon die Jahre zuvor lächeln uns auf dem Foto der Geschäftsleitung fünf Männer an. Das ist ja durchaus sympathisch. So wie die EKZ die Klimaziele konsequent weiterverfolgen sollen, wünschen wir uns, dass sie auch die Gleichstellungsziele mit aller Konsequenz verfolgen. Es gibt genügend gut qualifizierte Berufsfrauen, die für diese Posten infrage kommen. Die Al-

ternative Liste wird die Rechnung und den Geschäftsbericht der EKZ genehmigen. Von der Gewinnverwendung haben wir Kenntnis genommen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Gerne gebe ich meine Interessenbindungen bekannt: Ich bin Mitarbeiter der Solarmarkt GmbH, des grössten Händlers für Photovoltaikprodukte, und Vorstand von Swiss Solar.

Mit einer Netzverfügbarkeit von 99,997 Prozent zeigen die EKZ eine hervorragende Leistung. Das ist absolut top und bildet zusammen mit guten Strompreisen die Grundlage für erfolgreiche Firmen im Kanton Zürich. Wir begrüssen es sehr, dass die EKZ in spannende Projekte investieren, sie wurden alle schon genannt. Madrisa Solar, wichtig für den Winterstrom, die grösste Photovoltaik-Anlage im Kanton Zürich bei Embraport in Embrach, die Kooperation Zürich Wind, welche mit ersten Windmessungen einen wichtigen Beitrag für die Winterversorgung leistet, und der Gewinn des Watt d'Or für das Projekt Ortsnetz in Winkel. Ebenfalls hervorheben möchte ich die Einführung der dynamischen Tarife. Sie ist ein zentrales Instrument, um den Stromverbrauch in Zeiten zu lenken, in denen die Netzbelastung am tiefsten ist.

Im Berichtsjahr wurden 4886 neue Solaranlagen ins Netz integriert. Das ist erfreulich, aber es ist zu wenig. Der Kanton Zürich liegt mit 534 Watt pro Einwohner weiterhin auf dem drittletzten Platz in der Schweiz. Andere Kantone wie Appenzell-Aussere Rhoden oder Thurgau haben inzwischen mehr als dreimal so viel Leistung pro Kopf. Seit Jahren fordern wir Grünen, dass die EKZ nicht nur selbst investieren, sondern auch die Rahmenbedingungen für private Investitionen verbessern sollen. Dazu werde ich in der Eigentümerstrategie nochmals Stellung nehmen.

Mit den Lokalen Energiegemeinschaften gibt es seit Januar 2026 ein neues wichtiges Instrument. Die Idee ist einfach: Produzenten und Konsumenten profitieren gemeinsam vom lokal produzierten Strom, indem weniger Netzkosten bezahlt werden müssen. Die EKZ haben rasch ein Modell eingeführt und erste Pilotprojekte umgesetzt. Das ist grundsätzlich positiv. Ich gehe aber mit Monika Keller einig, dass das bisher nicht wahnsinnig gut funktioniert. Das Modell, das die EKZ gewählt haben, wird bisher nur zögerlich verwendet. Ein Blick in die Stadt Zürich zeigt: Dort funktioniert es besser. Beim Modell des EWZ (*Elektrizitätswerk Stadt Zürich*) nehmen bereits 5000 Personen teil. Produzenten erhalten einen guten Preis für ihren produzierten Strom, was die Anreize für den Bau weiterer Solaranlagen schafft.

Die Eltop hat in einem schwierigen Marktumfeld ihre 1000. Photovoltaik-Anlage realisiert, auch das verdient Anerkennung. Gerade weil der Markt

um 15 Prozent zurückgegangen ist und viele Installateure unter Druck stehen, stellt sich aber auch die grundsätzliche Frage: Wie kommt dieser Erfolg zustande? Und welche Rolle spielt dabei die Stellung der EKZ als Monopolistin? Wir beobachten derzeit im Markt, dass einzelne Energieversorger Projekte zu Preisen anbieten, die kaum kostendeckend sein können. Das führt dazu, dass private Anbieter nicht mehr zum Zug kommen. Das darf nicht passieren. Monopolnahe Unternehmen dürfen ihre Stellung nicht dazu nutzen, funktionierende Märkte zu verzerren. Ich fordere deshalb die AWU auf, in diesem Bereich genau hinzusehen. Kann die Eltop Vorteile nutzen, welche andere Firmen nicht haben? Als Beispiel erwähne ich hier den Newsletter der EKZ, der an alle Kunden der EKZ geht.

Und auch zur Biodiversität, welche im Nachhaltigkeitsbericht eine ganze Seite Platz bekommt: Die EKZ verfügen mit 19,5 Hektaren über eine Fläche, die fast einem durchschnittlichen Landwirtschaftsbetrieb im Kanton entspricht. Es ist erfreulich, dass diese Flächen biodiversitätsnah bewirtschaftet werden. Gleichzeitig gibt es Verbesserungspotenzial. Ein konkretes Beispiel aus meinem eigenen Naturschutzverein zeigt, dass aktive Mitglieder angefragt haben, ob sie Nistkästen an einem Trafohäuschen aufhängen könnten, und diese auch unterhalten wollten. Das wurde leider abgelehnt. Gerade Gebäudebrüter wie Mauersegler finden in modernen Gebäuden immer weniger Nistplätze. Hier sind einfache Massnahmen möglich und sinnvoll. Mein Appell an die EKZ, nutzen Sie die Initiative von engagierten Gruppen aus der Bevölkerung. Solche Synergien können tolle Beiträge zur Stärkung der Biodiversität leisten.

Nicola Siegrist (SP, Zürich): Die 123 Millionen Franken Dividende der AXPO wurden nun mehrfach genannt, nutzen wir doch diesen Aufhänger, um noch kurz über andere Geschäfte bezüglich der AXPO zu sprechen: Ende 2024, Anfang 2025 waren die Löhne der AXPO-Chefetage Thema, und zu Recht hat sich die breite Öffentlichkeit darüber echauffiert, wie stark die Löhne dort gestiegen sind, während viele Teile der Bevölkerung Mühe haben, ihre Mieten zu bezahlen, ihre Krankenkassenprämien zu bezahlen. In der Folge hat Ende Februar dieser Kantonsrat mit einer sehr deutlichen Mehrheit von 122 zu 51 Stimmen ein dringliches Postulat (*KR-Nr. 30/2025*) überwiesen, das einen Lohndeckel bei der AXPO-Chefetage gefordert hat. Der Regierungsrat hat verdankenswerterweise den Auftrag oder die dringliche Bitte umgesetzt und den Vorschlag der AXPO-Führung an der GV abgelehnt. Die EKZ-Vertretung, wenn man den Medien denn glauben kann, hat dies nicht gemacht. Dies ist für die SP-Fraktion ein klarer Ausdruck fehlender politischer Sensibilität gegenüber diesem Parlament. Wir erwarten

von den EKZ und wir erwarten von Herrn Schaeren, dass so klare Mehrheiten im Parlament bei der Politik der EKZ gegenüber der AXPO berücksichtigt und nicht zur Seite geschoben werden. Sie haben eine weitere Möglichkeit, Herr Schaeren, die Erwartung, einen Lohndeckel einzuführen, der bei 1 Million Franken liegt, gilt weiterhin und die klare Erwartung ist, dass Sie diesen in der nächsten Generalversammlung auch so umsetzen. Eine ähnliche Frage stellt sich beim zukünftigen Vertragswerk zur AXPO, dieses wird dieses Jahr noch erwartet. Auch hier hat eine deutliche Mehrheit dieses Kantonsrates rote Linien formuliert. Es geht darum, zu verhindern, dass die AXPO privatisiert werden kann. Es geht darum, die versorgungsrelevanten, die kritischen Infrastrukturen zu sichern, in öffentlicher Hand zu behalten. Wir haben dies auch ins Gesetz geschrieben, nicht nur ins Energiegesetz, sondern auch ins EKZ-Gesetz. Der Auftrag auch hier an die strategische Führung der EKZ ist klar, und ich erwarte von Ihnen, vom Verwaltungsrat, vom Verwaltungsratspräsidenten, und das gilt natürlich auch für den Regierungsrat, der hier auch sitzt: Nehmen Sie diese roten Linien ernst, setzen Sie die gesetzlichen Bestimmungen um, wenn es dann darum geht, dieses Vertragswerk umzusetzen. Riskieren Sie bezüglich AXPO keinen weiteren Schiffbruch in diesem Parlament. Herzlichen Dank.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Es sind jetzt hier in dieser Debatte doch einige Widersprüche offenbar geworden und ich denke, wir sollten sie nicht einfach stehen lassen, sondern noch einmal kommentieren. Grundsätzlich habe ich in dieser Debatte gehört, dass Sie sich eigentlich über die grossen Ausschüttungen und die Gewinne der EKZ freuen, gleichzeitig aber – und da müssen sich die Bürgerlichen ja doch ein bisschen an den Ohren nehmen – kritisieren Sie die Beteiligungen, die diese grossen Gewinne möglich gemacht haben, also da müssen Sie sich entscheiden. Grosse Gewinne, hohle Hand machen, gerne etwas vom Kanton auch entgegennehmen, auch bei den Gemeinden, gleichzeitig aber die Beteiligung kritisieren, die diese Gewinne möglich gemacht haben, da müssen Sie uns noch erklären, was Sie genau möchten. Das Gleiche gilt für uns auch, wenn es um die regulatorischen Aspekte geht, die jetzt mehrheitlich kritisiert worden sind. Also einerseits kritisieren Sie, dass die EKZ nicht, wie soll ich sagen, in dem Sinne wirtschaftlich agieren können, wie Sie es gerne möchten. Gleichzeitig aber verlangen Sie, dass sie wirtschaftlich agieren. Und als Drittes wiederum verlangen Sie, dass sie sich aber ja nicht auf dem Markt der anderen bewegen, also nicht auf dem Markt, wo andere Gewerbebetreibende sind, aber auch nicht unbedingt auf dem spanischen Markt der Energieproduzenten zum Beispiel, wenn es um Solarkraftanlagen im Ausland geht. Also irgendwie geht das alles

nicht so ganz auf. Einerseits möchte man maximale Wirtschaftlichkeit, andererseits aber möchte man sie eben doch nicht, indem man die Beteiligungen kritisiert. Ich denke, geschätzte Bürgerliche, ich möchte Sie einfach daran erinnern: Der Verwaltungsrat der EKZ ist in bürgerlicher Hand. Diese Widersprüche haben Sie selber produziert. Und wenn Sie sie nicht möchten, dann sollten Sie mit Ihren Verwaltungsratsmitgliedern reden; wir tun es mit unserer Verwaltungsratsvertreterin. Grundsätzlich kann ich die grüne Haltung nochmals betonen: Wir sind nicht unbedingt glücklich darüber, dass in erneuerbare Energien im Ausland investiert wird, wir wollen, dass es primär im Inland geschieht. Und wir möchten auch nicht, dass Gewerbebetriebe und Gewerbebezweige unnötig durch einen staatlichen Betrieb konkurriert werden.

Ratspräsident Beat Habegger: Es liegen aus dem Kantonsrat keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich möchte deshalb etwas aufnehmen, was von mehreren Kolleginnen und Kollegen heute Morgen gesagt wurde, und namens des Kantonsrates auch die Gelegenheit nicht versäumen, dem noch amtierenden, aber per Ende Jahr abtretenden CEO für sein sehr langes und erfolgreiches Wirken für die EKZ zu danken. Urs Rengel hat die Unternehmung stark geprägt und die enorme Entwicklung in diesem sehr anspruchsvollen Markt als CEO während sage und schreibe 25 Jahren – ich habe extra nochmals nachgefragt, ob ich das tatsächlich richtig gehört habe, es sind tatsächlich 25 Jahre – an vorderster Front mitgestaltet, also herzliche Gratulation dazu, lieber Urs. Wir wünschen dir viel Erfolg für die noch verbleibenden Monate – die Arbeit ist ja noch nicht zu Ende – und für alles, was danach kommt, natürlich einfach sehr viel Freude und einfach eine gute Zeit dann in den kommenden Jahren. Herzliche Gratulation (*Applaus*).

Rolf Schaeren, Verwaltungsratspräsident der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich: Ich bedanke mich namens der EKZ für Ihre sehr qualifizierten Rückmeldungen und Einschätzungen, die Sie zum Ausdruck gebracht haben. Ich darf über alles feststellen, dass ein sehr grosses Wohlwollen, eine grosse Unterstützung für das Unternehmen EKZ heute auch wieder zum Ausdruck gekommen ist. Das freut uns natürlich.

Wir haben auch die kritischen Voten gehört. Sie haben die ganze Palette der Themen angesprochen, die auch in unserem Verwaltungsrat immer wieder zum Thema werden und die auch im Verwaltungsrat in dieser Bandbreite, wie sie auch hier diskutiert werden, diskutiert werden. Ich freue mich aber, dass wir im Verwaltungsrat eine Situation haben, in der wir auch bei harten und kontroversen Diskussionen am Schluss doch entscheidungsfähig sind. Und viele Entscheidungen auch in kontroversen Diskussionen waren dann am Schluss doch eindeutig.

Ich muss aber doch eine Fehlaussage noch korrigieren, die jetzt gerade gemacht wurde. Es betrifft die Frage der Generalversammlung der AXPO und der Stellungnahme zur Entschädigungsfrage: Die ordentliche Generalversammlung der AXPO hat am 27. März 2026 hier in Zürich stattgefunden, also vor wenigen Wochen. An dieser ordentlichen Generalversammlung war auch das Traktandum eines neuen Entschädigungsreglements traktandiert, das schon seit vielen Monaten in Diskussion ist und durchaus auch kontrovers diskutiert wurde. An der Generalversammlung vor drei Wochen hat der Kanton und haben auch die EKZ dieses beantragte Reglement abgelehnt. Es war eine Falschinformation, ich weiss nicht, welche Publikationen Sie gelesen haben. Die Mehrheit der Aktionäre der AXPO hat dem Reglement zugestimmt, aber immerhin wir und der Kanton, wir haben mit einer Stimme gestimmt.

Ich bedanke mich, wie gesagt, für Ihre Rückmeldungen und Diskussionen. Wir nehmen das ernst und wir werden uns auch weiterhin bemühen, damit wir auch in einem Jahr wiederum in einer ähnlichen Situation zur Kenntnis nehmen können, was die EKZ geleistet haben. Besten Dank.

Detailberatung

I.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 170 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

II.–IV.

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

4. Genehmigung der Änderung der Gemeindeverordnung

Antrag des Regierungsrates vom 21. Mai 2025 und Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 5. Dezember 2025

Vorlage 6026a, *schriftliches Verfahren*

Ratspräsident Beat Habegger: Wir haben schriftliches Verfahren beschlossen. Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt Ihnen, diese Änderung zu genehmigen.

Es gingen innert Frist keine anderslautenden Anträge ein. Ich stelle somit fest, dass Sie dem Antrag der STGK zugestimmt haben.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Genehmigung der Abrechnung des Objektkredits für die Übertragung der Liegenschaft Ausstellungsstrasse 88, Zürich, in das Verwaltungsvermögen

Antrag des Regierungsrates vom 20. August 2025 und Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 13. Januar 2026

Vorlage 5873b, *schriftliches Verfahren*

Ratspräsident Beat Habegger: Wir haben schriftliches Verfahren beschlossen. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt Ihnen, die Abrechnung zu genehmigen.

Es gingen innert Frist keine anderslautenden Anträge ein. Ich stelle somit fest, dass Sie dem Antrag der KPB zugestimmt haben.

Das Geschäft ist erledigt.

6. Eigentümerstrategie für die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich

Antrag des Regierungsrates vom 9. Juli 2025 und Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 2. Dezember 2025

Vorlage 6037

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Die Eigentümerstrategie für die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich, EKZ, hat eine längere Geschichte hinter sich. Ein erstes Mal wurde sie dem Kantonsrat im Juni 2024 mit Vorlage 5964 vorgelegt. Daran gab es breite Kritik, die in zwei Rückweisungsanträgen unterschiedlichen Inhalts gipfelte. Nach der Kritik zog der Regierungsrat die Vorlage zurück und legte dem Kantonsrat im Juli 2025 mit der jetzigen Vorlage eine überarbeitete Strategie vor. Darin nahm er die Kritikpunkte aus der ersten Vorlage teilweise auf, die da sind:

Erstens sollen die EKZ eine Grundversorgung und damit langfristig stabile und moderate Tarife gewährleisten. Das ist nun neu als strategisches Ziel des Kantons für die EKZ in der Eigentümerstrategie enthalten.

Zweitens war es ein Anliegen, dass der Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien explizit auch wirtschaftlich sein soll. Auch dies wurde eins zu eins in die neue Eigentümerstrategie aufgenommen.

Drittens: Die Trennung von Monopol- und Marktbereich wurde besonders kritisiert, beziehungsweise es war die als ungenügend empfundene Trennung dieser beiden Bereiche, die in der Kritik war. Dazu hat der Regierungsrat zwei Erwartungen an die EKZ präzisiert beziehungsweise ergänzt: Einerseits erwartet der Kanton Zürich gemäss neuer Eigentümerstrategie, dass die EKZ weitere Dienstleistungen im Energiebereich erbringen, sofern diese einen Beitrag zur Erreichung der strategischen Ziele leisten und im mehrjährigen Durchschnitt eine marktübliche Rendite erwirtschaften. Andererseits ist ausdrücklich festgehalten, dass die EKZ Markt- und Monopolbereich klar abgrenzen und sich im Marktbereich zu einem fairen Wettbewerb verpflichten sollen. Ich kann da an die Debatte von heute Morgen beim letzten EKZ-Geschäft (*KR-Nr. 58a/2026*) erinnern.

Vierter Punkt: Schliesslich war die ursprünglich fixe Renditeerwartung von 30 Millionen Franken pro Jahr kritisiert worden, Renditeerwartung für den Kanton. Dies ist neu relativiert durch die Erwartung, dass 30 Prozent des konsolidierten Bilanzgewinns der EKZ-Gruppe an den Kanton ausgeschüttet werden sollen. Zu erwähnen ist, dass sich auch die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (*AWU*) mit den beiden Geschäften befasst hatte. Sie begrüsst die Änderungen in der jetzt vorliegenden Eigentümerstrategie. Sie weist unter anderem aber auch darauf hin, dass zwischen dem finanziellen Risiko für das Unternehmen einerseits und dem volkswirtschaftlichen Risiko für den Kanton andererseits zu unterscheiden sei, was in der Eigentümerstrategie heute nicht berücksichtigt werde.

Zurück zu den Beratungen in der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt: Die KEVU begrüsst die vorgenommenen Korrekturen und stimmt der überarbeiteten Eigentümerstrategie grossmehrheitlich zu. Für die Mehrheit ist die Strategie zwar nicht perfekt, aber doch eine gute und ausgewogene Basis für die nächsten Jahre.

Eine Minderheit lehnt die Strategie ab. Aus ihrer Sicht wird insbesondere der Trennung von Monopol- und Marktbereich nach wie vor ungenügend Rechnung getragen. Ich gehe davon aus, dass die beiden Seiten noch detaillierter beleuchtet werden, und wünsche eine elektrisierende Debatte.

Paul von Euw (SVP, Bauma): Ja, die SVP lehnt die Eigentümerstrategie weiterhin ab und wird sie nicht genehmigen. Folgende Kritikpunkte stehen im Zentrum und müssen aus unserer Sicht überarbeitet werden: Dies sind, erstens, die Trennung Monopol- und Marktbereich, zweitens die Beteiligungen und drittens die Stromherkunft.

Ich komme zum ersten Punkt: Der Trennung zwischen Monopol- und Marktbereich wird in der Strategie nach wie vor nur ungenügend Rechnung getragen. Und dies wirkt sich heute bereits, wir haben es gehört, auf die Eltop (*Elektroinstallationsfirma*) aus, und diese Vermischung sollte auch weitergehen, dazu komme ich noch. Nun werden auch noch weitere Felder eröffnet. Die EKZ sind aktuell auf Einkaufstour, um ihre Position in der Wärmeversorgung von Liegenschaften zu stärken. Dabei handelt es sich nicht nur um Interessen an Wärmeversorgungsnetzen, sondern es handelt sich auch um den Einkauf von Hausinstallationsfirmen im Wärmebereich, so nachzulesen in meiner Anfrage 52/2026. Und diese Strategie der Marktverzerrung, geschätzte Damen und Herren Verwaltungsräte der EKZ, durch einen öffentlichen Betrieb darf zum Wohle des Gewerbes nicht weitergeführt werden. Wir erwarten dazu eine klare Abgrenzung, diese sei in der Strategie festzuhalten.

Der zweite Punkt ist die Versorgung mit erneuerbarer Energie. Der Grundsatz, dass die EKZ ihr Versorgungsgebiet grundsätzlich mit erneuerbarer Energie versorgen, entspricht nicht der seriösen Realität, suggeriert einen Schein, der nicht sein kann, und positioniert sich diametral gegen die neuesten Erkenntnisse von Bundesbern und der Fachwelt. Die Formulierung muss sich auf CO₂-freie Energie fokussieren.

Ich komme zum dritten Punkt, Beteiligungen: Über Beteiligungen an Nicht-Elektrizitätsunternehmen werden keine Aussagen gemacht. Über Beteiligungen, welche nach wie vor, wie bereits erwähnt, Marktverzerrungen mit sich bringen, Beteiligungen beziehungsweise Übernahmen von Betrieben, welche mit dem «E» der EKZ, dem «E» wie «Elektrizität» keinen Zusammenhang haben. Da wollen wir ebenfalls eine klare Distanzierung. Wir wollen keine Differenzierung der EKZ.

Und ganz befremdend ist die Formulierung unter «Erwartungen», Punkt 2.5. Da steht «Energielösungen aus einer Hand anbieten, um die Dekarbonisierung voranzutreiben». Geschätzte Damen und Herren Verfasser dieser Strategie, das ist ein Frontalangriff gegen das Gewerbe, das ist ein Affront. Hier wird suggeriert, das Gewerbe könne diesen Auftrag der Bevölkerung nicht umsetzen, und das ist nicht so. Nur weil die EKZ Gewerbebetriebe zusammenkaufen, heisst das noch nicht, dass mehr gemacht wird. Es heisst lediglich, dass ein Teil aus der privaten Hand in die öffentliche Hand überführt wird, und mehr passiert hier nicht. Und ich bin auch der festen Überzeugung, dass die EKZ diese Geschäftsfelder nicht brauchen, um einen guten Job zu machen. Und das «E» sagt es, «Elektrizität»: Die EKZ müssen den Kanton Zürich mit Elektrizität versorgen und müssen keine Heizungen in irgendwelchen Einfamilienhäusern installieren.

Gut, soweit die Hauptkritikpunkte. Aufgrund dieser falschen beziehungsweise fehlenden strategischen Inhalte lehnen wir die aktuelle Eigentümerstrategie ab und fordern eine entsprechende Anpassung.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Bis anhin hat ja der Regierungsrat die Eigentümerstrategie der EKZ genehmigt, es ist jetzt das erste Mal, dass wir das im Kantonsrat machen. Die Problematik bei der Genehmigung von solchen Strategien ist ja, dass wir eigentlich nur Ja oder Nein sagen können, und es ist dann etwas schwierig, wenn wir gewisse Kritikpunkte haben, denn wir können sie nicht durch Anträge anpassen. Das hat ja dann dazu geführt, dass insbesondere auch wir einen Rückweisungsantrag gestellt haben. Denn wir haben uns massiv an der fixen Gewinnabschöpfung von 30 Millionen Franken gestört, für uns war das ein ganz klares No-Go. Wir waren der Meinung, dass mit einer so fixen Vorgabe die Zukunftsfähigkeit der EKZ klar gefährdet oder zumindest massiv geschwächt wird. Denn am Schluss werden wichtige Tätigkeiten nicht gemacht, um diesen Betrag abzuliefern, was mittel- bis langfristig eine sehr problematische Sache wäre.

Ich möchte die Reaktion des Regierungsrates auf die Situation – es gab dann ja auch noch andere Kritikpunkte – sehr lobend erwähnen. Regierungspräsident Martin Neukom hat die verschiedenen Parteien zusammengenommen und geschaut, was eigentlich die essenziellen Kritikpunkte sind, und hat dann die ursprüngliche Strategie zurückgezogen und eine abgeänderte Vorlage, eine abgeänderte Strategie aus dem Regierungsrat, welche diese Kritikpunkte aufgenommen hat, nun dem Kantonsrat ein zweites Mal präsentiert. Entsprechend hätte ich eigentlich angenommen, dass sämtliche Parteien dieser Strategie zustimmen würden, weil nämlich insbesondere auch relativ viele Kritikpunkte der SVP klar aufgenommen wurden.

Also, wir haben jetzt eben diesen zweiten Vorschlag, und aus Sicht der SP ist das eine gute Eigentümerstrategie, es ist keine perfekte. Realistischerweise muss man auch sagen: Wenn die Eigentümerstrategie aus Sicht der SP perfekt wäre, hätten wir wahrscheinlich hier drin keine Mehrheit, aber sie wäre trotzdem besser. Aber gehen wir zur jetzigen Eigentümerstrategie: Warum finden wir sie trotzdem eine gute Strategie? Ich finde es wichtig, dass bei den EKZ der Fokus auf die Versorgungssicherheit mit Strom während des ganzen Jahres gelegt wird. Das ist letztendlich die Kernaufgabe der EKZ, für das sind sie da und das ist das wichtigste Gut, das sie leisten müssen. Dass hierzu insbesondere der Ausbau der Erneuerbaren erwähnt wird, finden wir sehr sinnvoll, denn das ist auch das, was die grösste Auslandsunabhängigkeit mit sich bringt.

Weiter finden wir es auch sinnvoll, dass man sagt, bei der Energiebeschaffung sollte man das insbesondere sehr stark bei der AXPO tätigen; das war

ja auch ein Postulat, das insbesondere von uns eingebracht wurde. Denn wir denken, dass man hier die Risiken beider Gesellschaften minimieren kann. Einerseits gehören ja dem Kanton Zürich die EKZ, andererseits zu über einem Drittel auch die AXPO. Hier kann man sich mit langfristigen Abnehmerverträgen eigentlich stark vor den Marktrisiken absichern. Ich glaube, dieser Punkt muss von den EKZ in Zukunft noch stärker dann auch umgesetzt werden.

Dann begrüßen wir es auch, dass die Koordination der Beteiligungen der AXPO mit dem Kanton in der Eigentümerstrategie festgeschrieben ist. Ich nehme an, dass eben solche «Unfälle» wie beim Lohndeckel bei der ausserordentlichen Generalversammlung, wo ja die EKZ gemäss Medienberichten durchaus nicht wie der Kanton Zürich gestimmt haben, nicht passieren. Offensichtlich hat sich das ja schon jetzt im März gebessert und der Kanton Zürich hat quasi mit einer ungeteilten Standesstimme in der AXPO-Generalversammlung funktioniert; ich denke, in Zukunft sollte das weniger passieren.

Dann wurde eben auch der Punkt aufgenommen, dass der Markt- und der Monopolbereich abgegrenzt werden sollen. Das finden wir grundsätzlich sinnvoll, aber ich finde auch, dass die Regelung jetzt langsam genügt. Also man kann auch 100'000 mehr Details reinschreiben, statt dass man den Begriff so macht, aber inhaltlich wird sich dann auch nichts fundamental ändern. Man kann auch etwas suchen, um die Strategie ablehnen, aber eigentlich ist ja die Forderung damit erfüllt.

Dann finde ich die Ausrichtung auf die kantonalen Klimaziele sehr wichtig. Die EKZ sind ein entscheidender Player für die Elektrifizierung unserer Gesellschaft. Die Elektrifizierung ist die Schlüsseltechnologie, wie wir den CO₂-Ausstoss runterbringen können. Und wir finden auch, die Regelung mit den 30 Prozent Gewinnabgabe vom konsolidierten Bilanzgewinn sei akzeptabel. Wir sind der Meinung, dass mit der Regelung Investitionen auch in Zukunft getätigt werden können, die Regelung ist so kein Hemmnis für eine Entwicklung und Ausrichtung der EKZ für die Zukunft.

Eben, wie schon gesagt, so ganz verstanden habe ich die Ablehnung der SVP nicht, das mit dem Markt- und Monopolbereich habe ich erwähnt. Ich glaube, der Sinn eurer Forderung wurde eigentlich ganz klar übernommen, das andere würde einfach dem Niveau einer Strategie nicht mehr gerecht werden. Um was geht es bei den Investitionen in die Erneuerbaren? Ist denn die Vorstellung, dass die EKZ direkt in AKW investieren sollten? Auch ihr solltet wissen, dass es nicht realistisch ist, dass irgendjemand in diesem Land in ein AKW ohne Staatsgarantie investiert. Dann müsstet ihr aber auch gleich fordern, dass es eine Staatsgarantie des Kantons Zürich brauchen würde, denn

sonst wäre man wahnsinnig, wenn man ein solches Risiko von Finanzinvestment machen würde, was auch verschiedenen anderen Punkten in der Strategie widersprechen würde.

Also summa summarum denken wir, dass die neue Strategie klar ein Fortschritt in die richtige Richtung ist. Sie ist nicht perfekt, die nächste kann ja vielleicht noch besser werden. Aber die SP wird sie entsprechend genehmigen und dem Antrag zustimmen. Herzlichen Dank.

Sarah Fuchs (FDP, Meilen): Zuerst möchte ich meine Interessenbindung offenlegen: Ich arbeite für den Verband der Schweizerischen Elektrizitätsunternehmen, den VSE, und die EKZ sind Mitglied des VSE.

Wir, die FDP-Fraktion, danken der Baudirektion für diese überarbeitete Eigentümerstrategie. Es wurden im Vergleich zur ersten Variante nochmals wirklich deutliche Verbesserungen gemacht, die wir sehr begrüßen, und wir danken hier ausdrücklich Martin Neukom für seine Offenheit. Bei den strategischen Zielen möchte ich hervorheben, dass wir es sehr begrüßen, dass der Fokus auf das unternehmerische Handeln und die Wirtschaftlichkeit der EKZ gelegt wird. Das steht für uns, für die FDP, im Vordergrund, dass die EKZ sich dort betätigen, wo sie einen gesetzlichen Auftrag haben. Und wenn sie im Markt unterwegs sind, dann sollen sie dies bitte auch wirklich nur tun, wenn es sich rentiert.

Das ist auch ein Punkt bei den Erwartungen, den ich hervorheben möchte. Einerseits ist bei den Erwartungen aufgeführt, dass der Ausbau des Erzeugungsportfolios der EKZ im Ausland mit gewissen Bedingungen einhergehen soll. Wir von der FDP begrüßen es ausdrücklich – und vor allem im Gegenteil zu anderen Fraktionen –, dass die EKZ im Ausland tätig sind, sofern dies wirtschaftlich sinnvoll ist und auch wirtschaftlich rentiert. Wir sehen, dass es in der Schweiz einfach unglaublich schwierig ist, Energieproduktion auszubauen. Wir werden in den nächsten Monaten oder Jahren noch die Debatte über den Ausbau des Solarstroms und die Debatte über den Ausbau von Windenergie im Kanton Zürich führen und wir werden sehen, dass wir hier fast nicht vorankommen im Kanton. Und deshalb begrüßen wir es, dass die EKZ in Märkten oder in Ländern tätig sind, in denen sie schneller vorankommen, wenn das dem Unternehmen und damit uns allen zugutekommt.

Einen zweiten Punkt, den ich bei den Erwartungen herauspicken möchte, ist der Fokus auf weitere Dienstleistungen im Energiebereich, sofern diese einen Beitrag zur Erreichung der strategischen Ziele leisten und sofern sie im mehrjährigen Durchschnitt eine marktübliche Rendite erwirtschaften, sowie den Punkt, der für uns damit zusammengeht, dass die EKZ den Markt- und Monopolbereich klar abgrenzen und sich im Marktbereich zu einem fairen

Wettbewerb verpflichten. Aus einer unternehmerischen Perspektive mit der Brille der EKZ können wir sehr gut nachvollziehen, wieso sie tun, was sie tun. Mit dem Blick der FDP sind wir allerdings mit den heute gesetzten Leitplanken beziehungsweise mit ihren Handlungen nicht ganz einverstanden. Bei den strategischen Zielen bitten wir den Eigentümer, den Kanton Zürich, die Verwaltungsräte, aber auch die EKZ, sich immer wieder zu fragen: Was genau verfolgen wir für ein Ziel, wenn wir beispielsweise eine neue Firma ausserhalb des Versorgungsgebiets akquirieren? Hier stellen sich der FDP einfach einige Fragezeichen und da gibt es für uns noch Handlungsbedarf, da vor allem der heutige Zukauf von Firmen ausserhalb des Versorgungsgebietes nicht zu den strategischen Zielen der EKZ passen. Ebenfalls erwarten wir, dass, wenn sie in diesem Bereich tätig sind, auch eine gute Rendite herauschaut. Manchmal kann die Rendite marktüblich auch im Minus sein, aber wenn die EKZ solche Unternehmungen starten, dann soll das bitte auch Geld in die Kasse der EKZ spülen und nicht einfach zulasten von anderen Geschäftsbereichen gehen.

Das Letzte ist ein fairer Wettbewerb gegenüber privaten Anbietern. Die EKZ sind aufgrund der Eigentümerschaft schon heute im Vorteil. Weil wir als Kanton hinter ihnen stehen, haben sie eine günstigere Finanzierung als die private Konkurrenz. Sie haben einen sehr hohen Vertrauensvorschuss bei ihren Kundinnen und Kunden. Bei vielen Zürcherinnen und Zürchern sind sie schon präsent, zu Hause, sie müssen also deutlich weniger Werbung machen, sich deutlich weniger Vertrauen bei ihren Kundinnen und Kunden einholen, als dies eine private Gesellschaft müsste. Und darüber hinaus ziehen sie mit diesen Aktivitäten einfach auch Fachkräfte von anderen Betrieben in der Privatwirtschaft ab. Die EKZ können gute Löhne zahlen, sie haben gute Nebenleistungen, und das erschwert einfach auch die Fachkräftesituation für das ganze andere Gewerbe, das in dem Sinn privat unterwegs ist. Die FDP findet also, Stand heute, dass hier noch Handlungsbedarf besteht, dass sich die EKZ bitte ihrer Leitplanken bewusst sein sollen und dass wir das vor allem auch an uns als Eigentümern sehen, die EKZ immer wieder daran zu erinnern, in welchen Leitplanken sie operieren sollen. Trotz dieser Kritik wird die FDP die Eigentümerstrategie annehmen und ihr zustimmen.

Daniel Rensch (GLP, Zürich): Strategien sind nie neutral. Sie sagen ebenso viel aus über die Ziele der Eigentümer wie auch über die öffentlichen Erwartungen an das Unternehmen. Und wie man es jetzt gerade sieht, werden sie je nach politischer Brille ganz unterschiedlich gelesen. Genau das zeigt die Diskussion und das zeigte auch die Diskussion in der KEVU. Wir haben die Vorlage sehr intensiv diskutiert, quer durch alle Parteien, inklusive Kritik der AWU. Der Regierungsrat hat diese Kritik ernst genommen und eine

überarbeitete Fassung gebracht, und diese nimmt aus unserer Sicht die wesentlichen Punkte dieser Kritik auf, ohne die strategische Handlungsfähigkeit der EKZ und die klima- und energiepolitische Ausrichtung der EKZ zu verwässern. Und genau aus diesem Grund lehnen wir auch den Minderheitsantrag der SVP ab und beantragen die Genehmigung der Eigentümerstrategie. Ich habe zwei Bemerkungen zu den Kritikpunkten seitens der SVP und eine noch zur FDP respektive zur SP:

Erstens, zu dieser Trennung zwischen Monopol- und Marktbereich und zu den Beteiligungen: Die SVP hat die Aktivitäten im Marktbereich insbesondere mit der EKZ Eltop mehrfach als wettbewerbsverzerrend und als Risiko von Quersubventionen problematisiert. Die GLP teilt das Ziel eines fairen Wettbewerbs, aber nicht den Ansatz, den Marktbereich der EKZ politisch kleinzuschneiden, just in einer Phase tiefgreifender Transformationen im Energiesystem. Die überarbeitete Strategie schärft die Pflicht zur klaren Abgrenzung von Monopol und Markt und bekräftigt das Verbot von Quersubventionen, ergänzt um Risikomanagement und internes Kontrollsystem. Das ist aus GLP-Sicht der richtige Ort für diese Leitplanken, kombiniert mit der Oberaufsicht, kombiniert mit einem Beteiligungscontrolling, statt detailpolitisches Mikromanagement und Vorgaben im Strategiepapier dazu zu machen. Es ist nicht die Aufgabe von uns, vom Parlament, über Akquisitionen zu diskutieren und über diese zu entscheiden, denn wir haben auch einen Verwaltungsrat. Und falls es euch nicht bewusst ist: Der ist auch etwas politisch geprägt, und zwar sehr stark. Sie können Ihre Wünsche und Ihre Forderungen dort klar einbringen, liebe Kolleginnen und Kollegen von SVP und FDP, ich glaube, Sie haben dort auch ein paar Kolleginnen und Kollegen.

Zweitens, zu dieser energie- und klimapolitischen Stossrichtung, die die SVP durchboxen möchte und wo sie ihre Atom-Ideologie durchboxen möchte: Die GLP hat bereits in der KEVU deutlich gemacht, dass für uns der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Erreichung der kantonalen Klimaziele nicht verhandelbar sind. Dass die Minderheit nun CO₂-freie statt erneuerbare Energie fordert, ist Ausdruck eines anderen politischen Weltbilds. Genau deshalb braucht es eine klare Eigentümerstrategie. Die EKZ sollen Strom in der Grundversorgung grundsätzlich aus erneuerbaren Quellen beschaffen und bei gegebener Wirtschaftlichkeit einen wesentlichen Beitrag zum Ausbau der erneuerbaren Produktion im Kanton und in der Schweiz leisten – und nicht auf uranbasierten Atomkraftwerken. Das ist konsequent, das ist demokratisch abgestützt und im Einklang mit dem Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien.

Drittens, noch ein kurzer Punkt zur Gewinnabschöpfung: Die GLP hat von Anfang an klargemacht, dass eine politisch fixierte 30-Millionen-Dividende

falsch ist. Mit der vorliegenden Lösung, einem Ziel von 30 Prozent des konsolidierten Bilanzgewinns im Rahmen einer marktgerechten Rendite und unter Wahrung der Investitionsfähigkeit, ist diese Schieflage korrigiert. Damit haben wir eine sachgerechte, gesetzesforme Eigentümererwartung, die sowohl die SP-Kritik an der Fixzahl als auch die Anliegen der anderen Parteien nach Verlässlichkeit und Planbarkeit berücksichtigt.

Die GLP hat sich in den Beratungen dafür eingesetzt, dass wir unsere Steuerungsinstrumente stärken, ohne die EKZ zum Spielball von kurzfristiger Finanz- oder Energiepolitik zu machen. Mit der klaren Zuweisung der Eigentümerrolle, dem jährlichen Bericht zur Zielerreichung und der Pflicht, wesentliche Risiken und Abweichungen transparent zu machen, erhalten der Kantonsrat und die Regierung die nötige Sicht, um bei Bedarf politisch nachzusteuern, nicht im Tagesgeschäft, sondern auf strategischer Ebene.

Diese Eigentümerstrategie ist das Resultat einer echten Überarbeitung auf Basis der Kritik aus allen Fraktionen und der AWU und nicht eines kosmetischen Feinschliffs. Sie trägt dem Anliegen nach Planungssicherheit Rechnung, nimmt berechtigte Bedenken zu Dividenden und Marktmonopoltrennung auf und bleibt gleichzeitig klar auf Versorgungssicherheit und erneuerbare Energien ausgerichtet. Die GLP wird die Eigentümerstrategie genehmigen.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Ich gebe nochmals meine Interessenbindungen bekannt: Ich bin Mitarbeiter der Solarmarkt GmbH, dem grössten Händler für Photovoltaikprodukte, und Vorstand von Swissolar; wir sollten das bei jedem Geschäft tun, nur so zur Erklärung.

Die vorliegende Eigentümerstrategie trägt klar die Handschrift von Energiedirektor Martin Neukom, und das meine ich ausdrücklich positiv. Wir begrüßen insbesondere auch den Prozess. Die im Dezember 2024 vorgelegte EKZ-Eigentümerstrategie wurde überarbeitet. Es ist gelungen, die verschiedenen Parteien an einen Tisch zu bringen und die mehrheitsfähigen Anliegen aufzunehmen. Das ist nicht selbstverständlich. Für die Zukunft wäre es wünschenswert, wenn der Regierungsrat den Kantonsrat bereits in der ersten Runde bezieht und diesen Prozess dadurch beschleunigt.

Die aktuelle Eigentümerstrategie, also diejenige, die heute gilt, stammt aus dem Jahr 2016. Seither hat sich die energiepolitische Realität grundlegend verändert. Die Schweiz und auch der Kanton Zürich haben sich zum Netto-Null-Ziel bekannt. Gleichzeitig ist die Transformation des Energiesystems hin zu erneuerbaren Energien voll im Gang, hin zur Dezentralisierung und zu neuen Anforderungen an die Netze. 2016 stammten rund 3,2 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien oder neuen erneuerbaren Energien. Heute

erzeugt die Photovoltaik allein 17 Prozent des verbrauchten Stroms. Vor diesem Hintergrund ist es richtig und notwendig, dass der Regierungsrat die Strategie aktualisiert und neu ausrichtet.

Wir begrüssen zentrale Elemente dieser Strategie ausdrücklich. Erstens: Die Versorgungssicherheit wird klar ins Zentrum gestellt. Das ist richtig und wichtig, denn eine Strommangellage gehört gemäss dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz zu den grössten Risiken für unser Land, sowohl hinsichtlich der Eintretenswahrscheinlichkeit als auch des Schadenspotenzials. Zweitens, die klare Ausrichtung auf die Dekarbonisierung: Die EKZ gehen damit denselben Weg wie der Kanton und übernehmen die Verantwortung für die Klimaziele. Drittens, der Ausbau der erneuerbaren Energien: Der Beitrag der EKZ zum Ausbau der erneuerbaren Energien wird gestärkt, die EKZ sollen einen wesentlichen Beitrag leisten. Dabei ist für uns Grüne zentral, dass die EKZ eben nicht nur selbst investieren, sondern auch die Rahmenbedingungen so gestalten, dass private Investoren, Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer, Landwirtinnen und Landwirte sowie auch weitere Investoren gestärkt werden und ihre Investitionen tätigen. Gerade im Bereich der Photovoltaik liegt hier ein grosser Hebel. Viertens, die Energieeffizienz: Mit der Förderung dieser Energieeffizienz setzen sich die EKZ ein ambitioniertes Ziel, um sparsam mit der Energie umzugehen. Das ist zentral, denn die günstigste Kilowattstunde ist nach wie vor jene, die wir gar nicht verbrauchen. Fünftens, die Beschaffung von Strom aus erneuerbaren Quellen: Dass die EKZ ihre Energie grundsätzlich erneuerbar beschaffen und dies voranschauend tun, ist wichtig, das haben letzte Konflikte gezeigt. Dass dabei die AXPO, als unsere Stromproduzentin, eine zentrale Rolle spielt, ist für uns naheliegend. Ich hoffe, dass sich die bürgerlichen Parteien auch in einer Phase von tiefen Strompreisen nicht wieder, wie auch schon, davon abkehren; das kennen wir ja.

Verbessert wurde auch die Gewinnverwendung, welche wir Grünen nicht unterstützen, aber mittragen. Statt einer fixen Ausschüttung von 30 Millionen Franken wird neu ein prozentualer Anteil des Gewinns an den Kanton ausgeschüttet. Das ist systematisch sinnvoller. Es trägt den wirtschaftlichen Realitäten besser Rechnung und erlaubt es, in schwierigen Jahren auch einmal auf eine Ausschüttung zu verzichten. Aus unserer Sicht wäre es aber noch konsequenter, wenn die EKZ einen grossen Teil dieser Mittel direkt zur Förderung der erneuerbaren Energien investieren würden, dort, wo die Bundesförderung versagt. Ein konkretes Beispiel sind aktuell grosse Dächer etwa in der Landwirtschaft, wo es nur wenig Energieverbrauch gibt. Dort ist die Wirtschaftlichkeit heute häufig nicht gegeben. Hier könnte ein gezielter Beitrag der EKZ einen echten Unterschied machen.

Die vorliegende Eigentümerstrategie ist klar ein Fortschritt gegenüber der bisherigen Version. Sie trägt den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung, stärkt die Versorgungssicherheit und setzt wichtige Impulse für die Energiewende. Es bleiben einzelne Punkte offen, wie zum Beispiel die Governance-Fragen, aber dazu wird meine Kollegin Silvia Rigoni sprechen. In der Gesamtbetrachtung überwiegen jedoch die vielen positiven Elemente deutlich, weshalb die Grüne Fraktion der Eigentümerstrategie zustimmen wird.

Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich): Die vorliegende Eigentümerstrategie stimmt nun für die Mitte-Fraktion, besten Dank für die gute Überarbeitung. In dieser Version wurden die wichtigsten von der Kommission angesprochenen Punkte berücksichtigt. Für die Mitte besonders wichtig, wurde eine Bestimmung abgenommen, welche die klare Trennung von Markt- und Monopolbereich vorsieht. Ebenso wurde aufgenommen, anstelle eines fixen Dividendenbetrags einen Prozentsatz des konsolidierten Bilanzgewinns der EKZ-Gruppe an den Kanton auszuschütten. Die Mitte-Fraktion lehnt den Minderheitsantrag ab und unterstützt diese neue EKZ-Eigentümerstrategie.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis): Liebe Sportsfreunde, Kalorienvernichter und TV-Sportler beiderlei Geschlechts, der heutige Kantonsratslauf hat mir einmal mehr gezeigt, dass Erwartungen nicht immer erfüllt werden (*Heiterkeit*). Die Strapazen führten jedenfalls nicht zum erwünschten Spitzenresultat, das ich mir erhofft hatte. Strategische Fehler? Mitnichten. Seit meinem ersten Marathon vor über 40 Jahren sehe ich Wegbeschreibungen zum definierten Ziel als Pflichtübung, also auch eine Laufzeit unter vier Stunden und möglichst viel Applaus von Zuschauern.

Zu Recht etwas weniger Applaus konnten wir der Regierung für ihre erste Version der Eigentümerstrategie zukommen lassen. Hätte sie klarere Ziele im Sinne der Eigentümer, nämlich uns, definiert, wäre ihr ein Treffen mit dem Hammermann erspart geblieben. So nennen Langstreckenläufer plötzlichen Leistungsabfall, Schwindel oder völlige Leere. Die laue Begeisterung des Publikums deutete schon früh auf eine politische Stoffwechselkrise hin. Zu ihrer Behebung trug wesentlich bei, dass die Regierung eine Denkpause einlegte, ihre ursprüngliche Vorlage zurücknahm und nochmals überarbeitete. Dafür danken wir herzlich.

Das Resultat: grosser Konsens für die neu formulierte Kernaussage. Die EKZ sollen in erster Linie in den Geschäftsfeldern Stromverteilung und Stromvertrieb sowie in der Erzeugung und Speicherung von Strom tätig sein und damit auf eine möglichst hohe Versorgungssicherheit hinwirken. Und wenn sich mit Investitionen im Ausland eine angemessene Rendite ohne

halsbrecherisches Risiko erzielen lässt, spricht aus unserer Sicht grundsätzlich nichts dagegen, vorausgesetzt, es wird damit kein notwendiges Kapital für strategisch erforderliche Investitionen gebunden, insbesondere solche, die unsere Auslandabhängigkeit reduzieren.

Mit dem Abschied von absoluten Zahlen bei der Gewinnausschüttung an den Kanton können wir leben. Aber auch bei der Formel 30 Prozent des konsolidierten Bilanzgewinns erwarten wir, dass Gewinnausschüttungen nicht zu Lasten von Innovationsgeist und Engagement für Pilotbetriebe gehen dürfen. Die Trennung zwischen Monopol- und Marktbereich betrachten wir ebenfalls als wichtig. Mit den heutigen Regelungen, wie sie auch schon Daniel Rensch sehr treffend bezeichnet hat, wird dem aber aus unserer Sicht genügend Rechnung getragen. Als Unternehmer habe ich im Übrigen nie die Erfahrung gemacht, dass EKZ-nahe Betriebe aufgrund allfälliger Monopolvorteile bessere Marktangebote gemacht hätten. Und nicht zuletzt wollen wir doch alle, dass die EKZ schwarze Zahlen schreiben und wir uns über Ausschüttungen freuen können.

Als letzten, aber dennoch wichtigen Punkt betrachten wir das Ziel, dass die EKZ einen wesentlichen Beitrag zur Stromerzeugung mit erneuerbarer Energie leisten. Die Nebelpetarde der SVP betreffen CO₂-freier statt erneuerbarer Energie, ist in dieser Strategie fehl am Platz. Die AKW-Diskussion gehört auf die nationale Ebene. Mit der vorliegenden EKZ-Strategie besteht die berechtigte Hoffnung, dass wir ohne Hungerast, Schnappatmung und Muskelkater ambitionierte Ziele in der Stromversorgung erreichen werden. Die EVP wird darum diese gut kalibrierte Strategie genehmigen.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Die Fraktion der Alternativen Liste wird der Eigentümerstrategie zustimmen. Es ist jetzt nicht so, dass wir überall 100 Prozent damit übereinstimmen, doch stimmt sie für uns nach der erfolgten Überarbeitung in der Kommission in den Kernpunkten und wir sehen sie insgesamt positiv. Insbesondere die Kritik von rechts überzeugt uns nicht. Trotzdem bringe ich noch zwei, drei kritische Punkte an: Dass Investitionen im Ausland rein an die Rendite geknüpft werden, ist für uns fragwürdig. So sollte der Fokus vielmehr auf der Förderung von erneuerbaren Energien liegen. Ein rein profitgesteuertes Renditedenken ist hier fehl am Platz. Wenn wir gerade beim Thema «Ausland» sind: Gerade zur Förderung der erneuerbaren Energien ist hier ein Engagement im Ausland durchaus sinnvoll. So lässt beispielsweise ein Meeranschluss des Kantons Zürich weiterhin auf sich warten und ist auch nicht realistisch. Selbst wenn wir den Thurgau fluten würden, kämen wir nicht zum Bodensee. Auch sind wir kritisch gegenüber einer allzu marktbetonten Strategie, Stichwort «Monopol- versus Marktbereich». So ist doch der ganze Strommarkt kein wirklich freier Markt. Wir

alle erinnern uns auch an die explosionsartigen Preissteigerungen vor nicht allzu langer Zeit. Ganz und gar nicht einig sind wir dann am Ende natürlich mit den Forderungen der SVP, die mit veränderten Begrifflichkeiten ihr ewig gestriges Parteiprogramm mit veralteten Energieträgern in die Eigentümerstrategie schreiben will. Wie bereits gesagt, wir stimmen zu.

Silvia Rigoni (Grüne, Zürich): Die vorliegende Eigentümerstrategie ist ein klarer Fortschritt gegenüber der bisherigen, dennoch möchten wir in einigen Punkten noch Kritik anbringen: Die EKZ sind ein Unternehmen, das nicht nur betriebswirtschaftlich erfolgreich sein muss, sondern auch einen Leistungsauftrag der öffentlichen Hand erfüllen muss. Deshalb müssen wir die Risiken nicht nur aus Unternehmenssicht, sondern explizit auch aus der Perspektive des Kantons und der Bevölkerung beurteilen können. Wir würden es begrüßen, wenn sich die Regierung zu einer eigenen Risikobetrachtung vertiefte Überlegungen machen und diese in einer künftigen Eigentümerstrategie verankern würde. Es gibt auch noch Luft nach oben bei der Führung mit den Good-Practice-Standards. Es liegt im Interesse des Kantons, wenn Standards in verschiedenen Bereichen wie ESG (*Environmental, Social und Governance*), Legal Compliance in die Eigentümerstrategie aufgenommen würden.

Und letztlich möchte ich noch das Thema der Diversität bei der Unternehmensführung ansprechen. Damit sich in dieser Hinsicht nun wirklich einmal etwas verbessert, wird man wohl nicht darum umhinkommen, konkrete Ziele zur Diversität auf allen Stufen, im Speziellen auf den Führungsstufen, in der Eigentümerstrategie zu verankern. Wir hoffen, dass die Eigentümerstrategie in vier Jahren wieder aktualisiert wird und dazu beitragen wird, dass sich die EKZ hinsichtlich zeitgenössischer Unternehmensführung weiterentwickeln werden.

Paul von Euw (SVP, Bauma) spricht zum zweiten Mal: Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit zu meinen Äusserungen, das ehrt mich natürlich. Und vielleicht zuerst zum Sprecher der GLP: Wenn jemand bei der öffentlichen Hand arbeitet und sagt, es brauche kein Gewerbe, ist das für mich verständlich. Aber ich denke, auch Sie brauchen Gewerbler, die Ihren Betrieb unterhalten. Nein, das ist einfach ein Frontalangriff gegen das Gewerbe, was hier gelaufen ist. Das Gewerbe braucht die EKZ nicht, um Gebäudeheizungen zu installieren, um Gebäude zu beheizen. Man hatte die Eltop, die ist in der Vergangenheit organisch gewachsen, um Gebäudehausinstallationen im Strombereich zu tätigen, das ist okay. Nur, in der Zeit, in der man weiss – und jetzt appelliere ich etwas an die Sensibilität des Verwaltungsrates –, in der Zeit, in der man weiss, dass genau dieser Punkt, die Trennung zwischen Monopol

und der öffentlichen Hand, sensibel ist, in dieser Zeit in der halben Deutschschweiz Betriebe, Hausinstallationsbetriebe zusammenzukaufen, können wir dieser Formulierung in der heutigen Vorlage nicht zustimmen. Wenn das nicht wahrgenommen wird, dass der Monopolbereich gegenüber dem privaten Bereich getrennt werden soll, dann müssen wir eine schärfere Formulierung haben. Ich kann es weitertreiben. Meine Interessenbindung, jetzt komme ich zum Strombereich: Ich habe eine Firma, die Solaranlagen verkauft und installiert, PV-Anlagen.

Zur Verbandelung zwischen EKZ und Eltop: Wenn ich Werbung bekomme – nicht nur ich, jeder EKZ-Kunde, der den Newsletter der EKZ bestellt hat, bekommt Werbung – mit dem Absender «Elektrizitätswerke des Kantons Zürich» und darin «Eltop verkauft Ihnen jedes vierte Solarpanel gratis» steht, dann ist das nicht Etwas-Suchen, dann ist es Realität, damit der aufmerksame Bürger und die aufmerksame Bürgerin es erfährt und beeinflusst wird. Und somit wird die Trennung in dieser sensiblen Zeit durch die EKZ-Führung nicht wahrgenommen, und das ist jetzt nur ein Teil. Ich bin überzeugt, wenn wir weitersuchen – wir sehen nicht so tief in die Bücher, das ist vielleicht etwas hypothetisch und vielleicht stimmt es auch nicht, aber ich bin überzeugt –, werden wir im Bereich der Werbemassnahmen weitere Verhandlungen finden, und da sind wir dagegen. Wir sind für ein starkes Gewerbe. Das Gewerbe ist unser Rückgrat. Unser Rückgrat ist nicht die öffentliche Verwaltung und sind nicht die Hochschulen, sondern ist das Gewerbe. Wir brauchen die anderen alle auch, aber macht keine Frontalangriffe auf das Gewerbe. Das, was ihr hier macht, darf ja keine Schule machen in anderen Bereichen, sonst sehen wir, wo wir hinkommen, und dann erreichen wir eventuell euer Ziel auf der Gegenseite und führen bald die Planwirtschaft wieder ein (*Zwischenrufe*).

Regierungspräsident Martin Neukom: Herzlichen Dank für Ihre doch mehrheitlich positiven Voten. Es freut mich, dass diese Eigentümerstrategie in ihrer überarbeiteten Form hier eine Mehrheit finden wird. Es wird das erste Mal sein, dass der Zürcher Kantonsrat die Eigentümerstrategie der EKZ genehmigt. Bisher war das nur der Regierungsrat, der diese Eigentümerstrategie erlassen hat, jetzt ist sie auch eine Eigentümerstrategie des Kantonsrates, und damit wird diese Eigentümerstrategie auch das erste Mal verbindlich für den Verwaltungsrat.

Kommen wir aber zuerst zur Energie: Wir sind verwöhnt. Wir sind verwöhnt mit einer Stromversorgung, die immer perfekt oder nahezu perfekt funktioniert. Und wenn unsere Stromversorgung einmal nicht funktionieren würde und wir einen Blackout hätten, dann wären alle anderen Probleme plötzlich nebensächlich und es ginge nur noch um die Energieversorgung. Wir hatten

eine globale Energiekrise im Jahr 2022 und jetzt haben wir bereits wieder eine globale Energiekrise im Jahr 2026. Die Ursachen sind unterschiedlich. Im Jahr 2022 hatten wir einen sehr, sehr trockenen Sommer in Europa und sehr wenig Wasserkraftproduktion, viel weniger als sonst. Die französischen Atomkraftwerke liefen nur zum Teil. Und der Angriffskrieg auf die Ukraine hat dazu geführt, dass die Gaspreise sehr, sehr stark gestiegen sind, und mit den Gaspreisen auch die Strompreise. Jetzt haben wir einen Angriffskrieg auf den Iran und schon wieder gibt es Knappheit auf den Energiemärkten und dadurch sehr, sehr hohe Preise, also die teils sehr hohen Gaspreise im Moment. Wir sehen hohe Preise in den Bereichen Gas, Strom und Benzin und viele jammern, in der Schweiz nicht so stark, aber im Ausland teilweise noch stärker. Und diese Energiekrise, die wir jetzt schon wieder erleben, diese Situation ist ein zusätzlicher Grund, um möglichst rasch aus den fossilen Energien auszusteigen.

Ein Ausstieg aus den fossilen Energien bietet enormste Vorteile in verschiedensten Bereichen. Zuerst ist da natürlich der Klimaschutz, das ist völlig klar, Klimaschutz gelingt nicht ohne den Ausstieg aus den fossilen Energien. Der Ausstieg aus den fossilen Energien, die Dekarbonisierung führt auch zu einer viel, viel höheren Energieeffizienz und damit zu tieferen Betriebskosten. Wir haben, wenn wir weniger Öl und Gas verbrauchen, auch eine geringere Abhängigkeit von Lieferungen und Preisausschlägen. Wir haben eine deutlich höhere Resilienz und Stabilität in unserem Energiesystem. Und wenn man die Dekarbonisierung auch auf den Verkehr ausweitet, dann führt sie dazu, dass wir weniger Luftschadstoffe und weniger Lärm haben. Und Herr von Euw, wir haben mit der Dekarbonisierung auch viel mehr lokale Wertschöpfung. Wenn wir Öl importieren, dann geht das Geld natürlich anderswo hin, in Ölstaaten, und weniger zu unserem lokalen Gewerbe; da sind wir uns hoffentlich ja einig.

Was hat das mit den EKZ zu tun? Ja, die EKZ sind unser Stromversorger, und bei der Dekarbonisierung geht es zum ganz, ganz grossen Teil um Strom. Strom ist Teil der Lösung. Natürlich, das ist völlig klar, können die EKZ diese Probleme nicht allein lösen, sie können sie auch nicht für den Kanton Zürich allein lösen, aber die EKZ können einen wesentlichen Beitrag zu dieser Problemlösung leisten. Und diese neue Eigentümerstrategie, sie definiert die Erwartungen der Eigentümer an die EKZ. Die wesentlichen Ziele dieser Eigentümerstrategie, und das ist neu, ist ein stärkerer Fokus, dass die EKZ einen Beitrag zur Stromversorgungssicherheit leisten. Und zur Stromversorgungssicherheit gehören natürlich die Netze, aber vor allem auch der Ausbau der erneuerbaren Energien. Und das ist auch ein neuer Fokus, dass die EKZ im Rahmen ihrer Möglichkeiten dazu beitragen sollen, die erneuerbaren Energien auszubauen.

Ursprünglich hatte ich mir überlegt, den EKZ konkrete Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien zu stecken. In der Diskussion mit den EKZ habe ich mich dann aber entschieden, einfach zu schreiben, «die EKZ setzen sich ambitionierte Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien», also wir hoffen, dass die EKZ sich jetzt diesem Prozess annehmen und sich ambitionierte Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien für die nächsten, sagen wir, 10 bis 20 Jahre setzen und dann auch ein Monitoring machen, wie das voranschreitet. Weitere Ziele der Eigentümerstrategie sind, dass die EKZ zur Dekarbonisierung beitragen, dass die EKZ langfristig stabile und moderate Strompreise anbieten und dass sie Massnahmen für die Netzintegration von Photovoltaik-Anlagen, Wärmepumpen und Ladestationen ergreifen. Und das ist für mich persönlich ein sehr, sehr wichtiger Punkt, denn mit erneuerbaren Energien funktioniert ein Stromnetz anders, als das bisher mit sehr vielen zentralen Kraftwerken der Fall war. Mit erneuerbaren Energien gibt es stärkere Fluktuationen in der Produktion, deshalb ist es extrem zentral, dass die Netze so gebaut werden, dass sie eine gewisse Intelligenz und eine gewisse Flexibilität ermöglichen. Und hier können die EKZ etwas erreichen, das wurde ja beim letzten Traktandum schon gesagt, beispielsweise mit diesen dynamischen Strompreisen, dass man den Strom je nachdem dann verbrauchen kann, wenn die Preise gerade günstig sind, also wenn beispielsweise viel Solarenergie produziert wird.

Weiter ist neu definiert, dass sich die EKZ ambitionierte Ziele zur Stromeffizienz setzen sollen, denn Stromeffizienz ist etwas, womit man relativ schnell und ohne jegliche zusätzlichen Umweltbeeinträchtigungen etwas dazu beitragen kann, die Versorgungssicherheit zu verbessern. Dann sollen die EKZ Wärmenetze bauen und betreiben. Das tun sie heute schon, die Eigentümerstrategie bildet das ab. Die EKZ sollen das auch weiter ausbauen, damit tragen sie zur Dekarbonisierung bei. Dann sollen die EKZ weiter auch Gebäudeenergielösungen aus einer Hand anbieten, auch hier sind die EKZ bereits unterwegs und leisten hiermit einen Beitrag zur Dekarbonisierung.

Wenn Sie diese Ziele hören, dann hören Sie «Klimaschutz und -verträglichkeit, aber trotzdem moderate und langfristig stabile Preise; bei diesen Zielen gibt es Widersprüche. Das ist aber normal, denn die EKZ befinden sich in einem Spannungsfeld zwischen Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Ökologie. Und der Auftrag an die EKZ ist, in diesem Spannungsfeld – und das ist nicht einfach – gute Lösungen zu finden, die alles berücksichtigen. Dazu braucht es natürlich Kompromisse und Abwägungen. Klar ist, dass die EKZ ein marktwirtschaftlich geführtes Unternehmen sind. Allerdings ist nicht eine Finanzbeteiligung des Kantons das Hauptziel, weshalb der Kanton Zürich die EKZ besitzt, es ist nicht so, dass er möglichst viel Rendite will – das ist natürlich nett –, sondern wir wollen, dass die EKZ

stabil sind, sonst können sie ihren Auftrag nicht erfüllen. Wesentlich ist, dass sie für die Versorgungssicherheit und die Nachhaltigkeit, also die Ökologie, einen Beitrag leisten.

Thema «Monopol und Markt»: Es gibt Stimmen, die sagen, der Staat habe im Bereich Marktwirtschaft nichts verloren. Ich persönlich sehe das anders. Es gibt durchaus Bereiche, wo der Staat auch in der Marktwirtschaft etwas zu suchen hat. Das ist beispielsweise bei der Zürcher Kantonalbank der Fall, die im Bankenmarkt tätig ist, beim Universitätsspital Zürich, welches im Spitalmarkt aktiv ist, bei der AXPO, die am Strommarkt aktiv ist, und so sind es auch die EKZ, die in verschiedenen Energiemärkten aktiv sind. Natürlich haben die EKZ Monopolbereiche und sie sollen im Rahmen der Eigentümerstrategie auch am Markt teilnehmen können. Aber wichtig dabei – und hier haben wir keine Differenz, Herr von Euw – ist die Trennung von Markt und Monopol. Es wäre nicht zu akzeptieren, wenn der Marktbereich durch den Monopolbereich subventioniert oder quersubventioniert würde, denn wir wollen einen fairen Wettbewerb. Wenn der Staat schon am Markt tätig ist, dann darf es keine unfaire Konkurrenz geben, es darf keine Quersubventionierung geben. Die EKZ müssen sich zu einem fairen Wettbewerb verpflichten, ich habe das auch extra in der Eigentümerstrategie so aufgenommen. Also die EKZ können sich am Markt beteiligen, aber es muss mit Mass und im Rahmen der Ziele dieser Eigentümerstrategie passieren.

Noch ein Wort zu den Auslandsinvestitionen: Die waren bisher in der alten Eigentümerstrategie ja stark eingeschränkt, die neue Eigentümerstrategie hat das geöffnet. Warum? Die Stromversorgung ist international, es ist ein internationales Geschäft, deshalb ergibt es auch Sinn, wenn gewisse Investitionen international erfolgen. Klar ist, dass das Risiko im Griff sein muss und diese Investitionen nicht Kapital binden dürfen, welches für Inlandinvestitionen benötigt würde.

Noch ein Wort zur Gewinnausschüttung: Die EKZ sind ein marktwirtschaftliches, nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen geführtes Unternehmen. Es soll auch marktwirtschaftlich entscheiden. In der ersten Version hatte der Regierungsrat vorgesehen, 30 Millionen Franken pro Jahr an den Kanton auszuschütten, also das als Ziel in der Eigentümerstrategie festzuschreiben. Das gab Kritik. Wir haben aufgrund dieser Kritik die Eigentümerstrategie nochmals zurückgezogen. Ich habe einen runden Tisch gemacht und wir haben dort eine Einigung gefunden. Nun wird die Ausschüttung als 30 Prozent des Gewinns erwartet und ist deshalb etwas flexibler.

Fazit: Die Zusammenarbeit der Fraktionen in dieser Hinsicht bei diesem Geschäft empfand ich als sehr konstruktiv. Sehr schade, dass sich am Schluss die SVP doch nicht zur Unterstützung durchringen konnte. Aber ich freue

mich, dass wir trotzdem eine breite Mehrheit haben, die diesen guten Kompromiss unterstützt. Es liegt eine moderne und aktuelle Eigentümerstrategie vor – mit einem stärkeren Fokus auf die Versorgungssicherheit, einem stärkeren Fokus auf Klimaschutz als bisher, einem stärkeren Fokus auf Stromeffizienz, Wärmenetze und Gebäudeenergielösungen. Ich bitte Sie im Namen des Regierungsrates, diese neue Eigentümerstrategie der EKZ zu genehmigen. Besten Dank.

Detailberatung

Titel und Ingress

I.

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 127 : 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen und die Eigentümerstrategie für die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich zu genehmigen.

II.

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

7. Objektkredit für den Neubau der Kantonsschule Uetikon am See

Antrag des Regierungsrates vom 7. Mai 2025 und Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 3. Februar 2026

Vorlage 6020a, *Ausgabenbremse*

Ratspräsident Beat Habegger: Ziffer römisch I untersteht der Ausgabenbremse.

Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), Präsidentin der Kommission für Planung und Bau (KPB): Die vorliegende Vorlage betrifft ein unbestritten wichtiges, aber auch kontroverses Infrastruktur- und Bildungsprojekt unseres Kantons. Auf dem Areal der ehemaligen Chemiefabrik in Uetikon am See soll eine Transformation eines historischen Industriegrundstücks direkt

am Zürichsee stattfinden. Eine neue Bildungslandschaft soll ebenso entstehen wie privates Wohnen und ein öffentlicher Seepark.

Im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit habe ich mein Referat gekürzt. Im Zentrum der heutigen Beratung steht die Frage, in welchem Umfang dieses Projekt umgesetzt werden soll. Der Regierungsrat beantragt einen reduzierten Objektkredit von 233,1 Millionen Franken. Diese Reduktion erfolgt insbesondere durch das Zurückstellen der Berufsfachschule, den Verzicht auf eine Aula sowie durch Anpassungen bei den Reserven gegenüber dem ursprünglich angedachten Projekt. Demgegenüber beantragt die Kommissionsmehrheit der KPB eine Erhöhung des Kredits um 45 Millionen Franken, um das ursprünglich angedachte Gesamtprojekt weitgehend umzusetzen. Ein Minderheitsantrag folgt demgegenüber dem Regierungsrat, wünscht aber, die Berufsschule trotzdem zu planen, und zwar auf dem Areal der heutigen Kantonsschule Uetikon, dem Provisorium auf der Rossweid.

Die KPB liess sich an elf Sitzungen, inklusive zwei Augenscheinen in Uetikon am See, umfassend orientieren und wir danken den beiden involvierten Direktionen sehr herzlich. Im Folgenden erläutere ich Ihnen die wesentlichen Themen und Diskussionsbereiche: Als erstes sei die Schulraumplanung und Schülerinnen- und Schülerzahlenentwicklung im Kanton erwähnt, welche in der KPB einiges zu diskutieren gab. Hier konnte die Bildungsplanung der Bildungsdirektion mittels Studien und Daten aufzeigen, wie sich die Schülerinnenzahlen entwickeln werden und dass sie zumindest bis 2039 konkret vorliegen würden, dass aber natürlich solche Prognosen auch immer mit einer gewissen Unsicherheit behaftet seien. Einen Peak erwartet die Bildungsdirektion bis 2032. Zudem bestünden schon heute im Kanton beim Schulraum Engpässe, vor allem eben, weil es grosse Klassen seien. Die Entwicklung der Zahlen bei den Mittelschulen verlaufe parallel zu derjenigen bei den künftigen Berufsfachschülerinnen und -schülern.

Ein weiterer Fragekomplex in der KPB betraf die Pläne des Regierungsrates zur Berufsfachschule im Allgemeinen. Es musste präzisiert werden, dass der Regierungsrat zwar das Areal gemäss Antrag ohne die Berufsschule entwickeln möchte, dass die Pläne für die Berufsfachschule aber nur aufgeschoben seien. Wie der Regierungsrat darlegte, sei der Verzicht auf die Berufsfachschule aufgrund der finanziellen Lage des Kantons gefallen. Mit 230 Millionen Franken sei der Kredit auch jetzt noch sehr hoch, ein Verzicht sei im Sinne der Investitionspriorisierung gefällt werden. Die Investitionspriorisierung rückte für einmal damit auch in den Fokus der Diskussionen in der KPB.

Um die Auswirkungen auf den gegenständlichen Objektkredit besser abschätzen zu können, lud die KPB auch die Finanzdirektion mit Finanzdirektor Ernst Stocker ein. Er erläuterte uns die Grundlagen der Priorisierung

nochmals ausführlich. Dabei ging es insbesondere um die Entwicklung der Nettoschulden des Kantons, die Folgen des Entlastungspakets 27 des Bundesrates und damit die Verlagerung von Ausgaben auf die kantonale Ebene. In diesem Sinne, so argumentierte die Finanzdirektion im Namen des Gesamtregierungsrates, brauche es eine Reduktionsmassnahme wie den gekürzten Kreditantrag sowie eine weitere Nutzung des Provisoriums.

Die angesprochene längerfristige Nutzung des Provisoriums der Kantonsschule, eben in der sogenannten Rossweid, wurde ebenfalls ausgiebig diskutiert. Das Provisorium liegt auf einer Parzelle im Kantonseigentum, die Erschliessung erfolgt allerdings über Gemeindeland. Der Regierungsrat führte aus, dass die Nachnutzung der Rossweid mit der Berufsfachschule grundsätzlich möglich sei, aber die Zustimmung der Behörde, der Gemeinde, mittels einer Änderung der BZO (*Bau- und Zonenordnung*) bedinge. Neben der BZO-Revision müsste zudem die Frage der fortgesetzten Landbeanspruchung auf der Parzelle der Gemeinde geklärt werden. Ursprünglich habe es sich nämlich um ein Grundstück in der Landwirtschaftszone gehandelt, das mit dem Instrument der Durchstossung zu einer Zone für öffentliche Bauten habe umgewidmet werden können. Der Gemeinde und der Bevölkerung sei damals zugesichert worden, dass es sich um eine befristete Nutzung nur für eine Mittelschule handle.

Die Gemeindeanliegen wurden in der KPB auch ausführlich beleuchtet. Mit einer Vertretung konnte diskutiert werden, welche Punkte der Gemeinde wichtig waren, beispielsweise die Bedeutung des Areals, aber auch die Vorbehalte der Gemeinde gegenüber einer BZO-Änderung sowie die Wichtigkeit des Seeuferparks. Auch die Frage der Grundstücksaufteilung zwischen Kanton und Gemeinde wurde besprochen. Gemäss Aussagen der Baudirektion gehört zurzeit das gesamte Areal je hälftig Kanton und Gemeinde. Auch Altlastensanierung und die weitere Nutzung des Provisoriums für eine Berufsfachschule standen im Zentrum der Beratungen. Die Kommission konnte sich mit einer Delegation von der grundsätzlichen Qualität des Schulprovisoriums überzeugen und die Bildungsdirektion konnte auch aufzeigen, dass sich die Kantonsschule auch für eine Berufsschule eignen würde und das prognostizierte Schülerzahlenwachstum dort aufzufangen wäre.

Heute hat der Kantonsrat gleich über mehrere Anträge zu befinden. Im Laufe der Beratungen innerhalb der KPB wurden zusätzliche Anträge eingereicht, auf die ich aber jetzt nicht mehr eingehen werde. Die Mehrheit der KPB beantragt dem Kantonsrat für den Neubau der Kantonsschule Uetikon am See, der Berufsfachschule, die Altlastensanierung und die Umgebung einen Objektkredit von insgesamt 278 Millionen Franken. Damit ist gegenüber dem Antrag des Regierungsrates eine Erhöhung von 45 Millionen Franken für die Erstellung des ursprünglichen Gesamtprojektes vorgesehen. Die Mehrheit

der Kommission stützt sich dabei auf folgende Überlegungen: Erstens wird argumentiert, dass das Projekt als Gesamtanlage konzipiert worden sei und die einzelnen Teile funktional und planerisch aufeinander abgestimmt seien. Eine Reduktion würde nicht nur diese Abstimmung beeinträchtigen, sondern auch bereits getätigte Kosten für Planung teilweise entwerten. Zweitens wird auf die angestrebten Synergien zwischen Kantonsschule und Berufsfachschule hingewiesen. Ein gemeinsamer Campus ermögliche die gemeinsame Nutzung von Infrastruktur, fördere den Austausch zwischen unterschiedlichen Bildungswegen und trage zu einer effizienten Raumnutzung bei. Dabei geht es um Aula, Mensa, Sporträume, Räume für die MINT-Fächer (*Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik*). Drittens betont die Mehrheit die bildungspolitischen Dimensionen. Prognosen zeigten einen anhaltenden Bedarf an Schulraum sowohl im allgemeinbildenden wie auch im beruflichen Bereich. Die gleichzeitige Realisierung beider Institutionen wird daher als vorausschauende und nachhaltige Lösung betrachtet. In den Augen der Mehrheit steht somit ein Standort zur Verfügung, der über Jahre hinweg sorgfältig geprüft, planerisch entwickelt und politisch breit abgestützt wurde. Demgegenüber beantragt eine Minderheit aus SVP und FDP dem Kantonsrat, die Vorlage im Sinne des Regierungsrates zu verabschieden. Zudem lädt sie den Regierungsrat ein, bei der Gemeinde Uetikon am See eine Änderung der BZO zu erbitten, damit die Berufsfachschule Stäfa vorübergehend im Provisorium Rossweid untergebracht werden kann, neue Dispositivziffer IV. Und sie lädt ihn zudem ein, eine Realisierung der Berufsfachschule auf dem Areal der CU Uetikon (*ehemalige Chemiefabrik Uetikon*) in die Projekt- und Investitionsplanung aufzunehmen, neue Dispositivziffer V. Einen entsprechenden Antrag kann sie nicht stellen, wohl aber eine entsprechende Einladung aussprechen. Hintergrund der Minderheitsmeinung ist die finanzpolitische Argumentationslinie des Regierungsrates. Die Minderheit weist darauf hin, dass sich die Kostenentwicklung des Projektes in den letzten Jahren deutlich nach oben bewegt habe. Faktoren wie die allgemeine Bauteuerung, die Altlastensanierung, der anspruchsvolle Baugrund sowie die infrastrukturelle Erschliessung hätten zu erheblichen Mehrkosten geführt. Vor diesem Hintergrund erscheint es aus der Sicht der Minderheit angezeigt, das Projekt zu priorisieren und auf das aktuell Dringendste zu konzentrieren. Die Minderheit stützt in diesem Sinne den Antrag des Regierungsrates, der die Kantonsschule in den Vordergrund stellt und andere Elemente zurückstellt. Gleichzeitig anerkennt aber auch sie ausdrücklich den Bedarf der Berufsfachschule nach zusätzlichem Schulraum und schlägt daher die erwähnten ergänzenden Massnahmen für die Berufsschule vor. Damit stütze sie die Bedeutung der Berufsbildung und anerkenne den Handlungsbedarf für den Standort der Berufsfachschule Stäfa. In Gedanken an die Kreislaufwirtschaft

sei das Nutzen eines hochwertigen Provisoriums überdies so lange wie möglich anzustreben.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass keine grundsätzliche Differenz über die Zielsetzung besteht. Sowohl Mehrheit wie auch Minderheit anerkennen die Bedeutung des Standortes Uetikon am See und den Bedarf an modernen Bildungsinfrastrukturen. Über die Finanzierung hingegen herrscht Uneinigkeit. Im Namen der KPB-Mehrheit beantrage ich Ihnen Eintreten und Genehmigung des Objektkredits im Sinne des Mehrheitsantrags.

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg): Die SVP-Fraktion steht hinter dem dualen Bildungssystem und anerkennt den Bedarf nach mehr Schulraum für die Berufsschulen und die Mittelschulen im ganzen Kanton Zürich. Unsere Kinder und Jugendlichen brauchen im ganzen Kanton Zürich eine gute Bildungsinfrastruktur und nicht nur im Bezirk Meilen, deshalb lehnen wir den Kommissionsantrag ab und unterstützen den Antrag der Regierung respektive der Minderheit.

Letzten Herbst hat der Regierungsrat Infrastrukturbauten für die Bildung im Umfang von rund 600 Millionen Franken gestoppt oder verschoben. Fast die Hälfte davon betrifft auch die Berufsbildung, wie zum Beispiel die Sanierung und Erweiterung der Berufsfachschule Bülach, deshalb unterstützen wir den Plan der Regierung. Das heutige Provisorium in Uetikon am See soll durch die Berufsfachschule weitergenutzt werden und die Berufsfachschule später auf dem ehemaligen Chemie-Areal gebaut werden. In der Zwischenzeit können dringendere Infrastrukturbauten im ganzen Kanton Zürich realisiert werden. Zum heutigen Provisorium muss gesagt werden: Es ist erst sieben Jahre alt und ein wahres Bijou. Und dazu existiert eine erst fünfjährige Turnhalle. 1000 Schülerinnen und Schüler können hier unterrichtet werden. Die Berufsschule Stäfa hätte auf einen Schlag doppelt so viel Schulraum zur Verfügung und dazu auch noch eine Turnhalle, die heute nicht existiert. Und Sie wollen diese Bildungsinfrastruktur aufgeben, obwohl an anderen Schulen im Kanton Zürich längst auf Investitionen gewartet wird. Wir haben im ganzen Kanton Zürich zu wenig Bildungsinfrastruktur und zu wenig Sporthallen. Der Notstand wird aufgrund des rasanten Bevölkerungswachstums noch prekärer. Deshalb müssen bestehende Bildungs- und Sportbauten so lange wie vertretbar genutzt werden, auch aus finanziellen und ökologischen Überlegungen, alles andere ist unverantwortlich.

Zum Abschluss noch kurz zur Kommunikation des Regierungsrates: Ich kann nicht verstehen, dass der Regierungsrat hier über die Medien die Projektpartner über die Änderung seiner Pläne informiert hat. Das geht nicht und das soll in Zukunft dringend vermieden werden, denn eine Partnerschaft auf

Augenhöhe funktioniert so nicht. Nichtsdestotrotz unterstützen wir die Sparbemühungen und die Investitionspriorisierung des Regierungsrates und lehnen den Mehrheitsantrag und den Baukredit ab.

Jonas Erni (SP, Wädenswil): Die geplante Kantonsschule in Uetikon am See steht exemplarisch für eine zentrale Frage unserer Zeit: Wie gestalten wir eine Bildungsinfrastruktur, die nicht nur den heutigen Anforderungen genügt, sondern auch den kommenden Generationen gerecht wird? Die SP unterstützt die geplante neue Kantonsschule auf dem ehemaligen Chemie-Areal ausdrücklich. Die Realität ist klar, die Schülerzahlen steigen, der Druck auf unsere Mittelschulen wächst, insbesondere in der Stadt Zürich. Wir brauchen dringend zusätzliche Kapazitäten. Der Standort in Uetikon am See ist dabei klug gewählt. Er entlastet die urbanen Zentren und schafft Perspektiven für die gesamte Region am rechten Zürichseeufer.

Doch diese Vorlage ist mehr als nur ein Bauprojekt, sie ist eine Chance, eine Chance, ein belastetes Industrie-Areal nachhaltig zu transformieren – mit Altlastensanierungen, erneuerbaren Energien und öffentlich zugänglichen Freiräumen. Ein Ort, der nicht nur Bildung ermöglicht, sondern Lebensqualität schafft. Ein Ort, der sich öffnet, auch mit einem Seezugang für die Bevölkerung. Aber wir dürfen diese Chance nicht halbherzig nutzen. Die im Rahmen der Leistungsüberprüfung vorgenommenen Kürzungen sind aus unserer Sicht nicht akzeptabel. Wer bei der Bildung spart, spart an der Zukunft. Der Verzicht auf eine Aula, ein zentraler Ort für Begegnung, Kultur und schulisches Leben, ist kurzsichtig.

Ebenso unverständlich ist die Verschiebung der Berufsfachschule, denn eines muss klar sein: Bildung ist mehr als ein Gymnasium. Unser duales Bildungssystem ist eine der grössten Stärken unseres Kantons und unseres Landes. Die Berufsbildung ist kein Anhängsel, sie ist ein gleichwertiger, unverzichtbarer Pfeiler. Darum ist es richtig und notwendig, dass wir den Objektkredit von 233 auf 278 Millionen Franken erhöhen. Damit schaffen wir die Grundlage, um die Berufsfachschule von Anfang an in dieses Projekt zu integrieren und auch die Aula zu realisieren. Ein gemeinsamer Campus für Mittel- und Berufsbildung ist kein Luxus, er ist eine Investition in Synergien, in Effizienz und in Qualität. Gemeinsame Infrastrukturen, gemeinsame Räume, gemeinsame Perspektiven, das stärkt nicht nur die Schulen, sondern das gesamte Bildungssystem. Wer heute auf diese Integration verzichtet, wird morgen die Rechnung bezahlen – mit höheren Kosten, mit schlechteren Rahmenbedingungen für Lernende und Lehrbetriebe und mit verpassten Chancen. Und auch die Aula ist kein Beiwerk, sie ist ein Herzstück, ein Ort für Prüfungen, für Veranstaltungen, für kulturellen Austausch, ein Ort, der Schule erst zu einer Gemeinschaft macht.

Gute Bildung braucht Weitsicht. Sie braucht den Mut, heute richtig zu entscheiden, auch wenn es mehr kostet, denn es ist immer teurer, später nachzubessern, was man heute versäumt hat. Diese Vorlage geht in die richtige Richtung, aber sie wird erst dann zu einem echten Zukunftsprojekt, wenn wir sie vollständig denken. Darum bitte ich Sie im Namen der SP, stimmen Sie der Vorlage zu und stimmen Sie ebenso klar der Erhöhung des Objektkredits auf 278 Millionen Franken zu, für eine Bildung, die niemanden zurücklässt, für einen Campus, der verbindet, für die Zukunft unseres Kantons. Danke.

Stephan Weber (FDP, Wetzikon): Mit dieser Vorlage hat der Regierungsrat dem Kantonsrat eine äusserst seltsame Vorlage überwiesen. Die Kanti Uetikon ist heute in einem zweckdienlichen Provisorium im Dorfzentrum von Uetikon untergebracht. Die Berufsschule ist hingegen heute in Stäfa in nicht zweckdienlichen Räumlichkeiten untergebracht. Auf dem Areal der ehemaligen Chemischen Fabrik Uetikon hat der Kanton ein grosszügiges und aufwendiges Neubauprojekt für die beiden Schulen erarbeiten lassen. Das Projekt hat den Stand eines ausgereiften Vorprojektes, ein Bauprojekt oder eine Baubewilligung liegt noch nicht vor. Wir fällen hier also einen Investitionsentscheid in einer frühen Projektphase, was in diesem Fall aus meiner Sicht grundsätzlich zweckmässig ist.

Nun hat der Regierungsrat jedoch ziemlich hemdsärmelig die Berufsschule aus diesem Gesamtprojekt herausgestrichen, und dies, ohne eine Lösung für die Berufsschule aufzuzeigen. Den Entscheid begründet der Regierungsrat mit der Priorisierung der Investitionen. Geschätzte Damen und Herren Regierungsräte, da habt ihr einfach nur den halben Job gemacht. Es ist die Aufgabe des Regierungsrates, die Investitionen langfristig zu planen. Der Kantonsrat wird mit der langfristigen Immobilienstrategie laufend informiert und kann auch beim Budget Einfluss nehmen. Der Detailentscheid, wann welche Investition getätigt werden soll, ist Sache des Regierungsrates. Die FDP steht klar hinter der Priorisierung der Investitionen durch den Regierungsrat, und dies gilt auch, wenn wir momentan noch erfreuliche positive Jahresabschlüsse verzeichnen dürfen.

Nun zurück zum Objektkredit: Die FDP will einen Objektkredit, welcher klar eine Lösung für die Räumlichkeiten der Berufs- und der Kantonsschule aufzeigt und mit der Priorisierung der Investitionen abgestimmt ist. Es ist die Aufgabe des Regierungsrates, diese Lösung aufzuzeigen. Die FDP steht grundsätzlich hinter dem Objektkredit für die Schulen an diesem Standort und fordert mit ihren Anträgen aber, dass der Regierungsrat auch eine Lösung für die Berufsschule sicherstellt. Die Mehrheit im Rat wird heute gemäss dem Kommissionsantrag einer Aufstockung des Kredites für den Neubau der Berufsschule zustimmen; dies ohne zu wissen, ob dadurch mit der

Priorisierung der Investitionen eine Verzögerung für dieses gesamte Projekt erfolgt oder die Umsetzung anderer Investitionsprojekte zurückgestellt wird. Die FDP kann dieses Vorgehen nicht mittragen und wird den Objektkredit deshalb ablehnen.

Sascha Ullmann (GLP, Zollikon): Wir beraten heute keinen gewöhnlichen Baukredit, wir entscheiden über die Frage, wie vorausschauend wir im Kanton Zürich die Berufsbildungsinfrastruktur planen wollen. Es liegt ein sinnvolles Projekt vor: ein Bildungscampus in Uetikon am See, der Gymnasium und Berufsfachschule zusammenführt, ergänzt durch eine gemeinsame Aula und zentrale Infrastruktur, ein Projekt, das inhaltlich überzeugt und das planerisch fortgeschritten ist. Und dennoch stehen wir vor einer Richtungsentscheid: Wollen wir dieses Projekt ganzheitlich realisieren oder wollen wir es reduzieren und zentrale Teile auf unbestimmte Zeit verschieben? Für die GLP ist klar, wir unterstützen den Antrag der Kommissionsmehrheit auf eine ganzheitliche Realisierung. Warum?

Erstens, weil es ökonomisch sinnvoll ist: Wer heute Teil des Projektes streicht, spart nicht, er verschiebt Kosten. Und er riskiert, dass später teurer, ineffizienter und ohne Synergien gebaut werden muss. Wir haben heute vom Sparen gehört, auch von Parteien, die sich sonst gerne als Vertreter des Gewerbes verstehen. Gerade das Gewerbe weiss aber: Wer einen Auftrag halb ausführt, muss ihn später doppelt bezahlen.

Zweitens, weil Berufsbildung und Gymnasium zusammengehören: Der vorliegende Campus trägt dieser Gleichwertigkeit der Dualität Rechnung. Wer die Berufsfachschule aus dem Projekt herauslöst und auf einen Zeithorizont von 2040 oder später verschiebt, setzt falsche Signale – bildungspolitisch und eben auch gegenüber dem Gewerbe.

Drittens, weil Planungssicherheit zählt: Das Projekt ist städtebaulich entwickelt, abgestimmt und breit getragen. Ein Rückbau an diesem Punkt führt nicht zu Klarheit, sondern zu neuen Unsicherheiten, zusätzlichen Planungsrounds und letztlich eben zu Mehrkosten.

Die GLP steht für eine Politik, die ökonomisch, ökologisch und gesellschaftlich langfristig denkt, genau das verlangt diese Vorlage. Wir investieren hier nicht einfach in ein Gebäude, wir investieren in einen Berufsbildungsstandort, der den Anforderungen der Zukunft gerecht wird, effizient, integriert und nachhaltig. Oder anders gesagt: Wir haben die Wahl zwischen einem durchdachten Gesamtprojekt oder einer Etappierung, die am Ende mehr kostet und wenig bringt. Die GLP entscheidet sich darum heute für das Gesamtprojekt. Ich bitte Sie, dem Antrag der Kommissionsmehrheit Folge zu leisten. Vielen Dank.

Wilma Willi (Grüne, Stadel): Ich habe mit Begeisterung die alten Medienmitteilungen des Regierungsrates bezüglich des Schulareals Uetikon am See gelesen. Am 25. April 2019, also ziemlich genau vor sieben Jahren, schwärmten der damalige Baudirektor Markus Kägi zusammen mit der Bildungsdirektorin Silvia Steiner, ich zitiere: «Das Gebiet der ehemaligen Chemischen Fabrik in Uetikon am See ist aufgrund seiner Lage und Grösse ein Schlüsselareal und dessen Entwicklung eine einmalige Chance.» Sehr vorbildlich dazu wurde damals die Planung im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens vorgenommen. Die Bevölkerung wurde in Veranstaltungen mit zwischen 30 und 200 Teilnehmenden einbezogen, wirklich top. Im Februar 2022 konnten wir in einer weiteren Medienmitteilung im Rahmen der Bekanntmachung des Siegerprojekts lesen, wie der Neubau mit Aula und Mediathek als zentral und als Scharnier zwischen der östlich gelegenen Kantonsschule im historisch wertvollen Kammerofen-Gebäude und der westlich neu zu erstellenden Berufsfachschule beschrieben wurde, dazu diese schöne Dokumentation. Wie staunten wir, als es dann in der Medienmitteilung vom 15. Mai 2025 plötzlich hiess, es würde eine neue Kantonsschule entstehen ohne Aula, ohne Mediathek und ja, ohne Berufsfachschule. Wir alle mit Herz für die Bildung und natürlich insbesondere für die duale Bildung konnten uns darüber nur wundern, ja, uns ärgern. Und ja, wohin mit den Berufslernenden, die immer noch in dem 30-jährigen Provisorium in Stäfa unterrichtet werden? Na klar, diese verfrachten wir dann, wenn die Kantonsschule am See endlich fertig ist, ins Provisorium im Zentrum von Uetikon auf der Rossweid. Schön blöd nur, dass dort nur ein Mittelschulprovisorium zulässig ist und für eine Berufsfachschule ein Beschluss der Gemeinde für eine Zonenänderung benötigt wird. Ob Uetikon einer Zonenänderung zustimmen wird, ist ungewiss, sogar eher fraglich.

Aber was lange währt, könnte endlich gut werden, und in diesem Fall mit etwas Nachhilfe aus der Kommission. Und nun zu meiner Interessenbindung: Seit mehr als einem Vierteljahrhundert kämpfe ich auf verschiedenen Ebenen für die Berufslernenden in unserem Kanton. Unter anderem habe ich 25 Jahre an einer Berufsfachschule unterrichtet. Ich habe selbst mehr als zwei Jahrzehnte Erfahrung mit Unterricht in Provisorien und nochmals Provisorien. Umso erfreulicher ist es, dass sich die Kommissionsmehrheit für eine Erhöhung von 45 Millionen Franken auf 278 Millionen Franken ausgesprochen hat. Mit diesem Antrag möchten wir das gesamte Projekt bewilligen und ausdrücklich den Neubau der Berufsfachschule sowie der Aula und der Mediathek ermöglichen. Unser Antrag enthält auch die sehr wichtige Passarelle und eine Reserve von 10 Prozent. Und das Beste daran, mit diesem Antrag sparen wir Kosten, denn wir alle wissen: Was später nachgeholt werden muss, wird immer teurer. Auch Zwischenlösungen sind niemals gratis

zu haben. Zudem müssten Projektänderungen am bestehenden Projekt vorgenommen werden, alles kostet und kostet nochmals.

Zeigen Sie heute bitte Haltung. Wenn sogar die Standortförderungen Zimmerberg-Sihltal, der Goldküste sowie das Knonaueramt die Krediterhöhung gemeinsam unterstützen, da die Berufsbildung für die lokalen Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe von zentraler Bedeutung ist, wie könnten wir dies nicht ermöglichen? Ein Verzicht auf die Berufsfachschule heute würde zudem ein falsches Signal für das bewährte duale System senden. Wollen Sie das wirklich? Wir stimmen deshalb dem Kommissionsmehrheitsantrag zu und bitten Sie im Namen der Berufsbildung, dies ebenfalls zu tun.

Ratspräsident Beat Habegger: Ich möchte dieses Traktandum eigentlich heute beenden, dafür müssen wir aber um 12.15 Uhr abstimmen können, weil wir nachher noch eine Verabschiedung haben. Also einfach das jetzt mal als Zwischeninformation. Wenn es zu lange dauert, werden wir die Beratung unterbrechen und dann die Debatte zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufnehmen.

Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen): Wie der Regierungsrat auf die Idee kommen konnte, den Bau der Berufsschule aufzuschieben und gleichzeitig die Aula und die Mediathek ganz zu streichen, ist für mich ein Rätsel. Gemäss ursprünglichem Projekt sollten gymnasiale Bildung und Berufsbildung auf dem ehemaligen Chemie-Areal direkt nebeneinander angesiedelt werden. Das hat Symbolcharakter. Beide Schulen stehen nebeneinander, beide Bildungswege sind gleichwertig, ein starkes bildungspolitisches Zeichen. Genau dieses Zeichen wird nun zunichte gemacht. Aula und Mediathek sind für den Schulbetrieb zentral. Gleichzeitig bietet eine Aula auch einen Mehrwert für die Bevölkerung, da sie für Veranstaltungen genutzt werden kann.

Der Regierungsrat hat sich nun gegen den Bau dieser zentralen Elemente entschieden, wir sehen das anders. Für uns sind diese Gebäude essenziell, deshalb haben wir hier korrigierend eingegriffen und den Antrag auf Erhöhung des Objektskredits um 45 Millionen Franken gestellt. Die räumliche Nähe von Berufsschule und Gymnasium bringt Synergien, gemeinsame Nutzung von Aula, Mensa, Turnhalle und Mediathek durch Schülerinnen und Schüler beider Schulen sowie Effizienzgewinne bei der Hauswartung und beim Unterhalt der Infrastruktur. Diese Synergien sind sinnvoll, wollen wir sie wirklich verpuffen lassen? Wir meinen, nein.

Nun steht die Idee im Raum, die Berufsschule vom Provisorium in Stäfa in das Provisorium in Uetikon zu verschieben, wo heute das Gymnasium untergebracht ist. Damit soll vorderhand auf den Neubau verzichtet werden. Das Uetikon-Provisorium ist zweifellos ein solider Bau. Sinn ergeben würde

eine solche Zwischenlösung aber nur, wenn kein fester Standort geplant worden wäre. Das ist hier nicht der Fall, der Bau der Berufsschule ist am See vorgesehen, und darum überzeugt dieser Umweg nicht. Zunächst ein Umzug ins Provisorium, wenige Jahre später ein zweiter Umzug in den Neubau, zwei Baustellen in kurzer Zeit und dies teilweise unter laufendem Betrieb des Gymnasiums, diese Etappierung ergibt schlichtweg keinen Sinn. Dieses Vorgehen verursacht unnötige Zusatzkosten. Kurzfristige Einsparungen werden durch höhere Folgekosten mehr als aufgehoben, denn jede Projektänderung verursacht zusätzliche Kosten. Am Ende geht es um eine einfache Frage: Wollen wir durch das Hin und Her unnötig Geld ausgeben oder am ursprünglichen Projekt festhalten? Was ist finanzpolitisch die klügere Lösung?

Für die Gesamtkosten zu beachten ist ferner, dass das Provisorium nach dem Auszug des Gymnasiums zurückgebaut und andernorts im Kanton wieder aufgebaut oder auch verkauft werden kann. Dies dürfte auf entsprechendes Interesse stossen. Offen bleiben zudem Fragen zum nicht überbauten Teil des Areals am See: Wird dieser Teil dann saniert, bleibt er eine Brache oder wird er zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität begrünt? Auch hier, welche Zusatzkosten würde dies verursachen?

Guter Unterricht hängt wesentlich von den Lehrpersonen ab, ebenso wichtig sind aber die richtigen Rahmenbedingungen, und dazu gehört eine adäquate Infrastruktur. Bereits heute ist die Berufsfachschule in Stäfa provisorisch untergebracht, ohne Mensa, ohne Mediathek und ohne Turnhalle. Der gesetzlich vorgeschriebene Sportunterricht kann so nicht gewährleistet werden. Dabei ist Bewegung zentral für die physische wie psychische Gesundheit der Schülerinnen und Schüler.

Ja, die Kosten des Projekts sind hoch, sie sind sehr hoch. Das ist jedoch nachvollziehbar. Die Lage am See, verbunden mit Altlasten aufgrund der früheren Nutzung, daher braucht es eine Sanierung sowohl auf dem Land wie auch im See. Zudem haben wir für bestehende Gebäude Schutzauflagen, diese sind im ISOS (*Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz*). Eine Anpassung an die Bedürfnisse der Schule erschweren und verteuern hier den Umbau. Bildung ist einer der wichtigsten Rohstoffe der Schweiz. Die Berufsbildung ist zentral für unsere Wirtschaft, die gleichzeitig über Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel klagt, und ausgerechnet die FDP will auf den Neubau der Berufsfachschule verzichten. Und der SVP möchte ich sagen: Wenn wir genügend Fach- und Arbeitskräfte in der Schweiz ausbilden, dann brauchen diese nicht aus dem Ausland zuzuwandern. Das wäre doch in eurem Sinne, unter diesem Aspekt müsstet ihr der Krediterhöhung zustimmen.

Aus finanzieller Sicht ist die Krediterhöhung verantwortbar, insbesondere nach dem guten Abschluss 2025. Gleichzeitig erwarten wir von der Baudirektion aber, dass sie die Kosten strikt im Griff hat, funktional baut und auf unnötiges Vergolden verzichtet. Die Mitte steht klar hinter dem ursprünglichen Projekt mit Gymi und Berufsschule am See. Es ist eine Investition in die Bildung unserer Jugendlichen, in die Fachkräfte von morgen und damit in die Zukunft unseres Kantons Zürich. Die Schulen sind nicht nur für den Bezirk Meilen von Bedeutung, sondern für den ganzen Kanton Zürich. Wir stimmen der Krediterhöhung zu und danken für die breite Unterstützung. Besten Dank.

Michael Bänninger (EVP, Winterthur): Die EVP unterstützt den Objektkredit und auch die Erhöhung für die Kantonsschule Uetikon am See. Wir stehen vor der Frage: Wollen wir ein halbfertiges Projekt oder einen zukunftsfähigen Bildungsstandort?

Die Mehrheit der Kommission hat sich bewusst für den zukunftsfähigen Bildungsstandort entschieden, das ist aus unserer Perspektive richtig. Der Verzicht auf die Berufsfachschule und die Aula mag kurzfristig Kosten sparen, langfristig aber zahlen wir drauf, finanziell und bildungspolitisch. Wir verlieren Synergien, wir riskieren teure Nachbesserungen, kurz, wir verschieben notwendige Investitionen auf kommende Generationen.

Für die EVP ist klar, Bildung ist eine der nachhaltigsten Investitionen überhaupt. Dazu gehört auch die Gleichwertigkeit von gymnasialer und beruflicher Bildung. Es ist deshalb nicht überzeugend, wenn wir den Bedarf der Berufsfachschule zwar anerkennen, es aber auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben wollen. Das Projekt bietet die Chance, einen modernen Campus für die Sekundarstufe II zu schaffen, mit kurzen Wegen, gemeinsamen Infrastrukturen und echten Synergien. Diese Chance sollten wir nutzen und nicht stückeln. Ja, 45 Millionen Franken mehr, das ist viel Geld. Aber es ist gut investiertes Geld, weil wir damit eine nachhaltige, durchdachte und langfristig günstigere Lösung realisieren.

Die EVP sagt deshalb Ja zum Objektkredit und zur Erhöhung. Besten Dank.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Die AL wird dem korrigierten Objektkredit für den Neubau der Kantonsschule Uetikon am See zustimmen und damit der Mehrheit der KPB folgen. Ich denke, ich muss hier nicht gross über das Gesamtprojekt sprechen. Wenn wir aber über einen sinnvollen und kompletten Schulbau als Gesamtanlage sprechen, der nicht schon zu Beginn quasi nur eine halbe Sache ist, dann gehört zu solch einem Bau klar auch eine Aula mit Mediathek. Beide sind wichtige Infrastrukturen in Schulbauten. Der gemeinsame Campus mit der Berufsschule wird die effiziente Nutzung genau

dieser Infrastruktur mit Aula, Mediathek und Turnhalle ermöglichen, also quasi ein Win-win-Konzept. Es macht keinen Sinn, hier irgendeinen Teil dieses Gesamtprojekts abzutrennen.

Explizit sind wir auch dagegen, hier weiterhin Providurien zu fördern, wie es die Kommissionsminderheit will, die den Anforderungen an eine zeitgemässe Infrastruktur nicht genügen. Wir brauchen im Bereich der Bildung keine Globus-Provisorien. Wer bei der Bildung spart, spart am falschen Ort. Und gerade wer, wie ich, in Winterthur wohnt und in Dättbau aufgewachsen ist, weiss: Wenn man bei Schulhäusern unnötig spart, wird es später umso teurer. Jetzt haben wir die Gelegenheit, das Gesamtprojekt günstig zu bauen, statt es später für teures Geld nachzurüsten. Aufgeschoben ist bekanntlich nicht aufgehoben.

Wenn ich dann noch der bürgerlichen Kommissionsminderheit zuhöre, die als Gegenargument anbringen will, dass andere Bildungsbauten ja auch auf entsprechende Renovationen warten müssen und wir das Geld besser woanders investieren, ist dies eigentlich ein unsinniges Argument, denn wir wissen es alle: Sie unterstützen auch die Kürzung der Investitionen bei anderen Schulhäusern und generell im Bildungsbereich, alles unter dem Deckmäntelchen der Investitionspriorisierung. Und Sie schauen dabei nur kurzfristig auf die Kosten von heute, anstatt auch langfristig zu denken und diese Rechnungen nicht der kommenden Generation zu überlassen, die diese dann zahlen muss. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich hier aber nicht länger sprechen. Machen wir keine halben Sachen, stimmen wir dem Gesamtprojekt ohne Abstriche zu und unterstützen wir die Kommissionsmehrheit.

Ratspräsident Beat Habegger: Damit haben alle Fraktionen gesprochen. Und weil der Baudirektor jetzt dann gleich nach Bern eilen muss, gebe ich ihm das Wort für ein Statement.

Regierungspräsident Martin Neukom: Es ist tatsächlich so, dass ich gleich auf den Zug rennen muss, weil ich an eine Anhörung in einer Kommission in Bundesbern muss. Ich halte deshalb hier schnell mein Votum und hoffe, dass Sie dann nachher das Geschäft noch zu Ende beraten können.

Das Hauptthema bei diesem Projekt – und das liegt auf der Hand – sind die hohen Kosten. Ich spreche deshalb vor allem zu diesen Kosten. Ohne Sparmassnahmen, wenn wir dieses Projekt einfach ohne Sparmassnahmen so gebracht hätten, dann hätte dieses Projekt sage und schreibe 318 Millionen Franken gekostet.

Warum ist diese Schule so teuer? Diese Frage stellt sich berechtigterweise, und es gibt verschiedene Antworten, verschiedene Komponenten davon. Eines ist die Bauteuerung. Wir hatten im Kanton Zürich sehr lange gar keine Bauteuerung. Mit der Energiekrise gab es einen starken Anstieg, heute haben wir 15 Prozent Bauteuerung gegenüber 2019, also alles, was wir bauen, ist einfach 15 Prozent teurer, das heisst: In diesem Projekt sind 32 Millionen Franken nur die Bauteuerung gegenüber dem, was wir ursprünglich geplant hatten.

Der zweite Punkt, warum dieses Projekt so teuer ist, ist der Standort. Man wusste schon zum Zeitpunkt, als man diesen Standort festgelegt hat, dass es ein teurer Standort ist. Warum? Es kommt einfach viel zusammen an diesem Standort. Es ist eine alte Fabrik. Und in dieser alten Chemiefabrik hat es Gebäudeschadstoffe, und diese Gebäudeschadstoffe müssen natürlich alle saniert werden, bevor aus dieser Fabrik ein Schulhaus werden kann. Diese Sanierung ist teuer. Es hat Altlasten im Boden, das wurde alles aufgeschüttet, und auch die Sanierung dieser Altlasten ist natürlich eine zusätzliche Aufwendung. Jede Baggerschaufel, die Sie hier aus dem Boden nehmen, muss in einer Deponie separat entsorgt werden, auch das kostet entsprechend Geld. Weiter muss beispielsweise die Ufermauer vorne am See saniert werden, weil sie instabil ist, auch das kostet zusätzlich Geld. Dann werden die alten Fabrikgebäude erhalten. Das ist sicherlich sehr schön, der Umgang mit dieser Substanz ist allerdings auch teuer. Und eine Fabrik, das erklärt sich von selbst, ist natürlich nicht optimal für eine Schulnutzung, das heisst die Raumnutzung ist nicht optimal, und das führt wiederum zu höheren Quadratmeterkosten, als wenn Sie das in einem optimalen Schulhaus bauen würden. Weiter erfolgt die Erschliessung über die Passarelle, das ist sehr sinnvoll, weil es vom Bahnhof her eine sichere Fussgängererschliessung ist, aber sie kostet entsprechend Geld. Also das alles, wenn das alles zusammenkommt, sind das die Gründe, warum dieses Projekt teurer ist als andere Projekte.

Schon bevor es überhaupt zum politischen Prozess kam, haben wir Sparmassnahmen ergriffen, schon seitens der Baudirektion. Das heisst, wir haben die Berufsschule, die damals geplant war, schon um einen Stock reduziert und zahlreiche Sparmassnahmen umgesetzt, beispielsweise haben wir kein Warmwasser auf den Toiletten und so weiter, und damit konnten wir schon mal 40 Millionen Franken einsparen. Also nach diesen 40 Millionen Franken war das Projekt noch bei 285 Millionen Franken. Nun, der Regierungsrat, und das wissen Sie, fand das Projekt dann zu diesem Zeitpunkt immer noch zu teuer und beschloss die weiteren Kürzungen, die hier schon ausgiebig diskutiert wurden, ich wiederhole sie nicht noch einmal. Es resultiert damit ein Objektkredit von 233 Millionen Franken, und das ist immer noch sehr viel

Geld und es ist immer noch eine lohnenswerte Investition in den Bildungsstandort Kanton Zürich.

Um es kurz zu machen, ich komme zu den Anträgen: Der vorliegende Kommissionsantrag will die Kürzungen des Regierungsrates rückgängig machen und es soll das ursprüngliche Projekt umgesetzt werden. Der Regierungsrat beantragt Ihnen, dem Minderheitsantrag Weber zuzustimmen und damit einen Objektkredit von 233 Millionen Franken zu beschliessen. Herzlichen Dank.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Wir Grünen stehen ganz klar zum dualen Bildungsweg und darum ist es für uns nicht verständlich und es wird auch für sehr grosse Teile der Bevölkerung nicht verständlich sein, dass die rechte Ratsseite die Berufsfachschule nach 30 Jahren Provisorium in Stäfa wieder in einem provisorischen Bau stecken will, statt für die Ausbildung der jungen Berufsleute einen Neubau am See zu erstellen, wie ihn die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten bekommen. Damit senden Sie ein völlig falsches Zeichen ans Zürcher Gewerbe und an die vielen Jugendlichen, die in der Lehre sind oder eine beginnen wollen. Wir hatten mehrere amerikanische Abgeordnete zu Besuch. Sie waren in einem Lehrbetrieb und ausserordentlich beeindruckt davon, wie bei uns in der Schweiz bereits 16-Jährige selbstständig an Präzisionsmaschinen arbeiten und den Besucherinnen die Komplexität ihrer Arbeiten erklären, etwas, das unsere amerikanischen Gäste noch nie erlebt hatten. Ich frage darum die Vertreter der rechten Seite: Sind Sie nicht auch ein bisschen stolz auf unsere Jugendlichen in der Lehre? Sind Sie nicht auch ein bisschen stolz auf die vielen Gewerbebetriebe, die unseren Jugendlichen eine hervorragende Ausbildungsstätte bieten? Warum drehen Sie bei der Berufsfachschule den Geldhahn zu? Soll noch jemand sagen, die Grünen seien gewerbefeindlich, Sie sind es doch in diesem Punkt, geschätzte Vertreterinnen und Vertreter auf der rechten Ratsseite.

Als Vertreter des Bezirks Meilen kann ich Ihnen sagen, warum das Provisorium der Kantonsschule in Uetikon als Ort für die Berufsfachschule nicht taugt: Uetikon erwartet ein Bevölkerungswachstum von bis zu 1000 neuen Einwohnerinnen und Einwohnern in den nächsten fünf Jahren, und das bedeutet, dass die Volksschule ihre Turnhallen und ihre Aussensportplätze wieder benötigt, die jetzt das Gymi noch mitbenützt. Aber Sport ist in der Berufsfachschule Teil des gesetzlichen Lehrplans. Und genau dieser Sport wird wegfallen, sollte die Berufsschule im Provisorium unterkommen. Mit einem Neubau hingegen auf dem Areal der CU Uetikon nutzen wir die Synergien mit der Kantonsschule. Es gibt Turnhallen, eine Mensa, eine Aula für Versammlungen, Panels und Podien. Und Sie wissen vielleicht nicht, und das ist ganz wichtig, dass die Gemeinde Uetikon für ihre Parzellen am See Anfang

Mai noch 50 Millionen, Sie hören richtig, 50 Millionen Franken Mehrwertausgleich an den Kanton abliefern wird. Man kann also nicht sagen, dem Kanton ginge es nicht gut, auch angesichts des krassen Überschusses in der Rechnung 2025. Sie wissen alle – ich kürze ab –, dass, wenn wir dieses Projekt auf Eis legen, es dann, wenn wir es in zehn Jahren aus der Schublade nehmen, einfach viel teurer wird.

Und noch ein wichtiger Punkt zum Schluss: Warum braucht es eine Aula? Sie alle nehmen doch am Podium von «Discuss it» teil. Und wir haben «Discuss it», dem Verein für demokratische Bildung an der Schule, erst gerade den Zukunftspreis des Kantons Zürich zugesprochen. Und jetzt wollen Sie genau die Räume, in denen diese Podien stattfinden, an denen Sie selber teilnehmen, vor versammelter Schülerschaft, vor versammeltem Gymnasium, vor versammelter Berufsschule, genau diese Räume wollen Sie streichen? Das ist für mich unverständlich. Demokratie – ich komme zum Schluss – braucht Versammlungsräume, und an den Schulen bereiten wir die Menschen in unserem Land auf Demokratie vor. Eine Schule ohne Aula ist eine Schule ohne eigene Öffentlichkeit, darum braucht auch die Kantons- und Berufsschule Uetikon eine Aula. Das schulden wir unserer schweizerischen demokratischen Kultur.

Rafael Mörgeli (SP, Stäfa): Ich mache es ganz kurz, möchte aber noch etwas zur Bedeutung des Projekts für unseren Bezirk Meilen sagen: Manuela Tremonti und ich haben ja mehrere, breit abgestützte, überparteiliche Vorstösse zu diesem Thema eingereicht. Frau Tremonte hat ihr Votum zurückgezogen, damit wir diesen wichtigen Entscheid noch heute treffen können. Und mit unseren Vorstössen haben wir dem Unmut aus unserem Bezirk über den Entscheid des Regierungsrates, die Berufsfachschulen und einen Teil des Gymnasiums nicht zu bauen, Ausdruck verliehen. Und ich denke, dieser Unmut hat Wirkung gezeigt. So hat die KPB den Fehler des Regierungsrates ja korrigiert, und ich hoffe sehr, dass wir heute der KPB folgen.

Wo der Unmut aber bis jetzt nicht Wirkung gezeigt hat in diesem Rat, ist bei FDP und SVP. Und gerade die FDP und die SVP hätten ja genügend Vertreterinnen und Vertreter in ihrer Fraktion aus unserem Bezirk. Offenbar konnten sich diese aber nicht durchsetzen oder aber die Kantonsratsmitglieder aus SVP und FDP aus dem Bezirk Meilen haben den Stimmen aus unserem Bezirk, die ja vor allem auch aus ihren Reihen kommen, nicht gut zugehört. Denn alle, wirklich alle, die mit der betroffenen Gemeinde Uetikon, aber auch mit allen anderen Gemeinden des Bezirks gesprochen haben, alle, die mit dem Forum Berufsbildung des Bezirks oder mit dem BZZ (*Bildungszentrum Zürichsee*) Kontakt hatten, sollten die einhellige Meinung aus dem Bezirk kennen. Sie wollen das Projekt weder verkleinern noch teilen. Die BZZ

in Stäfa muss unbedingt an einen neuen Standort kommen. Im Moment ist es ja auch im Provisorium, schon seit – wir haben es gehört – langer Zeit. Und fragen Sie die Vertretung aus Uetikon, ob sie das Gymi-Provisorium der BZZ geben würden, Kollege Ledergerber, fragen Sie sie. Alle, die mit Uetikon jemals ein Gespräch zu diesem Thema geführt haben, wissen: Das ist eine Illusion. Wir sind hier drin keine Parteisoldatinnen und Parteisoldaten, wir sind auch die Vertretenden unseres Bezirks. Sie können sicher sein, dass jene Menschen, die wir vertreten, genau darauf schauen werden, wie wir heute abstimmen, und daraus in einem Jahr ihre Konsequenzen ziehen werden.

Die SP und ich haben die Stimmen aus unserem Bezirk gehört, deshalb stimme ich mit Überzeugung der Aufstockung des Kredits zu für ein Gymnasium, das seiner Funktion gerecht wird, und für eine moderne Berufsbildung auch in unserem Bezirk Meilen.

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg) spricht zum zweiten Mal: Es ist schon spannend, die Parteien von Mitte bis AL sprechen von Symbolpolitik, von Signalwirkung. Ich kann es Ihnen nicht anders sagen, das ist Geschwafel von Verbandsfunktionären, Gemeinderäten und, wie wir es gehört haben, Kantonsräten, die sich ein Baudenkmal erbauen wollen. Niemand hier drin spricht von den Berufsschülern. Interessiert es irgendeinen Berufsschüler, ob er neben einer Kantonsschule in die Berufsschule geht oder nicht? Ich habe von keinem Berufsschüler irgendetwas gehört, weder ein Telefonanruf noch eine E-Mail, nein, die Berufsschüler wollen einen guten Bildungsplan, eine gute Lehre und eine gute Infrastruktur, und das erhalten sie mit dem Vorschlag des Regierungsrates. Und sie wollen optimal auf das Berufsleben vorbereitet werden, und hier senden Sie ein fatales Signal. Es sind Berufsabgänger, die einmal einen Gewerbebetrieb führen müssen, die einmal eine Verantwortung über ein Budget haben. Und Sie senden das Signal: Geben Sie das Geld aus, investieren Sie, auch wenn das Geld nicht vorhanden ist. Und das ist fatal. Und wohin führt das? Das sehen Sie in der Stadt Zürich: Der Schuldenberg wächst, wächst und wächst, wenn man einfach jedes Projekt realisiert, das auf dem Wunschzettel steht.

Eintreten

ist beschlossen, nachdem kein anderer Antrag gestellt worden ist.

Detailberatung

Titel und Ingress

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

I.

Minderheitsantrag Stephan Weber, Barbara Franzen, Barbara Grüter, Walter Honegger, Domenik Ledergerber, Peter Schick, Simon Vlk:

I. Für den Neubau der Kantonsschule Uetikon am See, die Altlastensanierung und die Umgebung wird ein Objektkredit von insgesamt Fr. 233 100 000 bewilligt. Davon gehen Fr. 217 246 000 zulasten der Investitionsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 8750, Liegenschaften Verwaltungsvermögen, Fr. 7 100 000 zulasten der Investitionsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 7301, Mittelschulen, und Fr. 8 754 000 zulasten der Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 8750, Liegenschaften Verwaltungsvermögen. Die Kosten für die Übertragung der Teilgrundstücke Kat.-Nrn. 5216 und 5222 vom Finanzvermögen in das Verwaltungsvermögen zum Buchwert von Fr. 6 369 000 sind im Objektkredit enthalten.

II. Der Betrag für die baulichen Massnahmen, die Ausstattung und die Altlastensanierung von rund Fr. 226 731 000 wird nach Massgabe des Zürcher Indexes der Wohnbaupreise gemäss folgender Formel der Teuerung angepasst:

$\text{Bewilligte Ausgabe} \times \text{Zielindex} \div \text{Startindex (Indexstand April 2023)}$

III. Der Regierungsrat wird ermächtigt, aus dem Rahmenkredit über die Verwendung der Jubiläumsdividende 2020 der Zürcher Kantonalbank, Dispositiv II lit. c gemäss Beschluss des Kantonsrates vom 15. November 2021 (Vorlage 5694a), einen Investitionsbeitrag für den Seezugang im Rahmen des Neubaus der Kantonsschule Uetikon am See in Höhe von Fr. 6 900 000 zulasten der Investitionsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 8500, Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft, freizugeben.

IV. Der Regierungsrat wird eingeladen, bei der Gemeinde Uetikon am See eine Änderung der BZO zu erbitten, damit die Berufsfachschule Stäfa vorübergehend im Provisorium Rossweid untergebracht werden kann.

V. Der Regierungsrat wird eingeladen, eine Realisierung der Berufsfachschule auf dem Areal der CU Uetikon in die Projekt- und Investitionsplanung mit Realisierungszeitpunkt 2040–2050 aufzunehmen.

VI. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

VII. Veröffentlichung im Amtsblatt.

VIII. Mitteilung an den Regierungsrat.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Stephan Weber gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 102 : 66 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

Ratspräsident Beat Habegger: Wie einleitend gesagt, müssen wir noch feststellen, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird.

Der Kantonsrat besteht aus 180 Mitgliedern, weshalb es mindestens 91 Stimmen braucht. Kommen weniger als 91 Stimmen zustande, ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über die Ausgabenbremse

Für Ziffer I der Vorlage 6020a stimmen 102 Ratsmitglieder. Das erforderliche Quorum von 91 Stimmen ist erreicht worden.

II.–VI.

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

8. Verschiedenes

Rücktrittserklärungen

Rücktritt aus dem Kantonsrat von Michèle Dünki-Bättig, Glattfelden

Ratspräsident Beat Habegger: Bevor Sie davonrennen, tun Sie es nicht, sondern bleiben Sie noch schnell sitzen. Wir kommen noch zu einem Rücktritt. Sie haben am 9. März 2026 dem Rücktrittsgesuch von Kantonsrätin Michèle Dünki stattgegeben und heute ist dieser Tag des Rücktritts gekommen. Herr Sekretär, bitte.

Ratssekretär Christoph Ziegler verliest das Rücktrittsschreiben: «Wenn mir als Jugendliche jemand gesagt hätte, dass ich einmal im Zürcher Kantonsrat sitzen würde, hätte ich wohl gelacht, nicht aus Arroganz, aus Distanz. Politik war «die da oben», etwas für Studierende, für Menschen mit Netzwerken, die man nicht selbstverständlich erbt, wenn man als Kind einer Arbeiterin und eines Arbeiters aufwächst. Und doch sitze ich heute hier. Mich hat früh angetrieben, dass die Startlinien im Leben nicht für alle am gleichen Ort liegen, dass Chancengleichheit ein grosses Wort ist, aber im Alltag vieler Menschen

noch immer ein zu kleines Versprechen bleibt. Vielleicht war es genau dieses Unbehagen, das mich hierhergebracht hat.

Elf Jahre durfte ich Teil dieses Rates sein. Ich habe gelernt, wie zäh Demokratie manchmal ist, wie anstrengend sie sein kann, wie laut sie sein kann und wie wertvoll. Ich habe gelernt, dass Kompromisse keine Niederlagen sind, sondern der Beweis, dass wir bereit sind, einander zuzuhören, dass wir streiten und danach weiterarbeiten. Gerade in Zeiten, in denen der politische Diskurs schriller und rücksichtsloser wird, ist das keine Selbstverständlichkeit.

Ich danke Ihnen allen für jede Auseinandersetzung, für jede gemeinsame Lösung und ja, auch für die Momente des grundsätzlichen Dissenses. Die Debatten in diesem Rat haben mich politisch geschärft und persönlich geprägt. Mein besonderer Dank gilt meiner Partei, meiner Fraktion und unserer Regierungsrätin (*Jacqueline Fehr*). Liebe Genossinnen und Genossen, ihr habt mich getragen, gefordert, manchmal auch aufgefangen. Ihr habt an mich geglaubt, auch dann, wenn ich selbst gezweifelt habe. Dafür bin ich euch von Herzen dankbar.

Nun darf ich in den Nationalrat nachrücken. Ich tue das mit grossem Respekt vor der Aufgabe und mit dem festen Willen, weiterhin eine Stimme für jene zu sein, die in unserer Gesellschaft nicht selbstverständlich gehört werden. Die Arbeit endet nicht, sie verlagert sich auf eine andere Ebene. Den Parteien und Menschen in diesem Rat, die unsere demokratische Ordnung tragen, stärken und gegen ihre Aushöhlung verteidigen, wünsche ich Mut zur Sachlichkeit in aufgeheizten Zeiten, Mut zu Investitionen in Bildung, soziale Sicherheit, Zusammenarbeit und einen starken Service public und Mut, die politischen Gegnerinnen und Gegner als demokratische Mitbewerberinnen und Mitbewerber zu sehen, nicht als Feindbild. Und ich bin sicher, unsere Wege werden sich wieder kreuzen, im Bundeshaus, in Abstimmungskämpfen oder bei einer engagierten Debatte irgendwo zwischen Bullingerplatz und Wahlkampfstand.

Herzliche Grüsse, Michel Düнки-Bättig.»

Ratspräsident Beat Habegger: Ja, aus politischer Sicht gibt es sicher unangenehmere Gründe, aus diesem Parlament auszusteigen, als der Wechsel in den Nationalrat. Im Fall von Michèle ist es die Folge eines langen und umfangreichen politischen Engagements auf verschiedenen Staatsebenen: Kantonalpräsidentin der Gewerkschaft VPOD (*Verband des Personals öffentlicher Dienste*), Finanzvorsteherin in Glattfeldern, Co-Präsidentin der Zürcher SP und eben auch schon seit mehr als zehn Jahren Kantonsrätin, dazu Mitarbeit in verschiedenen Kommissionen und Stiftungen. Michèle kennt das Geschäft und sie drückt sich nicht vor neuen und anspruchsvollen Aufgaben.

Zu ihren wichtigsten Qualitäten gehört, dass sie politisch klar positioniert ist, links in ihrem Fall, aber auch überparteilich zugänglich ist. Letzteres mag mit ihrer Sozialisierung in bürgerlichen Landgemeinden zu tun haben. Der Tages-Anzeiger hat sie einmal als, Zitat, «die Geerdete vom Land» bezeichnet. Dass sie tatsächlich einen bodenständigen und praktischen Zugang zur Politik pflegt, bewies sie in einem Podcast auch bei der Gretchenfrage für SP-Mitglieder, nämlich ob der Kapitalismus überwunden werden müsse. Sie antwortete, ich zitiere auch hier wieder: «Das stelle ich mir recht schwierig vor.» Dass sie den Kräften des Kapitalismus aber schon etwas dreinreden will, zeigt sich beispielsweise in der Liste ihrer 58 Vorstösse und Initiativen in diesem Rat. Dort sind vor allem gewerkschaftliche Anliegen und Gleichstellungsthemen gut vertreten.

Michèle hat bei uns der STGK (*Kommission für Staat und Gemeinden*) angehört und die Kommission in den letzten drei Jahren präsidiert. Dabei waren auch grössere Übungen zu bewältigen wie etwa die Totalrevision des Gesetzes über die Information und den Datenschutz. Und Michèle hat sich in dieser Funktion bewährt und die Kommissionsarbeit speditiv geleitet und humorvoll durch die Geschäfte geführt.

Ja, liebe Michèle ich danke dir herzlich für deinen Einsatz zugunsten des Kantonsrates und der Bevölkerung des Kantons Zürich, und wir wünschen dir alles Gute bei deiner neuen Aufgabe in Bundesbern. (*Applaus*)

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Gesamtkonzept für die Naturlandschaft Tössbergland/Hörnli**
Postulat Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal), Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen), Markus Schaaf (EVP, Zell), Nadja Wirth (Grüne, Pfäffikon), Manuel Sahli (AL, Winterthur)
- **Gesundheitsversorgung im Kanton Zürich: Welche Rolle spielen die Bilateralen III bei der Fachkräftesicherung?**
Interpellation Gabriel Mäder (GLP, Adliswil), Martina Novak (GLP, Zürich), Ronald Alder (GLP, Ottenbach)
- **Bilaterale III: Welche Bedeutung haben sie für den Wirtschafts-, Forschungs- und Innovationsstandort Zürich?**
Interpellation Christa Stünzi (GLP, Horgen), Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon), Stefanie Huber (GLP, Dübendorf)
- **Hält die Jagdschiessanlage Widstud die Grenzwerte ein?**
Anfrage David Galeuchet (Grüne, Bülach), Wilma Willi (Grüne, Stadel)
- **Zeitplan Bahnunterführung Winterthurerstrasse Uster**
Anfrage Simon Vlk (FDP, Uster), Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Anita Borer (SVP, Uster), Patricia Bernet (SP, Uster)

- **Korrekte Verwendung der Staatsbeiträge an private Berufsfachschulen mit kantonalem Leistungsauftrag**
Anfrage Daniel Heierli (Grüne, Zürich), Marion Schmid (SP, Zürich)
- **Güterbahnhof: Abriss auf Vorrat?**
Anfrage Gianna Berger (AL, Zürich), Manuel Sahli (AL, Winterthur)
- **Schutz vor rasenden Junglenkern**
Anfrage Thomas Lamprecht (EDU, Bassersdorf), Roger Cadonau (EDU, Wetzikon)
- **Wie weiter mit der Kompetenzdelegation an die Städte Zürich und Winterthur auf überkommunalen Strassen**
Anfrage Ulrich Pfister (SVP, Egg), Marc Bourgeois (FDP, Zürich)
- **Elektrifizierung des privaten Schiffsverkehrs auf dem Zürichsee – Massnahmen, Konzessionen und Förderinstrumente**
Anfrage Daniel Rensch (GLP, Zürich), Christa Stünzi (GLP, Horgen), Sascha Ullmann (GLP, Zollikon)
- **Wirksame Steuerung bei den steigenden Kosten im ambulanten Bereich**
Anfrage Pia Ackermann (SP, Zürich), Linda Camenisch (FDP, Wallisellen), Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon), Claudia Frei (GLP, Uster), Michael Bänninger (EVP, Winterthur), Nicole Wyss (AL, Zürich)
- **Schonender Umgang des Kulturlands ums Neeracherried**
Anfrage Hans Egli (EDU, Steinmaur), Sandra Bossert (SVP, Wädenswil), Markus Bopp (SVP, Otelfingen)
- **Kritische Infrastruktur vor Drohnen schützen**
Anfrage Stephan Hegetschweiler (GLP, Zürich), Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen), Daniel Wäfler (SVP, Gossau), Dieter Kläy (FDP, Winterthur)

Schluss der Sitzung: 12.30 Uhr

Zürich, den 13. April 2026

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann